

Heft 177

Ausgabe 2 | 2010

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spw

Wachstum neu denken!

Was soll eigentlich wachsen?

Simon Sturn, Till van Treeck

**Wachstumszwang durch Ungleichheit und
Ungleichheit als Wachstumsbremse?**

Tanja von Egan-Krieger, Barbara Muraca

Abschied von der Wachstumsideologie

Sebastian Dullien, Hansjörg Herr,

Christian Kellermann

Geht „guter Kapitalismus“?

Interview mit Markus M. Grabka

**Armutsrisiko um mehr als ein Drittel
angestiegen**



Kurzum | von Felix Welti

Ganz oben auf der Bestsellerliste, zwischen Helmut Schmidt und Margot Käßmann, findet sich „Brief an mein Leben“ von Miriam Meckel. Die 42-jährige Professorin für Corporate Communication schreibt über ihren Burn Out. Man muss gar nicht wissen, dass Frau Meckel vor bald zehn Jahren Staatssekretärin bei Wolfgang Clement war, um in dem Erfolg eines solchen Buches ein Krisensymptom zu erkennen.

Seit 1995 ist die Zahl der Tage, an denen Beschäftigte wegen psychischer Krankheiten fehlen, um 80 Prozent gestiegen. Angst um den Arbeitsplatz und die Zukunft, Stress durch hohe, oft unbestimmte Anforderungen und ständige Erreichbarkeit, Demütigungen und Unberechenbarkeit, die Entgrenzung von Arbeit und Leben werden als Ursachen genannt. Die Seele ist kein abgeschiedenes Inneres, sondern eine Schnittstelle von Mensch und Gesellschaft. Sie spürt, wenn die Verhältnisse bei der Arbeit und in der Gesellschaft verrückt werden.

Kurzum: Wenn Gewerkschaften „Gute Arbeit“ auf die Tagesordnung setzen und damit Verhältnisse meinen, bei denen die Arbeit weder Körper noch Seele krank macht, ist das kein Luxus, sondern notwendig.

Unter Stichworten wie „Projektarbeit“ oder „Arbeitskraftunternehmer“ weckten neue Formen der Arbeitsorganisation auch Hoffnungen auf mehr Mit- und Selbstbestimmung in der Arbeit. Netzwerke sollten an die Stelle von Hierarchien treten. Doch für viele bedeutet das vor allem mehr Druck und weniger Verlässlichkeit. Geht etwas schief, ist das letzte Glied im Netzwerk nicht nur gekniffen, sondern auch selbst schuld.

Unter dem Stichwort „Humankapital“ versuchen Ökonomen den Wert des Einzelnen, der lebendigen Arbeit für den Unternehmenserfolg zu verdeutlichen und vor krankmachenden Arbeitsbedingungen zu warnen. Sie



☞ Felix Welti ist Professor für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

fühlten sich unverstanden, als 2004 „Humankapital“ zum Unwort des Jahres gewählt wurde. Doch viele Menschen fühlen genau so: Wird das Humane zum Kapital, ist nicht mehr der Mensch Selbstzweck, sondern seine Verwertung. Die immer schnellere, um sich selbst kreisende Verwertung des Menschen und seiner Kommunikation wird der des Kapitals immer ähnlicher.

Kurzum: Kapitalverwertung darf nicht der einzige Zweck eines Unternehmens und Humankapitalverwertung nicht der einzige Zweck eines Lebens sein, will man immer kürzere Krisenzyklen von Ökonomie und Mensch vermeiden.

Der Bucherfolg von Miriam Meckel zeigt, dass es immer auch Möglichkeiten gibt, systemimmanent aus der Krise zu kommen. Der Burn Out als Bestseller, die Krise als Chance. Die Sorge um ein gesundes Leben ist ein großer Wachstumsmarkt, auf dem der Kapitalismus noch einmal viel Land gewinnen kann. Doch Körper und Seele lassen sich auf Dauer nicht überlisten: Nicht die größtmögliche Abhängigkeit von Pillen, Ratgebern und Therapeuten, sondern eine Gesellschaft nach menschlichem Maß ist Voraussetzung nachhaltiger Gesundheit.

Kurzum: Die Diskussion um eine solidarische Gesundheitspolitik darf nicht auf die Finanzierung der Krankenversicherung verkürzt werden. Es geht auch darum, wie wir in Zukunft leben wollen. ■

■ Meinung

Das Grundgesetz wird an das „Jobcenter-Chaos“ angepasst.
| Martin Behrsing.....4

Die Arbeit geht weiter – Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie | Daniel Friedrich 5

Debatte:

Kinderarmut nachhaltig vermeiden – Unser Modell einer Kindergrundsicherung! | Christiane Reckmann.....6

Überlegungen zum Konzept einer Kindergrundsicherung
| Christel Humme.....7

Armutsrisiko um mehr als ein Drittel angestiegen
| Interview mit Dr. Markus M. Grabka.....8

■ ■ Im Fokus:

Wachstum neu denken! – Was soll eigentlich wachsen?

Einleitung zum Schwerpunkt | Kai Burmeister und Stefan Stache 11

Wachstumszwang durch Ungleichheit und Ungleichheit
als Wachstumsbremse? | Simon Sturn und Till van Treeck.....15

Abschied von der Wachstumsideologie
| Tanja von Egan-Krieger und Barbara Muraca21

Geht „guter Kapitalismus“?
| Sebastian Dullien, Hansjörg Herr und Christian Kellermann 27

Wachstum für Arbeit und Umwelt
– Krisenbewältigung und industrieller Umbau | Wolfgang Rhode..... 33

Neue Wirtschaft – neuer Wohlstand? | Cordula Drautz39

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Deutsche Harmoniesucht
| Tom Stroh Schneider 44

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Griechenland-Krise und
Europäischer Währungsfonds | Arne Heise.....45

Neue Leitbilder für die Partei: Empowerment – Organizing
| Michael Rüter.....47

Weniger Kapitalismus wagen! – Die Auswüchse des modernen
Finanzkapitalismus sind nicht gesellschaftsdienlich | Timm Meike..... 50

New Left Review – Die intelligenteste linke Zeitschrift der Welt wird
50 | Christina Ujma 55

Rezension: Der neue Generationenvertrag | Jörg Deml 59

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:

In eigener Sache, Diskussionspapier: Wirtschaftspolitik neu denken,
DL21-Jahrestagung 29. Mai Berlin..... 61

Fünf Fragen an...Tanja Machalet..... 62

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik
und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Telefon 0177-525 04 98
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

www.fotolia.com, © Tony95

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, April 2010

Das Grundgesetz wird an das „Jobcenter-Chaos“ angepasst.

von Martin Behrsing.

Mit Hilfe der SPD kann nun die schwarzgelbe Regierung das Grundgesetz ändern und die bisherigen Mischverwaltungen aus Bund und Kommunen, sowie die Ausweitung der Optionskommunen im Bundestag und Bundesrat beschließen. Damit macht die SPD nun abermals einen anbietenden Hofknicks vor Roland Koch und anderen Hardlinern in der Union und verrät Erwerbslose, indem sie es zulässt, dass nun Arbeitslose erster und zweiter Klasse verfassungsgemäß werden. Wenn es um „Hartz IV muss weg“ geht, darf es in einem ersten Schritt zwei Klassen von Erwerbslosen, nämlich ALG I und Hartz IV, nicht mehr geben.

Mit der Ausweitung der Optionskommunen werden die Arbeitslosen zweiter Klasse für kommunale Eigeninteressen missbraucht werden und können sich wegen der Schaffung alter Sozialhilfestrukturen kaum auf bundeseinheitliche Rechtsauslegung verlassen. Damit wird die Entrechtung von Hartz IV-BezieherInnen im Grundgesetz zementiert.

Fünf Jahre Hartz IV haben gezeigt, dass weder die Arbeitsgemeinschaften aus Bundesagentur für Arbeit und Kommunen, noch die Optionskommunen funktionieren. Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen funktionierte vor Hartz IV durch die Bundesagentur für Arbeit besser. Im Gegensatz zu den Arbeitsgemeinschaften ist bei den Optionskommunen die Betreuung und Vermittlung von Erwerbslosen noch schlechter. Sie ist nur da besser, wo billigste Arbeitskräfte für kommunale Interessen eingesetzt werden. Verlässliche Rechtsauffassungen gibt es bei den Optionskommunen kaum, da jede Kommune



☞ Martin Behrsing ist Sprecher und Geschäftsführer des Erwerbslosen Forums Deutschland

Foto: www.erwerbslosenforum.de

ihre ganz eigenen Interessen hat. Den Kommunen ist zu widersprechen, dass sie durch ihre kommunale Nähe zu örtlichen Arbeitgebern über bessere Kontakte verfügen würden und somit deshalb besser vermitteln könnten. Die Ergebnisse der bisherigen Optionskommunen, aber auch die Erfahrungen der Sozialhilfe (bis Ende 2004), zeigen auf, dass dies gerade nicht der Fall ist. Mit der Zustimmung zur Grundgesetzänderung zeigt die SPD, dass sie Hartz IV weiterhin auf Kosten der Betroffenen will und dafür bereitwillig Roland Koch und andere Handlanger des Kapitals mit ins Boot nimmt.

Für Betroffene würde die alleinige Zuständigkeit der BA zumindest eine Stärkung ihrer rechtlichen Position bedeuten, da die BA ein einheitliches Verwaltungshandeln aufweist. Dies macht die Rechtsdurchsetzung wesentlich einfacher, da die BA keine Rücksicht auf kommunale Haushaltslagen und den notwendigen Einsparungen zu lasten der Betroffenen nehmen muss. Damit würde Erwerbslosen eine große Last genommen. **(mehr dazu: <http://www.linke-alternative-gegen-hartz4.de>).**

In der Debatte hat sich gezeigt, dass Erwerbsloseninitiativen erst gar nicht mit in die Diskussion einbezogen wurden, aber Hartz IV-Profiteuren, wie z. B. Wirtschaft, Kommunen, Sozialverbänden jederzeit Rede- und Bestimmungsrecht eingeräumt worden ist.

Einer Grundgesetzänderung bedarf es nicht, denn Murks bleibt Murks. ■

Die Arbeit geht weiter – Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie

von Daniel Friedrich

Selten wurde ein Abschluss der Metall- und Elektroindustrie so gelobt wie der diesjährige: „Ein Signal für zeitgemäße Tarifpartnerschaft“ (Handelsblatt), „Metaller zeigen Weitblick und Intelligenz“ (Financial Times Deutschland) oder „Gute Krisenmanager“ (Frankfurter Rundschau). Dabei liegt der „Zauber“ dieses Tarifwerks nicht im Vorgehen der IG Metall und der Tatsache, dass man erstmals ohne konkrete Lohnforderung in die vorgezogenen Verhandlungen ging. Ja, dies ist unüblich, aber angesichts der massiven Auswirkungen der Finanzkrise ein richtiger Schritt. Nein, vielmehr könnte – wenn Bundesregierung, Bundesrat und die Banken ihren Anteil leisten – ein unwiderrufbarer hunderttausend-facher Arbeitsplatzabbau verhindert werden.

1. Der neue Tarifabschluss zur Beschäftigungssicherung schafft durch eine kostenreduzierte Kurzarbeit und eine Arbeitszeitabsenkung mit einem Teilentgeltausgleich die Möglichkeit einer Beschäftigungsbrücke. Um diese Brücke zu schlagen, ist es unerlässlich, dass der Gesetzgeber die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit über den 31.12. 2010 hinaus verlängert und den Teilentgeltausgleich ebenfalls davon befreit. Angesichts der zu verhindernden Massenarbeitslosigkeit sind die staatlichen Kosten vertretbar und zweckdienlich.

Der Staat ist weiterhin mit einer aktiven Arbeitsmarkt-, Industrie- und Strukturpolitik gefordert. Unerlässlich ist dabei eine flankierende Finanz- und Steuerpolitik für einen handlungsfähigen Staat.

2. Eine krisenbewusste, unterstützende Kreditpolitik der öffentlichen und privaten Banken



☞ Daniel Friedrich ist Bezirkssekretär der IG Metall Küste.

Foto: IG Metall

ist für die Klein- und Mittelbetriebsstruktur unverzichtbar. Dafür müssen die Banken, gerade als einer der Hauptverursacher der Krise, endlich ihre volkswirtschaftlichen Verpflichtungen erfüllen. Zahlreiche Unternehmen scheitern in der aktuellen Krise nicht an mangelnder Initiative oder unzureichender Wettbewerbsfähigkeit, sondern an der ungenügenden Bereitschaft vieler Kreditinstitute Liquidität zu gewähren. Gerade im Aufschwung wird sich dieses Problem noch stärker zuspitzen und die Handlungsfähigkeit der Betriebe blockieren. Es bleibt ein Skandal, wenn sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank mit billigem Geld versorgen, aber von den Betrieben überhöhte Zinsen und ungerechtfertigte „Risikozuschläge“ verlangen. Bundes- und Landesregierungen sind aufgefordert, hier entschieden gegenzusteuern.

Wenn man mit Hunderten von Milliarden Rettungsschirme über der notleidenden Finanzwirtschaft aufspannt, muss man jetzt auch in der Krise gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Interessen gegenüber den Banken durchsetzen.

3. Nicht zuletzt sind die Arbeitgeber gefordert, gemeinsam mit den Betriebsräten die neuen und erweiterten Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung zu nutzen. Dies gilt insbesondere auch für ein hinreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen und die Übernahme nach der Ausbildung. Nur so kann der Fachkräftemangel der Zukunft verhindert werden.

Sollten alle ihren Anteil leisten, dann kann das Ziel erreicht werden: Keine Entlassungen in der Krise! ■

Kinderarmut nachhaltig vermeiden – Unser Modell einer Kindergrundsicherung!

von Christiane Reckmann



➔ Christiane Reckmann ist Vorsitzende des Zukunftsforschung Familie und lebt in Nienstedt bei Hannover.

Foto: Zukunftsforschung Familie

Wir brauchen die Kindergrundsicherung als transparente und gerechte Förderung gegen Kinderarmut. Dafür kämpfen wir gemeinsam mit einem Bündnis aus Verbänden und WissenschaftlerInnen (www.kinderarmut-hat-folgen.de). Durch die Anrechnung von Kindergeld auf das Sozialgeld bei Hartz IV erhalten die ärmsten Kinder faktisch kein Kindergeld. Zugleich bekommen gut verdienende Familien mit dem Kinderfreibetrag rund 100 Euro mehr pro Kind und Monat als die breite Masse der Kindergeldbezieher.

Eine Leistung für alle Kinder

Deshalb wollen wir das bürokratische und sozial ungerechte, intransparente System aus Kinderregelsätzen, Kinderzuschlag, Kindergeld und Kinderfreibeträgen überwinden. Die Kindergrundsicherung würde alle bisherigen Einzelleistungen ersetzen. Die Höhe unserer Kindergrundsicherung von 502 Euro umfasst das soziokulturelle Existenzminimum, welches mit 322 Euro (sächliches Existenzminimum) plus 180 Euro (Freibetrag für Betreuung, Erziehung, Ausbildung) im aktuellen Existenzminimumbericht benannt wird. Wir favorisieren eine gestufte Kindergrundsicherung, die allen Kindern das sächliche Existenzminimum als unbürokratische Leistung garantiert. Bis der Staat Bildung flächendeckend gebührenfrei zur Verfügung stellt, fordern wir einen weiteren Betrag in Höhe von 180 Euro. Die Kindergrundsicherung erhielten alle Kinder bis 27 Jahre, sofern sie in

einer Ausbildung sind. Sie unterläge der Einkommensteuer und garantiert damit eine sozial gerechte Staffelung.

Arbeit muss sich lohnen

Kinderarmut ist oft die Folge von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung der Eltern. Alle erwerbsfähigen Menschen müssen deshalb ausreichend Zugang zu Beschäftigung haben. Ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ein Bürgergeld lehnen wir entschieden ab. Wir fordern neben Mindeststandards bei der Zeit- und Leiharbeit auch die Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen. Dies würde vor allem die Einkommensarmut von Frauen abbauen und deren Erwerbsanreize steigern.

Kein Scheingefecht zwischen Bildungsinfrastruktur und monetären Leistungen

Kinderarmut spiegelt sich oft auch in dem besorgniserregenden Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Herkunft wider. Deshalb ist ein Ausbau der Bildungsinfrastruktur neben einer besseren materiellen Teilhabe die Voraussetzung für mehr Chancengleichheit. Wir fordern Bund, Länder und Kommunen auf, ein gebührenfreies und qualitativ gutes Bildungswesen zu schaffen. Hierzu gehören neben dem qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung einfach zugängliche Familienbildung und -beratung. Auf keinen Fall darf es zu einem Scheingefecht zwischen einer besseren Bildungsinfrastruktur und materieller Teilhabe kommen. Kinder und deren Familien brauchen Geld und Bildung gleichermaßen. Unser Konzept der Kindergrundsicherung wagt einen kindzentrierten Blick auf die Armut. Kinder brauchen mehr! Mehr Bildung, mehr Teilhabe, mehr Chancengleichheit! ■

Überlegungen zum Konzept einer Kindergrundsicherung

von Christel Humme



⇒ Christel Humme, MdB, ist stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages

Foto: www.christel-humme.de

Alle finanziellen Unterstützungen für Familien und Kinder sollen zu einer Kindergrundsicherung zusammengeführt werden. Kindergeld, Kinderzuschlag oder BAföG soll es dann nicht mehr geben. Jedes Kind soll bis zum 27. Lebensjahr, wenn es noch in der Ausbildung ist, unabhängig vom Einkommen der Eltern 502 Euro (322 Euro für das sächliche Existenzminimum plus 180 Euro für Bildung, Erziehung und Betreuung) erhalten. Bei steigendem Einkommen wird dieser Betrag durch Besteuerung abgeschmolzen. Ist das der Königsweg zur nachhaltigen Bekämpfung von Kinderarmut?

Richtig ist, unsere sozial ungerechten Familienleistungen auf den Prüfstand zu stellen. Z.B. den Kinderfreibetrag, von dem nur Bezieher hoher Einkommen profitieren, oder das Ehegattensplitting, mit dem der Staat die Alleinverdienerehe mit hohem Einkommen fördert, nicht aber die Kinder. Die neue Kindergrundsicherung wäre ein kompletter Systemwechsel zu rein finanziellen Transferleistungen, und da müssen wir genau hinschauen.

Würde damit nicht eine Brücke zum bedingungslosen Grundeinkommen oder zum Bürgergeld à la FDP geschlagen? Flächendeckendes Lohndumping wäre die Folge, denn die Einkommen müssten ja nicht mehr den Unterhalt der Kinder mit abdecken. Wir dürfen uns nicht von dem Sozialmodell verabschieden, das ein Recht auf existenzsichernde Löhne und Gehälter garantiert.

Die Kindergrundsicherung enthält auch den Betrag für Bildung, Erziehung und Betreuung (180 Euro). Sinkt damit nicht der Druck auf die Kommunen und Länder, für den bedarfsge-rechten Ausbau von qualitativ hochwertiger und vor allem kostenloser Bildung und Betreuung zu sorgen?

Darüber hinaus: das neue Konzept wäre trotz gigantischer Umschichtungen mit 30 Mrd. Euro unterfinanziert. Diese Lücke soll nach den Vorstellungen der Befürworter durch zusätzliche Steuereinnahmen gedeckt werden.

Ein starker Sozialstaat ist also Voraussetzung. Kann er aber dann noch ein vorsorgender Sozialstaat sein? Rein monetäre Leistungen binden zu viel Geld, so dass Mittel für den Ausbau eines qualitativ hochwertigen und kostenlosen Bildungsangebots auf Dauer fehlen. Gute Bildung ist aber Grundvoraussetzung für mehr Chancengleichheit und dafür, dass die Armutsspirale nachhaltig durchbrochen wird. Wer Kinderarmut nachhaltig bekämpfen will braucht beides: eine finanzielle Unterstützung, die den individuellen Bedarf abdeckt, und eine gute und kostenlose Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Kurzfristig brauchen wir Regelsätze, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Der Kinderzuschlag, der bei geringem Einkommen zusätzlich zum Kindergeld gezahlt wird, muss besser ausgestaltet werden. Ein steuerlicher Kindergrundfreibetrag sollte allen ein gleiches Kindergeld garantieren. Mittel aus einer möglichen Umschichtung oder aus zusätzlichen Steuereinnahmen sind zwingend in eine bessere Bildungslandschaft zu investieren.

Die Idee der Grundsicherung ist ein guter Beitrag, die Debatte über eine nachhaltige Armutsbekämpfung und zielgerichtete Förderung von Kindern anzufeuern. Wir müssen aber auf der Hut sein, durch scheinbar einfache Lösungen neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. ■

Armutsrisiko um mehr als ein Drittel angestiegen

Interview mit Dr. Markus M. Grabka



⇒ Dr. Markus Grabka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin.

Foto: privat

spw: Das DIW hat jüngst Zahlen zum Armutsrisiko in Deutschland vorgestellt. Welche zentralen Entwicklungstendenzen sind, auch im EU-Vergleich, seit den 90er Jahren zu beobachten?

» **Markus Grabka:** Nach den Empfehlungen der Europäischen Kommission unterliegt eine Person dem relativen Armutsrisiko, wenn dessen verfügbares Einkommen weniger als 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen der Gesamtbevölkerung in einem Mitgliedsland ausmacht. Im Jahre 2008 lag diese Schwelle in Deutschland bei einem Einpersonenhaushalt bei einem monatlichen Einkommen von 925 Euro, bei einem Vierpersonenhaushalt mit zwei minderjährigen Kindern entsprechend bei 1.943 Euro. Im Jahre 2008 lebten in Deutschland demnach 11,5 Mio. Menschen unterhalb dieser Armutsrisikoschwelle, dies entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 14 Prozent. Ende der 90er Jahre lag diese Quote noch bei etwa 10 Prozent. Es bestehen auch weiterhin deutliche Unterschiede in der Betroffenheit von relativer Einkommensarmut zwischen Ost- und Westdeutschland.

Während Anfang der 90er Jahre nahezu jeder Fünfte in den neuen Ländern nur ein Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle aufwies, hat sich dieser Anteil im Rahmen des Transformationsprozesses bis zur Jahrtausendwende auf 13 Prozent deutlich reduziert und lag damit nur noch weniger als drei Pro-

zentpunkte über dem Wert in Westdeutschland. Seitdem ist das Armutsrisiko für Deutschland insgesamt um mehr als ein Drittel, in Ostdeutschland sogar um knapp die Hälfte stark angestiegen. In den neuen Ländern hat das Armutsrisiko damit wieder ein Niveau erreicht wie kurz nach der Wiedervereinigung.

Lange Zeitreihen zur Entwicklung des Armutsrisikos im internationalen Vergleich werden nur von der OECD zur Verfügung gestellt. Danach zeigt sich, dass in etwa Zweidrittel der betrachteten Länder das Armutsrisiko seit Mitte der 90er Jahre zugenommen hat. Überdurchschnittliche Zuwächse zeigen sich vor allem in Finnland, Irland, Spanien, Schweden und Deutschland.

spw: Die Datenbasis der aktuellen Untersuchung bezieht sich noch auf das Jahr 2008 – dem letzten Jahr vor der Krise. Selbst im Aufschwung gelang keine verteilungspolitische Wende. Woran lag das? Ist in den nächsten Jahren mit einer stärkeren Verbreitung von Armutslagen zu rechnen?

» **M.G.:** Bis 2008 hatten wir in Deutschland einen lang anhaltenden und auch kräftigen Aufschwung, der zwar zu einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten aber nicht zu einer Reduzierung der Ungleichheit führte. In der Vergangenheit war ein wirtschaftlicher Aufschwung auch mit einem Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung und insbesondere der ArbeitnehmerInnen verbunden.

Dies hat aber in der letzten Aufschwungphase nicht stattgefunden. Die Realeinkommen der Bevölkerung stagnieren nun bereits seit der Jahrtausendwende. Der verteilungspolitische Spielraum wurde einseitig zugunsten des Postulats des Arbeitsplatzerhalts aufgegeben und damit die Binnennachfrage geschwächt. Entsprechend haben die Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in den letzten Jahren an Bedeutung verloren, während Einkommen aus Selbständigkeit und Kapitaleinkünfte deutlich gestiegen sind.

Es ist davon auszugehen, dass ein weiterer Anstieg des Armutsrisikos bereits kurzfristig stattfindet, da in Folge der Wirtschaftskrise mehr als 1,5 Mio. ArbeitnehmerInnen Einkommenseinbußen aufgrund des Kurzarbeitergeldes erleiden mussten. Auch die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen ist gegenüber dem Tiefstand Ende 2008 bereits um mehrere 100.000 angestiegen. Von Seiten der Politik sind zudem keine Signale erkennbar, die auf eine Umkehr hin zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung hindeuten. Vielmehr wird die Einkommens- und Vermögensungleichheit durch aktuelle Maßnahmen weiter vorangetrieben. Beispielhaft kann die Anhebung des Kindergelds, von dem BezieherInnen des Arbeitslosengeldes II nicht profitieren, oder die Anhebung der Freibeträge bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer genannt werden.

spw: Welche Rolle spielt die ungleiche Einkommensverteilung für das einseitig exportorientierte deutsche Wachstumsmodell, das im März auch von Seiten der konservativen französischen Regierung heftig kritisiert wurde?

» **M.G.:** Die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre hat mit dazu geführt, dass die Wettbewerbsposition Deutschlands sich gegenüber europäischen Wettbewerbern deutlich verbessert hat. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der parallel dazu stark an Bedeutung gewonnene Niedriglohnsektor hat diese Entwicklung in Deutschland weiter

gestärkt. Eine stärkere Ungleichheit insbesondere der Erwerbseinkommen findet aber nicht allein am unteren Ende der Einkommenshierarchie statt, sondern es lassen sich auch markante Einkommenssteigerungen bei Topverdienern beobachten, die nicht durch die Globalisierung erklärt werden können.

spw: Mit welcher Strategie kann Armut verhindert, Prekariat bekämpft und eine verteilungspolitische Wende eingeleitet werden?

» **M.G.:** Zunächst ist es wichtig zu analysieren, welche Personengruppen besonders von Armut betroffen sind. Dies sind vor allem Alleinerziehende, junge Erwachsene und MigrantInnen. Bei Alleinerziehenden stellt sich das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein weiterer konsequenter Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen würde eine wesentliche Voraussetzung bilden, bei diesen Armut abzubauen. Junge Erwachsene treffen beim Berufseinstieg zunehmend auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit geringer Entlohnung. Hierzu hat die überzogene Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beitragen. Insbesondere das Verdrängen des Normalarbeitsverhältnisses zugunsten von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich bei den BerufseinsteigerInnen negativ aus. Ein Überdenken der entsprechenden Arbeitsmarktreformen erscheint daher angebracht. Bei MigrantInnen stellt sich vielfach das Problem des Fehlens einer entsprechenden beruflichen Qualifikation. Um das Erwerbspotential zu heben, bedarf es entsprechender Qualifizierungsangebote. Langfristig ist aber vorrangig eine stärkere Investition in Bildung erforderlich, um vor allem die Ursachen von Armut zu bekämpfen.

Neben der Zunahme des Armutsrisikos stellt aber auch die hohe Konzentration der Vermögen eine weitere Herausforderung an die Politik dar, da mit dem Vermögen spezifische Funktionen, wie die Macht- und Herrschaftsfunktion, verbunden sind. Neben der Einfüh-

rung einer Börsenumsatzsteuer ist hier vor allem auch an eine grundlegende Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer hin zu deutlich höheren Steuersätzen und abgesenkten Freibeträgen zu denken. Als weiteres Signal erscheint auch die Einführung einer Luxussteuer erachtenswert, denn neben ermäßigtem und normalem Mehrwertsteuersatz könnte auch ein erhöhter Satz die Verteilungsgerechtigkeit heben.

spw: Wie bewerten sie die Vorschläge des SPD-Papiers „Fairness am Arbeitsmarkt“? Welche Anforderungen sind an den öffentlichen Beschäftigungssektor bzw. den sozialen Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund bereits massiv unterfinanzierter öffentlicher Dienstleistungen zu stellen?

» **M.G.:** Das Signal welches mit diesem Papier gesendet wird, geht zwar in die richtige Richtung. Details sind aber als fragwürdig zu bewerten. So ist beispielsweise der Verzicht auf jegliche Vermögensprüfung bei Bezug des Arbeitslosengeldes II nicht nachvollziehbar, da diese Grundsicherung nur als letztes soziales Netz in Anspruch genommen werden sollte. Dagegen ist die Schaffung eines begrenzten öffentlichen Beschäftigungssektors als positiv zu werten, wenn dieser auf Bereiche beschränkt wird, in denen der erste Arbeitsmarkt keine Angebote zur Verfügung stellt. Dies erfordert natürlich zusätzliche öffentliche Mittel, die den Handlungsspielraum des Staates wieder vergrößern.

spw: In Abgrenzung von Konzepten eines öffentlichen Beschäftigungssektors und von Mindestlöhnen wird bisweilen die Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II gefordert. Welche Wirkungen würden von höheren Hinzuverdiensten ausgehen?

» **M.G.:** Die Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen dürfte dazu führen, dass EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II we-

niger Anreize haben, eine höher dotierte Beschäftigung anzunehmen und sich damit in dem Transferbezug einrichten. Zudem besteht die Gefahr, dass der Niedriglohnsektor weiter an Bedeutung gewinnen könnte.

spw: Zur Debatte um die Bekämpfung von Kinderarmut: Sollte die Förderung sozialer Infrastruktur wie z.B. Betreuungseinrichtungen Priorität vor direkten finanziellen Leistungen genießen?

» **M.G.:** Unabhängig von der Art wie ein Transfer ausgestaltet sein kann, besteht ein dringender Investitionsbedarf in mehr Bildung und vorrangig in frühkindliche Bildung. Entgegen der vielen Sonntagsreden hat der Anteil der Bildungsausgaben gemessen am BIP in den vergangenen Jahren sogar ab- anstatt zugenommen. Wichtig ist also vorrangig, dass mehr Geld bei den Kindern ankommt. Neben der Investition in die Gebäude und die Ausstattung bedarf es aber eben auch einer stärkeren Investition in die Köpfe. Hier dürfte sich unter anderem ein verbesserter Betreuungsschlüssel positiv auf die frühkindliche Entwicklung auswirken. ■

☞ Das Interview führte Stefan Stache

Wachstum neu denken! – Was soll eigentlich wachsen?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister und Stefan Stache

Zuweilen lenken fundamentale Krisen den Blick auf Analysen historischer Umbruchphasen. Lange bevor der Begriff der Nachhaltigkeit Eingang in die politische Debatte fand, fragte eine Gruppe von Wissenschaftlern im Jahre 1972: „Soll man das Wachstum fortschreiten lassen, bis sich neue natürliche Grenzwerte zeigen, und hoffen, dass sich eine neue technologische Möglichkeit zeigen wird, um das Wachstum fortzusetzen?“ Zentrale Modellannahmen und Vorschläge des Berichts über die „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome mussten relativiert werden. Im Kern blieben jedoch die Fragen nach der Qualität des Wirtschaftswachstums und der ökologischen und sozialen Verträglichkeit offen.

Mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise steht das im zu Ende gehenden Jahrzehnt dominante neoliberale Wachstumsversprechen sowohl politisch wie ökonomisch vor einem Scherbenhaufen. Auch wenn die meisten Regierungen mit umfangreichen Konjunkturprogrammen und einer neuen arbeitsmarktpolitischen Offenheit eine harte Landung verhindert haben, so ist eine mittelfristige Rückkehr in eine neue keynesianische Phase, wie es Paul Krugman in seiner Analyse der Krise¹ einfordert, keineswegs ausgemacht.

Aber auch angesichts der Gleichzeitigkeit von ökonomischer wie ökologischer Krise stehen Wachstumsstrategien unter einem berechtigten Legitimationsdruck, dem sich insbesondere die politische Linke zu stellen hat. Ein dreiprozentiger Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zeigt zunächst nur eine in Geld ausgedrückte Größenveränderung der

Wirtschaftsleistung an, über damit einhergehende soziale Konflikte und ökologische Folgewirkung sagt dieser Indikator hingegen nichts aus. Die begrenzte Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts als Indikator für die Wirtschaftsentwicklung oder gar für den Wohlstand ist seit langem bekannt. Darüber hinaus wird vermehrt die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob und in welchem Maße Wirtschaftswachstum noch ökologisch vertretbar ist oder – aufgrund der Alltagserfahrung von Massenarbeitslosigkeit und millionenfacher Prekarität – noch zu breitem Wohlstand führt. Hieran knüpft wiederum die Debatte an, in welcher Weise materieller Wohlstand zu individuellem Glück beiträgt und welche weiteren qualitativen Faktoren, wie z.B. Zeitsouveränität, eine entscheidende Rolle spielen. Zusammengefasst: Führt Wachstum aus der Krise? Verbessern sich dadurch die Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der abhängig Beschäftigten?

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe schließt an spw 169 „Zeit für einen neuen New Deal“ und die Diskussion einer ökologisch-sozialen Wachstumskonstellation an. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Frage nach den Voraussetzungen eines alternativen nachhaltigen Wachstumsregimes jenseits des Neoliberalismus und des Finanzmarkt-Kapitalismus.

Was den ökologischen Aspekt von Wachstum betrifft, verfügt die Linke seit geraumer Zeit nicht mehr unangefochten über ein Alleinstellungsmerkmal. Öko und Umwelt gelten überall als schick: Konservative und Markliberale besetzen Nachhaltigkeit auf ihre Weise, als Symbolfolie dient ihnen die altbekannte „Neue soziale Marktwirtschaft“. Dafür steht exemplarisch ein Artikel des Bundesum-

¹ Paul Krugman: Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York 2009).



weltministers und des FDP-Generalsekretärs aus der Süddeutschen Zeitung², in dem die Autoren einen ökonomischen Preis für den Ressourcenverbrauch fordern und „eine ökologisch gestaltende Ordnungspolitik[...], die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht.“ Eine „marktwirtschaftliche Ökologie“ könne mit Energie- und Materialeffizienz und der Erschließung ökologischer Märkte die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland steigern. Freilich soll diese Öko-Erneuerung des neoliberalen Modells Deutschland über Kombilöhne und die offene Akzeptanz von Niedriglöhnen vonstatten gehen: „Wer sich mit Fleiß über kleine Jobs in den ersten Arbeitsmarkt herausarbeiten will, der verdient Respekt und Anerkennung auch in Form staatlicher Zuschüsse. Für diese Menschen darf der Niedriglohnsektor nicht verriegelt werden“. Nach dieser Lesart zählen AufstockerInnen, die aufgrund von Armutslöhnen zusätzlich ALG-II beziehen, zu einem

förderungswürdigen zweiten Arbeitsmarkt. Mit dem grün gefärbten Wettbewerbskleid präsentiert man sich ökologisch aufgeklärt und modern sowie als Anwalt der LeistungsträgerInnen und vermeintlich auch der working poor.

Wenn der ökologisch „aufgeklärte Wachstumsbegriff“ nun von denen aufgegriffen wird, die solche Steuerungsdebatten zuvor scheuten, stellt sich zunächst die Glaubwürdigkeitsfrage. Doch die neuen ideologischen Formationen verdeutlichen, dass ein progressiver Wachstumsdiskurs auf der anderen Seite nicht geführt werden kann, ohne zugleich die Fragen nach ökonomischer Macht im Kapitalismus zu stellen und die Verteilungsausinandersetzungen mit einzubeziehen. Zwar ist das Konzept der ökologischen Industriepolitik, mit einer Pionierfunktion des Staates, zum Bestandteil des sozialdemokratischen Mainstreams avanciert. Es bedarf jedoch der programmatischen Einbettung in ein Projekt eines emanzipatorischen Sozialstaates und gesellschaftlicher wie ökonomischer Demokratisierung. Eine solche Einbettung, welche

² Christian Lindner, Norbert Röttgen: Eine neue Ordnung mit ebwährten Prinzipien, in: Süddeutsche Zeitung 26. März 2010.

die SPD-Linke u.a. unter dem Begriff New Deal diskutiert, wird in der Gesamtpartei noch zu leisten sein. Weder die Erschließung ökologischer Leitmärkte und ökologischer Innovationen noch Investitionen in mehr Bildung, wie Sigmar Gabriel sie im Buch „Links neu denken“ fordert, bilden ein linkes Alleinstellungsmerkmal und können für andere Konzepte vereinbart und sogar pervertiert werden.

Tanja von Egan-Krieger und Barbara Muraca nehmen in ihrem Beitrag eine skeptische Haltung gegenüber Wirtschaftswachstum und seiner qualitativen Steuerung ein. So seien etwa die Möglichkeiten, zur Verminderung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen die Ressourcenproduktivität zu steigern, aufgrund der zugleich steigenden Nachfrage begrenzt. Auch die Verlagerung des Wachstums auf den Dienstleistungssektor löse das Problem nicht zwangsläufig, da die Industrieproduktion sich in die Entwicklungs- und Schwellenländer verlagere. Dennoch ziehen Muraca und von Egan-Krieger nicht die Schlussfolgerung einer Umkehrung der Wachstumstendenzen bis hin zum Nullwachstum. Vielmehr empfehlen sie die „Abkopplung von der Bewertung des Zustandes einer Volkswirtschaft vom ökonomischem Wachstum“. Wachstum solle „nicht mehr zum Maßstab und zum Ziel einer Volkswirtschaft erhoben werden“.

Eine andere Perspektive wählen Simon Sturm und Till van Treeck: Die bloße Produktion von Gütern sei kein Selbstzweck. Koordinierte Konjunktur-, Lohn- und Verteilungspolitik müsse dafür sorgen, das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial nicht nur voll auszuschöpfen, sondern auch eine gleichmäßige Verteilung zu erreichen, damit keine Armut neben dem Überfluss entstehe. Arbeitszeitverkürzung schaffe im Anschluss daran Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten durch mehr Freizeit. Die ökonomische Ungleichheit müsse aus sozialen und ökologischen Gründen reduziert werden; dies gestalte sich jedoch ohne Wachstum noch viel schwieriger als mit Wachstum.

Insgesamt sei deshalb gerade Wachstum erforderlich, um den Raum für ein nachhaltiges Wirtschaften zu vergrößern und den Menschen den Abschied von Konsumzwängen zu ermöglichen.

Programmatisch scheint die Antwort offenbar nicht im Abschied vom Wachstum, sondern in Kriterien und Steuerung des Wachstums zu liegen. Zu oft wird allerdings auch in der politischen Linken das Potential technologischer (Basis-)Innovationen ausgeblendet und der technische Fortschritt wird, entgegen der historischen Erfahrung, zu wenig als Bestandteil gesellschaftlicher Reformansätze verstanden. Anknüpfend an die Theorie langer Wellen geht es jetzt aber darum, welche Basistechnologie bestimmend für den nächsten langen Zyklus werden kann. In spw wurde immer wieder über neue Formen der Energieerzeugung diskutiert, die prinzipiell über eben dieses Potential einer Basisinnovation verfügen. Neben der technischen Ebene ist Wachstum dann wünschenswert, wenn es erstens auf Basis einer möglichst natur- und ressourcenschonenden Produktionsweise fußt und zweitens zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrzahl der Bevölkerung beiträgt. Anders ausgedrückt: Wer auf Wachstum setzt, muss beantworten, welche Sektoren wachsen sollen. Zunächst ein anders gelagertes Beispiel: Die jüngste Krise hat die destruktive Kraft eines aufgeblähten Finanzsektors mit seinen radikalen Renditevorgaben verdeutlicht. Jede Volkswirtschaft ist auf ein funktionierendes Finanzsystem angewiesen, aber insbesondere in den USA und in Großbritannien nehmen Finanzinstitute einen zu großen Anteil am Wirtschaftsprodukt ein und absorbieren letztlich auch zu viele kluge Köpfe, die oft keinen Nutzen erzeugen bzw. destruktiv wirken. Künftig geht es für den Finanzsektor um ein bewusstes Schrumpfen auf ein näher zu bestimmendes Maß. Andere Sektoren müssen hingegen wachsen und ausgebaut werden. Dabei wird deutlich, wie sehr ein neues Wachstumsmodell mit einer umfassenden

wirtschaftlichen Demokratisierung einhergehen muss.

In ähnlicher Richtung argumentiert Wolfgang Rhode von der IG Metall, man stehe nicht vor der Entscheidung für oder gegen Wachstum, sondern zwischen einem traditionellen oder einem sozial-ökologisch verträglichen Wachstumspfad. Produktionsverfahren und Produkte müssten auf eine ressourcensparende und klimaverträgliche Ökonomie ausgerichtet werden. Daneben gelte es, gesellschaftliche Bedarfsfelder, u.a. im Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, zu erschließen. Dies müsse sich auch in der neuen wirtschaftspolitischen Strategie der EU niederschlagen, die aktuell unter der Überschrift „EU 2020“ ausgearbeitet wird. Die gewerkschaftlichen Anforderungen an die EU 2020 richten sich dabei an den Eckpfeilern soziale Gerechtigkeit, Vorrang für gute Arbeit und ökologische Verträglichkeit aus. Rhode hält eine „doppelte Dividende zu Gunsten von Arbeit und Umwelt“ für grundsätzlich möglich. Ein Schlüssel dafür liege in der ökologischen Modernisierung der Industrie. Konflikte zwischen Arbeit und Ökologie seien damit nicht vom Tisch, sondern müssten ausgetragen werden.

Auf die positiven Beschäftigungseffekte einer emissionsarmen Wachstumsstrategie weist eine Untersuchung von Holger Rogall hin. Der Umweltökonom berechnete die Beschäftigungsauswirkungen einer systematischen, nachhaltigen Umstrukturierung. Rogall kommt darin zu der Einschätzung, dass allein durch die Einführung alternativer Antriebs-techniken und Kraftstoffe, einhergehend mit einer Umschichtung von Steuergeldern in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und Emissionsabgaben für den Kerosinverbrauch, etwa 335 000 Arbeitsplätze entstehen könnten.

Cordula Drautz skizziert unterschiedliche progressive Debattenstränge um Wachstum und plädiert für eine systematische Integra-

tion von ökologischen und sozialen Kriterien in die Ökonomie und ihre Indikatoren. Neben einer ökologischen Ausrichtung der Produktionsweise, die den Preis für den Ressourcenverbrauch berücksichtige, sei u.a. eine verstärkte Binnenmarktorientierung, die Verkürzung und gerechte Verteilung von guter Arbeit sowie die Regulierung des Finanzsektors anzustreben. Der Finanzsektor müsse der Realwirtschaft dienen.

Ohne die globale Regulierung der Finanzmärkte und den Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte wird kein neues Wachstumsmodell möglich sein, unterstreichen auch Sebastian Dullien, Christian Kellermann und Hansjörg Herr. In ihrem Vier-Säulen-Modell eines „Guten Kapitalismus“ jenseits marktliberaler Ordnungslogik sprechen sie sich für ein Wirtschaftswachstum aus, welches auf privater Nachfrage durch Einkommenszuwächse beruht. Ein System fester Wechselkurse solle zudem die Weltwirtschaft verbinden und durch Wechselkursanpassungen Leistungsbilanzungleichgewichte verringern. Innerhalb von Währungsunionen komme es auf eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik an. Zur Finanzierung von Krediten für Innovationen und Investitionen reichten zudem relativ bodenständige Finanzsysteme aus. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Wachstumszwang durch Ungleichheit und Ungleichheit als Wachstumsbremse?

von Simon Sturn und Till van Treeck

Es erscheint widersinnig, mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten die Frage nach der Notwendigkeit von Wachstum zu stellen: Angesichts flächendeckend steigender Arbeitslosenzahlen erscheint nichts dringlicher als eine baldige Rückkehr kräftiger Produktionszuwächse. Denn selbst in den reichen Industrieländern verschärft die Krise das Paradox der „Armut, mitten im Überfluss“, das schon John Maynard Keynes anlässlich der Großen Depression der 1930er Jahre beschrieben hatte.

Zeitgleich steht die Menschheit vor großen Herausforderungen, deren Lösung durch immer weiteres Wirtschaftswachstum behindert werden könnte. Wirtschaftswachstum schafft und erhält zwar Einkommen und Arbeitsplätze, bedeutet aber – unter den gegenwärtigen Bedingungen – auch, dass allerhand Aktivitäten zunehmen, die mit negativen ökologischen Folgen verbunden sind. Aufgrund der ungleicher werdenden Einkommensverteilung profitieren zudem immer weniger Menschen von Wachstum. Viele haben außerdem den Eindruck, Wirtschaftswachstum äußere sich zunehmend darin, dass in mühsamer Arbeit viele „unnütze“ Waren hergestellt werden und andere Facetten des Menschseins zu kurz kommen.

Wirtschaftswachstum kann also ein besseres Leben ermöglichen, es zugleich aber auch verhindern. Was sind die Dimensionen dieses Widerspruchs und wie kann die Politik darauf reagieren? Wir fassen unsere Überlegungen schematisch in vier Punkten zusammen.

1. **Güterproduktion ist kein Selbstzweck:** Laut allen ökonomischen Theorien ist mehr Freizeit und weniger Arbeit eine attraktive Wahlmöglichkeit in hochproduktiven Volkswirtschaften.

Konsum oder Freizeit? Die Optimierungsaufgabe des neoklassischen Individuums.

Im Zentrum der neoklassischen Theorie steht die Figur des/der selbstbestimmten Konsumenten/in. Das ökonomische Leben des Individuums besteht in der Lösung einer intertemporalen Optimierungsaufgabe: Welchen Anteil meiner Lebenszeit möchte ich mit Arbeit verbringen (deren Entlohnung mir – sofortige oder spätere – Konsummöglichkeiten eröffnet), und wie viel mit Freizeit (die mir den Genuss der Konsumgüter und nicht-marktwirtschaftlich vermittelte Betätigungen ermöglicht)? Wenn die Individuen ihre materiellen Konsumbedürfnisse weitgehend befriedigt sehen, werden sie auf Produktivitätssteigerungen, die sich in höheren Realinkommen pro Arbeitsstunde niederschlagen, mit einer Reduktion der angebotenen Arbeitsstunden reagieren. Es kommt dann – gesamtgesellschaftlich – ohne weitere politische Eingriffe zu entsprechend geringerem Wirtschaftswachstum.

Keynes und die Lösung des „ökonomischen Problems“.

Keynes wird oft auf seine Vorschläge zur staatlichen „Wachstumsankurbelung“ beschränkt. Dabei zieht sich kaum ein Gedanke so systematisch durch das Keynes'sche Werk wie die Vorstellung, dass die Menschheit „das ökonomische Problem“ insgesamt im Sinne einer Überwindung der materiellen Knappheit lösen kann.

Keynes erinnerte in seinem Artikel „Economic Possibilities for our Grandchildren“ (1931) seine Zeitgenossen mitten in der Weltwirtschaftskrise daran, dass selbst bei

vorsichtigen Erwartungen bzgl. des technischen Fortschritts die Produktionskapazitäten der Industrieländer bald so groß sein würden, dass die materiellen Bedürfnisse ihrer Enkelkinder ohne große Mühe befriedigt werden könnten:

„Drei-Stunden-Arbeitstage oder eine 15-Stunden-Woche reichen völlig aus ..., um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen! ... Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch vor seiner eigentlichen Aufgabe gestellt sein – wie soll er seine Freiheit von bedrückenden wirtschaftlichen Sorgen nutzen, wie soll er seine Freizeit beschreiten, die die Wissenschaft ... ihm ermöglicht haben wird, um weise, angenehm und gut zu leben.“

Keynes glaubte jedoch nicht, dass dieser Prozess sich in spontaner Harmonie als Marktergebnis herausbilden würde. Vielmehr sei es notwendig, durch koordinierte Konjunktur-, Lohn- und Verteilungspolitik dafür zu sorgen, dass das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial nicht nur voll ausgeschöpft wird, sondern es auch so verteilt wird, dass nicht „Armut mitten im Überfluss“ entstehe.

Marx und das „Reich der Freiheit“.

Wie viele Neoklassiker/innen und Keynes geht auch Karl Marx davon aus, dass das „Reich der Notwendigkeit“ begrenzt ist und durch den technischen Fortschritt zurückgedrängt werden kann. Marx schreibt im „Kapital“, dass im „Reich der Notwendigkeit“ nicht der Marktmechanismus sondern „die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln“ sollten.

Wie auch immer das zu verstehen ist: Das „Reich der Freiheit“ beginnt laut Marx erst jenseits der „notwendigen“ Güterproduktion, „da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also ... jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ Zur Er-

reichung sei „die Verkürzung des Arbeitstages, die Grundbedingung“.

2. Ein Hauptgrund dafür, dass viele Menschen so viel arbeiten und konsumieren (wollen), ist die hohe Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Macht.

Warum haben die Menschen ihre Konsumbedürfnisse in den letzten Jahrzehnten so deutlich ausgeweitet, anstatt den gigantischen Produktivitätsfortschritt viel stärker in mehr Freizeit umzuwandeln? Ökonomenobelpreisträger Joseph Stiglitz hat in dem Beitrag „Toward a General Theory of Consumerism“ (2008) wichtige Gründe hierfür herausgearbeitet.

Ein erster Grund ist schlicht, dass die Realeinkommen vieler Menschen trotz des hohen Wachstums in den reichen Ländern in den letzten Jahrzehnten kaum gestiegen sind (vgl. Abschnitt 3 unten). Auch in reicheren Ländern müssen daherviele Menschen viel arbeiten, um ein Einkommen zu erzielen, das ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht.

Hinzu kommt, dass die Befriedigung aus dem Konsum sich oberhalb eines bestimmten Einkommensniveaus vor allem daraus ergibt, „mehr“ als andere zu haben. Die Reichen arbeiten so viel, um den Abstand zu den Ärmern zu verteidigen. Die Ärmern dagegen arbeiten so viel, um mit den Reichen mitzuhalten und um aus ihrer relativen Armut auszubrechen. Je mehr sich die Menschen in einer Gesellschaft über den Konsum definieren, desto mehr erhöht dieser Konkurrenzmechanismus die Arbeitsbereitschaft aller Gesellschaftsschichten.

Als einen weiteren wichtigen Grund für die scheinbar geringe Freizeitpräferenz vieler Menschen führt Stiglitz ein Koordinationsproblem an, das auf unterregulierten Märkten entsteht. Menschen verbringen ihre Freizeit gerne mit anderen Menschen. Wenn es aber – wegen mangelnder Arbeitsmarktregulierung – kaum noch feste Zeiten gibt, zu denen



Foto: www.photocase.de, © zettberlin

eine allgemeine Arbeitsniederlegung stattfindet (Abende, Wochenenden, Ferien, Feiertage), sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Freizeit zusammen mit Freunden und Familienangehörigen verbracht werden kann. Der Wunsch nach mehr Freizeit verliert so seinen Reiz, hingegen steigt die Nachfrage nach Arbeit und isoliertem, kompensatorischem Konsum. Der freie Markt versagt und verhindert eine optimale Arbeit-Freizeit-Entscheidung nach Maßgabe der tatsächlichen Präferenzen der Individuen. Aus Sicht der Kapitalbesitzer/-innen (die sowohl für möglichst wenig regulierte Arbeitsmärkte eintreten als auch marktfähige Güter verkaufen wollen) ist dies ein willkommener Nebeneffekt der zunehmend ungleichen Machtverteilung zwischen ihnen und der Arbeitnehmer/innenschaft.

Schließlich bricht Stiglitz mit einem großen Tabu der herrschenden ökonomischen Konsumtheorie, indem er die (für den gesunden Menschenverstand eigentlich selbstverständ-

liche) Überlegung anstellt, dass individuelle Präferenzen stark kulturell beeinflusst sind: Eine stark auf Arbeit ausgerichtete, von großer Ungleichheit und ökonomischer Unsicherheit geprägte Zivilisation „verlernt“ schrittweise den Genuss der schönen, sich selbst genügenden Dinge, wie den Wert des Kochens und langsamen Essens, des Beisammenseins, des Spiels, oder künstlerischer Tätigkeiten. Fast Food, Zigaretten, Medikamente und Fernsehen kompensieren die Einsamkeit des/der isolierten Arbeitnehmers/in. Der Verlust sozialer Bindungen und gemeinschaftlichen Lebens (in der Familie, in Nachbarschaften und sozialen Netzwerken) erhöht die Kosten des Lebensunterhalts (Wohnraum, Garten, Fortbewegungsmittel, Versicherungen, usw. werden weniger gemeinschaftlich genutzt). Werbung macht Menschen (von frühester Kindheit an) anfällig für Versprechen kurzfristigen Glücks durch Konsumgüter. Doch ein längerfristig erfüllendes Leben lässt sich nicht käuflich erwerben. „Kultur“ muss erlernt werden, aber sie

ist ein öffentliches Gut, und es besteht für private Unternehmen kein einzelwirtschaftliches Interesse an der Förderung einer Kultur, die einer immer weiteren Ausweitung materieller Bedürfnisse hinderlich wäre.

Diese theoretischen Überlegungen, deren Relevanz Joseph Stiglitz vor allem für die USA betont, werden empirisch von den Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett bestätigt. Sie zeigen in ihrem jüngst erschienen Buch „Gleichheit ist Glück“ (2009), „warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“. In Ländern mit hoher Ungleichheit – wie etwa den USA und Großbritannien – wird nicht nur mehr gearbeitet, weniger recycelt und mehr Geld für Werbung ausgegeben als in egalitäreren Gesellschaften – wie etwa den skandinavischen Staaten. Eine Reihe weiterer Faktoren zersetzt die Funktionsfähigkeit ungleicher Gesellschaften: Es kommt signifikant häufiger zu psychischen Erkrankungen, Fettleibigkeit, Teenager-Geburten, Drogenabhängigkeit, Morden und Gefängnisstrafen. Hingegen sind die Lebenserwartung, der Bildungsstandard der Kinder, der Status der Frauen und die soziale Durchlässigkeit in egalitären Gesellschaften höher.

Diese Ergebnisse zeigen, dass das Wohlbefinden der Menschen in reichen Gesellschaften weitaus weniger vom Pro-Kopf-Einkommen als von der Verteilung des Wohlstands abhängt. Ungleichheit führt demnach zu einer Reihe sozialer Probleme, höherer Arbeitsbereitschaft, geringer ausgeprägtem Gemeinwesen und einer starken Definition des eigenen Status über Konsum.

3. Die ökonomische Ungleichheit muss aus sozialen und ökologischen Gründen reduziert werden; dies ist aber ohne Wachstum noch viel schwieriger als mit Wachstum.

Die Ungleichheit hat sich in den meisten reichen Ländern in den letzten Jahren bzw.

Jahrzehnten dramatisch verschärft, Löhne und Einkommen vieler Haushalte sind trotz Wachstum kaum gestiegen.

In den USA entfielen im Jahr 1978 auf das reichste Zehntel der Bevölkerung ca. 33 Prozent der Vorsteuereinkommen der Privathaushalte. 2007 waren es ca. 50 Prozent. Der reale Medianlohn des durchschnittlichen männlichen Arbeitnehmers im Alter zwischen 30 und 40 Jahren war 2004 trotz drei Jahrzehnten Wachstums niedriger als 1974. Nur eine kleine Oberschicht hat vom ökonomischen Wachstum der letzten drei Jahrzehnte profitiert.

In Deutschland waren die Einkommen traditionell gleichmäßiger verteilt als im Durchschnitt der Industrieländer. In den letzten zehn Jahren ist es aber zu einem dramatischen Anstieg der Ungleichheit gekommen. Die OECD stellte 2008 sogar fest:

„Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land.“

Die Einkommensarmut ist allein zwischen 1998 und 2008 um etwa 40 Prozent gestiegen. Rund 11,5 Millionen Menschen lagen nach neuesten Zahlen des Sozioökonomischen Panels (SOEP) im Jahr 2008 unter der Armutsrisikoschwelle – dies entspricht rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Personen im unteren Zehntel der Einkommensverteilung hatten im Jahr 2008 real 8 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als im Jahr 2000, und das reale Medianeinkommen ist um knapp 2 Prozent gefallen. Im Jahr 2007 hielten die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung knapp 90 Prozent der gesamten Vermögen der Privathaushalte. Auch in Deutschland profitierten im letzten Jahrzehnt nur die Reichen vom Wirtschaftswachstum.

Diese ökonomische Ungleichheit muss aus sozialen und ökologischen Gründen reduziert

werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass unsere Kultur derzeit stark auf die Beteiligung am Arbeitsmarkt und die Erwartung steigender Einkommen fixiert ist. Wenn Kultur über längere Zeit erlernt werden muss und das Erlernte gesellschaftliche Macht- und Einkommensverhältnisse widerspiegelt, kann aber gerade von ökonomisch benachteiligten Menschen nicht erwartet werden, dass sie sich „von heute auf morgen“ über Konsumismus und eine hohe „Präferenz“ für Arbeit und Einkommen erheben. Erst eine gleichmäßigere Verteilung von Macht und Einkommen dürfte das Klima erzeugen, das Aussicht auf eine weniger konsuméristische und konfliktuelle Kultur verspricht. Vieles spricht dafür, eine solche Kultur auch mit Maßnahmen zu fördern, die unabhängig von Wirtschaftswachstum sind. Aber ganz ohne Wachstum dürfte der Wandel hin zu einer egalitären und nachhaltigen Gesellschaft aus politischen Gründen nicht zu bewerkstelligen sein. Denn Wachstum entlastet den Staatshaushalt und eröffnet mehr Spielräume zur staatlichen Umverteilung. Auch allgemeine Arbeitszeitverkürzungen sind in der Vergangenheit zumeist in Perioden hohen Wirtschafts- und Lohnwachstums durchgesetzt worden. Ohne Wachstum lassen sich die Einkommen der ärmeren Haushalte nur erhöhen, wenn die Einkommen der reicheren Haushalte sinken. Das mag zwar manche/r befürworten, wäre aber mit großen ökonomischen und politischen Unwägbarkeiten verbunden.

4. Die Ungleichheit ist eine der wesentlichen Ursachen der Weltwirtschaftskrise und ein großes Hindernis für ein stabiles künftiges Wachstum.

Bisher haben wir argumentiert, dass die ökonomische Ungleichheit eines der Haupthindernisse für einen Übergang zu einem Wirtschaftsmodell ist, das weniger stark durch einen dysfunktionalen Konsumismus und den Zwang zum Wachstum geprägt ist. Wir sind außerdem der Auffassung, dass kurz- bis mittelfristig weiteres Wirtschaftswachstum nötig

sein wird, um die Ungleichheit zu reduzieren und damit längerfristig die Chancen für eine weniger wachstumsorientierte und solidarisere Kultur zu steigern.

Zugleich setzt sich unter Ökonom/innen zunehmend die Auffassung durch, dass die extreme Zunahme der Ungleichheit in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht nur Folge der neoliberalen Politik war, wie es etwa Ökonomenobelpreisträger Paul Krugman in seinem Buch „Nach Bush“ (2008) beschreibt, sondern eine der Hauptursachen für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist. Diese Zusammenhänge wurden an anderer Stelle ausführlich beschrieben (vgl. z.B. IMK-Report 41, 2009). Im Wesentlichen geht es darum, in den nächsten Jahren ein Wirtschaftsmodell zu schaffen, in dem eine ausreichend starke Expansion der realen Masseneinkommen eine weniger krisenanfällige Wachstumsentwicklung ermöglicht, um – ggf. in Kombination mit gezielten Arbeitszeitverkürzungen – Vollbeschäftigung herzustellen. Ein solches Modell wäre weder auf den kreditfinanzierten Konsum und die steigende Überschuldung der unteren und mittleren Einkommensgruppen angewiesen (wie zuletzt in den USA), noch auf die immer weitere Steigerung der Exportfähigkeit bei binnenwirtschaftlicher Nachfrageschwäche im Zuge von extremer Lohnzurückhaltung (wie zuletzt in Deutschland).

Schlussfolgerungen

Es lässt sich nur beklagen, dass drei Generationen nach der Großen Depression das von Keynes beschriebene Problem der „Armut, mitten im Überfluss“ noch immer nicht überwunden ist und im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise erneut dramatische Ausmaße anzunehmen droht. In den letzten Jahrzehnten ist aus der Sicht vieler Menschen das „Reich der Notwendigkeit“ trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums wieder sehr dominant geworden. Weil in den letzten Jahr-

zehnten versäumt wurde, die Grundlagen für ein freiheitlicheres Wirtschaftsmodell zu legen, in dem Individuen optimale Konsum-Freizeit-Entscheidungen treffen können, ist unsere Kultur weiterhin stark durch den Wunsch nach steigendem Konsum und einer erfolgreichen Karriere auf dem Arbeitsmarkt geprägt.

Aus dieser Darstellung folgt aus unserer Sicht:

In der kurzen Frist muss eine Wirtschaftspolitik verfolgt werden, die rasch zur Überwindung der aktuellen Krise beiträgt, und die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Ungleichheit bekämpft. Völlig kontraproduktiv ist es in diesem Kontext, wenn insbesondere in den Handelsbilanzüberschuss-Ländern (wie Deutschland) eine Politik der Lohnzurückhaltung und fiskalischer Restriktion verfolgt wird, das Gegenteil wäre dringend notwendig. Die reicheren Haushalte müssten über das Steuersystem viel stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden. Vollbeschäftigung und ein Ausbau der sozialen Sicherung versetzen die unteren Einkommensgruppen in eine verbesserte Verhandlungsposition und erleichtern die Realisierung einer egalitäreren und postmaterialistischen Gesellschaft. Verstärkt müsste bereits kurzfristig darauf geachtet werden, dass Wachstum auch umweltverträglicher gestaltet wird.

Zudem bedarf es mittelfristig der Entwicklung kultureller Alternativen zum jetzigen konsumeristischen Lebens- und Wirtschaftsstil. Die Durchsetzung dieses Lebensstils ist nicht bereits durch eine egalitäre Verteilung von Einkommen und Macht garantiert. Hierfür ist insbesondere auch die politische Bildungsarbeit von Parteien, Gewerkschaften, NGOs, usw. eine weitere Grundvoraussetzung. Gleichzeitig sollten die Ausweitung des öffentlichen Raums, ein nicht auf Konkurrenz sondern Kooperation

basierendes Bildungssystem, die stärkere Forcierung wirtschaftsdemokratischer Elemente und insbesondere die Reduktion der Arbeitszeit das Erlernen einer weniger materialistischen Kultur unterstützen.

Wir können nicht einschätzen, wie viel Zeit aus ökologischer Sicht für den beschriebenen Richtungswechsel hin zu einem weniger wachstumsorientierten Wirtschaftsmodell bleibt. Auch wissen wir nicht, inwieweit Hoffnungen auf ein weniger umweltschädliches „qualitatives“ Wachstum berechtigt sind. Wir können lediglich zur Kenntnis nehmen, dass die wissenschaftliche Forschung massive Kosten des Klimawandels für den Fall befürchtet, dass nicht bald ein deutlicher Kurswechsel eingeschlagen wird. Gleichzeitig sehen wir aus polit-ökonomischer Sicht keinen Ausweg aus diesem scheinbaren Widerspruch: Die große Ungleichheit zwingt zu mehr Wachstum und behindert es zugleich. Erst durch mehr Wachstum wird eine effektive Stärkung der unteren Einkommensgruppen möglich, und weniger Ungleichheit reduziert schließlich die Notwendigkeit von Wachstum. Unklar ist freilich, ob die Umwelt solange warten kann. ■

☞ Simon Stürn und Till van Treeck sind Wirtschaftswissenschaftler am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Abschied von der Wachstumsideologie

Warum Wachstum in den Industrieländern weder erreichbar noch wünschenswert ist

von Tanja von Egan-Krieger und Barbara Muraca

In der Nachfolge der Finanzkrise waren die europäischen Regierungen vor allem darum bemüht, das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Dabei wurde der herkömmliche Wachstumsindikator – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – fraglos vorausgesetzt. Erst Anfang dieses Jahres wurden kritische Stimmen auch auf Regierungsebene laut. So forderte Angela Merkel in einer Videobotschaft vom Februar:

„Wir müssen lernen, den Wachstumsbegriff für das 21. Jahrhundert neu zu definieren“ (Merkel 2010).

Welches Wachstum meinen wir?

Das BIP wird schon seit langer Zeit als Indikator für Wirtschaftswachstum kritisiert. Zumal es in der Regel nicht nur als ein Indikator für Wirtschaftswachstum, sondern auch als Maßstab unseres Wohlstands verwendet wird. Um nur einige dieser Kritikpunkte zu nennen: Das BIP misst nur die Produktion für den Markt. Leistungen, die nicht auf dem Markt erbracht werden, wie z.B. ein Teil der Kindererziehung, bleiben daher unberücksichtigt. Doch nicht nur auf der „Einnahmeseite“ wird das BIP kritisiert, sondern auch bezüglich der unzureichenden bzw. falschen Berücksichtigung von Kosten. So werden Schädigungen der natürlichen Umwelt nicht berücksichtigt, sondern im Gegenteil, die Ausgaben für die Reparatur solcher Schäden noch positiv ins BIP eingerechnet. Diese so genannten defensiven Kosten können auch im sozialen Bereich entstehen (z.B. Ausgaben für Arbeits- oder Verkehrsunfälle). Zudem wird der Wert der produzierten Güter und Dienstleistungen einfach zu einer Gesamtsumme addiert. Die Verteilung der Einkommen auf Personen oder Haushalte kann so nicht in den Blick genommen werden.

Die vielfältige Kritik am BIP hat zur Entwicklung verschiedenster alternativer Indikatoren geführt. Insbesondere die Kritik am BIP aus Sicht der ökologischen Nachhaltigkeit führte zu Indikatoren, die das BIP um ökologische Aspekte bereinigen sollten. Indikatoren, die unter dem Schlagwort „Grünes BIP“ geführt werden, versuchen, das BIP um die Erschöpfung oder Zerstörung natürlicher Ressourcen zu korrigieren. Andere Indikatoren wie der „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) und der „Genuine Progress Indicator“ (GPI) gehen in ihren Korrekturen deutlich weiter und entfernen sich damit auch stärker von den üblichen Bilanzierungen des BIP. Im ISEW beispielsweise werden die Verteilung der Einkommen, die Erschöpfung von Naturkapital (darunter nicht nur Ressourcen, sondern auch Ökosysteme), ökologische Schäden wie Wasser- und Luftverschmutzung und die unbezahlte Hausarbeit eingerechnet.

Mit der Entwicklung dieser Indikatoren wurden jedoch zwei Fragen miteinander vermischt. Erstens stellt sich die Frage nach einem angemessenen Wohlstandsindikator, zweitens die Frage, ob ein Wirtschaftswachstum im Sinne des BIP und/oder im Sinne eines alternativen Wohlstandsindikators nachhaltig sein kann, d.h. ob ein solches Wachstum unendlich fortgesetzt werden kann. Zu Recht fordert daher die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission in ihrem „Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ diese zwei Aspekte zu trennen. Im Falle des Wohlstandsindikators schlägt sie vor, den Fokus stärker auf die Einkommens- und Konsumseite zu legen, anstatt auf die Produktion.

Zudem fordert sie dazu auf, die Verteilung der Einkommen und die nicht markt-basierten

Leistungen einzubeziehen. Ein solcher Indikator könnte den materiellen Wohlstand besser abbilden. Doch ist solch ein Wachstum auf lange Sicht erreichbar, ohne die Chancen zukünftiger Generationen zu schmälern, ihre Bedürfnisse gleichermaßen zu befriedigen? Letzteres ist ein Gebot der intergenerationellen Gerechtigkeit. Ein nachhaltiges Wachstum wäre aber nur erreichbar, wenn das Wirtschaftswachstum von der Nutzung natürlicher Ressourcen entkoppelt werden könnte.

Wachstum und Ressourcenverbrauch

Die Möglichkeit einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcennutzung wurde unter dem Stichwort „Effizienzrevolution“, „Faktor 4“ oder gar „Faktor 10“ u.a. von Ernst Ulrich von Weizsäcker propagiert. Eine solche ‚Dematerialisierung‘ der Wirtschaft sei zum einen durch technischen Fortschritt erreichbar, der zu einer erhöhten Ressourcenproduktivität führe und zum anderen durch die Verschiebung der Wertschöpfung auf den Dienstleistungssektor. Eine Effizienzrevolution wäre eine willkommene Chance, am Modell des auf Wirtschaftswachstum basierenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems festzuhalten und dabei gleichzeitig den ökologischen Anforderungen gerecht zu werden. Doch ist diese Möglichkeit umstritten.

Um ein nachhaltiges Wachstum erreichen zu können, müsste die Ressourcenproduktivität deutlich schneller steigen als das BIP. Tatsächlich lässt sich zwar gegenwärtig eine Steigerung der relativen Ressourcenproduktivität feststellen (d.h. pro Endprodukt werden

vergleichsweise immer weniger Ressourcen eingesetzt). Sie wächst jedoch nicht schneller als das BIP, so dass die absolute Ressourcennutzung weiter zunimmt. Parallel zu der Effizienzerhöhung und der damit verbundenen Kosten- und Preisreduktion nimmt nämlich auch die Nachfrage zu. Dieses Phänomen, das in der Ökonomie als ‚Jevon-Paradox‘ oder ‚Rebound-Effekt‘ bekannt ist, ist laut einigen Ökonomen wie dem französischen Degrowth-Theoretiker François Schneider kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern ein immanenter Widerspruch einer auf Wachstum basierenden Wirtschaftsstruktur: Technische Verbesserungen führen nämlich zu einer Senkung der Kosten der Ressourcennutzung und begünstigen daher ihre intensivere Inanspruchnahme. Am Ende steigt die gesamte Ressourcennutzung trotz steigender Ressourceneffizienz.

Ohne Regulierungsmechanismen führt eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft daher nicht automatisch zu einer geringen Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen.

Auch eine Dematerialisierung durch die Verschiebung der Produktion auf den dritten Sektor kann illusorisch sein: Denn bislang ist eine wichtige Bedingung dieser Verschiebung in den Industrieländer die Verlagerung von ressourcen- und senkenintensiven Produktionssektoren (Bergbau; intensive Landnutzung) in die Länder des globalen Südens. Zahlreiche EntwicklungskritikerInnen aus verschiedenen Ländern betonen, dass das Wirtschaftswachstum in den so genannten Entwicklungsländern vor allem die Industrieländer begünstigt.

Selbst wenn die Frage danach, ob ein nachhaltiges Wachstum überhaupt erreichbar ist oder nicht, beantwortet ist, bleibt eine



weitere Frage offen: Wollen wir, dass unsere Wirtschaft ins Unendliche wächst? Auch ein veränderter Wohlstandsindikator, der unseren materiellen Wohlstand besser abbildet und dabei sogar Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt, bleibt ein Indikator für materiellen Wohlstand. Andere Aspekte unserer Lebensqualität bleiben so außen vor.

Wachstum und Lebensqualität

Inwieweit steigender Wohlstand auch eine Steigerung an Lebensqualität mit sich bringt, ist schwer nachweisbar: Max-Neef entwickelte 1995 anhand eines Vergleichs des BIP und alternativer Indikatoren seine sog. Schwellen-Hypothese. Dieser Hypothese zufolge hat seit den 1980er Jahren die Lebensqualität in vielen westlichen Industrieländern bei wachsendem (materiellen) Lebensstandard nicht mehr zugenommen. Ergebnisse der Glücksforschung unterstützen diese Hypothese. So hat zum Beispiel der Glücksforscher Layard gezeigt, dass ab einer bestimmten Schwelle von Einkommen, die in etwa bei 10.000 bis 15.000 US-Dollars liegt, das individuelle selbst-definierte Glück nicht weiter steigt, sondern sogar abnimmt. Dies lässt sich laut Binswanger durch so genannte Tretmühlen erklären, die durch Wachstum verursacht werden: Durch die Perspektive eines zunehmenden Wohlstands steigt der Bedarf an einer kontinuierlichen Statusdifferenzierung.

Dementsprechend fordert Layard eine Fokussierung auf Glück als alternativen Indikator zum BIP. Gegen diese Vorstellung weisen der Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen und die Philosophin Martha Nussbaum darauf hin, dass subjektiv wahrgenommenes Glück keine gute Grundlage bietet, um festzustellen, ob Menschen tatsächlich ein ‚gutes Leben‘ führen. Subjektive Wertungen und Präferenzen lassen sich nämlich sehr stark von gesellschaftlichen und kulturellen Machtverhältnissen beeinflussen – so dass die Zufriedenheit einzelner Menschen stark von ihrer Erziehung

und Sozialisation abhängig ist. Der Begriff des guten Lebens geht laut Nussbaum auf die antike Bestimmung der ‚Eudaimonia‘ zurück und bezieht sich nicht auf einzelne subjektive Momente des Glückempfindens, sondern vielmehr auf die Gesamtheit eines ‚glückseligen‘, weil menschenwürdigen Lebens.

Menschen sind in unterschiedlichem Maße in der Lage, Güter zum Zwecke ihres guten Lebens einzusetzen, je nachdem, wie ihre konkreten Lebensbedingungen aussehen (Behinderungen, Diskriminierungen, Gesundheitszustand, Wissen etc.). Das heißt, dass die Ausübung eines guten Lebens abhängig von den konkreten Fähigkeiten und realen Möglichkeiten der Menschen ist. Sen legt den Fokus daher auf die substantiellen Freiheiten zur Verwirklichung des Lebens. Diese Freiheiten beziehen sich damit nicht auf alle kontingenten Präferenzen, sondern nur auf diejenigen, die unter dem Licht der gemeinsamen Vernunft für substantielle Bedingungen für ein gutes menschliches Leben gehalten werden. Was Menschen tatsächlich imstande sind zu tun, lässt sich laut Sen und Nussbaum daher unabhängig von ihren subjektiven Wahrnehmungen ermitteln und zum Teil messen. Eine Konkretisierung dieser Vorstellung findet sich im so genannten Human Development Index wieder, der verschiedene Indikatoren für die Feststellung von Lebensqualität zugrunde legt, um einen internationalen Vergleich zu ermöglichen (vgl. <http://hdr.undp.org/en/statistics/>).

Die Unterscheidung zwischen Lebensqualität und Lebensstandard macht deutlich, dass Wirtschaftswachstum nur einen Teil zu unserer Lebensqualität beiträgt und es sich darüber hinaus auch negativ auf sie auswirken kann – nicht nur für zukünftige Generationen, sondern hier und jetzt. Gerade die Zerstörung von lebenswichtigen Ökosystemen betrifft heute lebende Menschen, vor allem in den Ländern des globalen Südens. Wie der katalanische Ökonom Martinez-Alier gezeigt hat, werden

durch Bergbau, intensive Landnutzung und industrielle Ressourcennutzung (z.B. Garnelenzucht an den Stätten von Mangrovenwäldern) die Lebensgrundlagen vieler indigenen Völker vernichtet und somit auch ihr Zugang zu notwendigen Bedingungen eines guten Lebens erschwert.

Globale Fragen der Umweltgerechtigkeit führen Martinez-Alier zu dem Schluss, dass eine Wachstumsrücknahme in den Industrieländern zu einer Entlastung des Drucks auf die Länder des globalen Südens führen würde. Er plädiert deswegen für ‚Degrowth‘ im Norden des Planeten und für ein mäßiges Wachstum im Süden.

Wir verdanken das enorme Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre auch der Tatsache eines sich verschärfenden Wettbewerbs. Doch dieser Wettbewerb ist bezüglich Fragen des guten Lebens nicht neutral. Hartmut Rosa weist darauf hin, dass die scheinbare ethische Neutralität des Wettbewerbs dazu geführt hat, dass der Wettbewerb vom Mittel zum Selbstzweck wurde. Es sei eine „fortwährende Angst vor dem persönlichen Scheitern“ entstanden. Laut Ulrich Thielemann führt das Wettbewerbsprinzip dazu, dass jeder zur Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit gezwungen ist, um nicht zu „den Verlierern“ des Wettbewerbs zu gehören. Damit wird das ursprüngliche Versprechen, eine wachsende individuelle Autonomie zu ermöglichen, untergraben. Die Freiheit, ein Leben nach den eigenen Vorstellungen des Guten zu führen, wird eingeschränkt.

Der ständige Wettbewerb führt außerdem zu einer Beeinträchtigung von sozialen Netzwerken und Beziehungen, die nicht über Marktmechanismen koordiniert werden. Die Zerstörung vielfältiger marktunabhängiger Zugänge zu notwendigen Lebensgrundlagen hat laut manchen EntwicklungskritikerInnen eine noch menschenwürdige und konviviale Armut in Entwicklungsländern in Elend ver-

wandelt und Menschen vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig gemacht.

Vom Wachstum verabschieden?

Zieht man aus den vorangegangenen Überlegungen den naheliegenden Schluss, dass wir uns – zumindest in den Industrieländern – ab sofort vom Ziel des Wirtschaftswachstums verabschieden sollten, wird man auch von den Leuten Widerspruch erhalten, die einem in vielem oben Gesagten zustimmen. Gängige Gegenargumente sind, dass Wirtschaftswachstum Wohlstandszuwächse für ärmere Bevölkerungsschichten ermögliche, ohne den Reichen etwas wegnehmen zu müssen. Doch bleibt bei diesem Argument meist unklar, was genau erreicht werden soll. Geht es nur darum, den absoluten Lebensstandard der ärmeren Bevölkerung anzuheben, egal wie stark der Lebensstandard anderer steigt, dann ist dies in der Tat leichter politisch durchzusetzen. Aber ist dieses Ziel in den Industrieländern mit ihrem vergleichsweise hohen Lebensstandard noch gerechtfertigt, oder wird die Lebensqualität der ärmeren Bevölkerung nicht vielmehr vor allem durch ihren relativen materiellen Wohlstand beeinflusst? Die Grundbedürfnisse der Betroffenen sind in aller Regel gesichert. Doch Fähigkeiten, die die soziale und politische Teilhabe, sowie die Anerkennung betreffen, werden vor allem durch einen relativen niedrigen Lebensstandard eingeschränkt. Die Bestimmungen von Armut und Reichtum lassen sich nicht trennen.

Es müsste demnach zumindest gelingen, die Ungleichheit mithilfe des Wachstums zu verringern, damit das oben genannte Argument überzeugen kann. De facto jedoch hat diese in den Industrieländern in den vergangenen Jahren trotz oder wegen Wachstums stark zugenommen. Vom Wachstum profitiert hat vor allem eine kleine Oberschicht. Es ist daher fraglich, ob Wachstum eine Bekämpfung von Ungleichheit wirklich erleichtert, oder ob Maßnahmen zur Ankurbelung von Wachstum

PapyRossa Verlag



Gerhard Feldbauer: Der Heilige Vater – Benedikt XVI.: Ein Papst und seine Tradition; 209 Seiten; EUR 14,90

Seligsprechung von Anhängern Francos, Rehabilitation der Piusbrüder, Unterstützung für Berlusconi: Benedikt XVI. steht für eine altbewährte Tradition der Kurie und setzt die anti-moderne Offensive seines Vorgängers fort.



Eric Hobsbawm: Zwischenwelten und Übergangszeiten – Interventionen und Wortmeldungen Hardcover; 2., verb. Auflage; 240 Seiten; EUR 18,00

Als Historiker und politisch engagierter Zeitgenosse nimmt Eric Hobsbawm Stellung zu den weltpolitischen Umbrüchen der Gegenwart, zur Krise des Kapitalismus und zu Perspektiven für die Zukunft.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

nicht vielmehr dazu führen, dass auch Mechanismen gestärkt werden, die eine Zunahme der Ungleichheit fördern. Manche ExpertInnen halten ein gewisses Maß an Ungleichheit für eine notwendige Bedingung von Wachstum, denn sie gilt als Anreiz für soziale Mobilität nach oben.

Ein weiteres, häufig vorgebrachtes Argument gegen die Abkehr vom Wachstum lautet, dass nur ein ausreichendes Wachstum in der Lage wäre, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Löpfe und Vontobel merken in ihrem Buch „Arbeitswut“ dazu an: „Wir müssen endlich eine grundlegende Tatsache zur Kenntnis nehmen: Stetig wachsende Produktivität, längere Arbeitszeiten und Vollbeschäftigung lassen sich nicht unter einen Hut bringen“. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Zunahme an verfügbaren Arbeitskräften führen zwangsläufig zu einer steigenden Arbeitslosigkeit, wenn die Gesamtwirtschaft nicht stärker als die Arbeitsproduktivität pro Kopf wächst. Es handelt sich hier um ein positives Feedback: steigende Arbeitsproduktivität durch technologische Innovationen und Qualifizierung kurbelt das Wachstum an, weil sie freies Kapital für weitere Innovationen und für Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen frei setzt, was wiederum die Arbeitsproduktivität erhöht. Doch auch ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum führt heute nicht mehr automatisch zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Dieses Phänomen ist unter Experten als ‚jobless growth‘ bekannt.

Außerdem stellt sich die Frage, ob Vollbeschäftigung an sich eine notwendige Bedingung für ein gutes Leben sein muss. Sicherlich ist Erwerbsarbeit nicht nur als Einkommensquelle wichtig, sondern auch weil dadurch soziale Anerkennung, Teilhabe und Gestaltungspotenzial ermöglicht werden. So könnte man sagen, dass Erwerbsarbeit eine notwendige Bedingung für ein gutes menschliches Leben ist und dass jedeR ein Recht darauf haben soll. Jedoch stimmt dies nur innerhalb einer

Gesellschaft wie der unseren, die auf der Erwerbsarbeit als Mittel für gesellschaftliche Teilhabe gründet. In einer nicht wachsenden Wirtschaft müssen daher alternative Modelle eines gesellschaftlichen ‚Tätig-seins‘ entwickelt werden, die andere Zugänge zur sozialen Anerkennung, zum Gefühl der eigenen Würde und Wirksamkeit und zur sozialen Partizipation ermöglichen. Das Konzept der so genannten ‚Mischarbeit‘ verknüpft Erwerbsarbeit mit anderen gesellschaftlich relevanten unbezahlten Arbeitsformen wie zum Beispiel der Versorgungsarbeit und der Gemeinschaftsarbeit, wie u.a. bereits im Jahre 2000 eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung gezeigt hat. Dieses Konzept kann durch Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung umgesetzt werden. Ein Gewinn an Zeit, die für andere gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden kann, würde sicherlich zu einer Steigerung der Lebensqualität im Sinne von Sen und Nussbaum führen, sofern diese Tätigkeit nicht mit einer sozialen Abwertung gegenüber der Erwerbsarbeit stigmatisiert sind und nicht zu einer starken Beeinträchtigung der materiellen Lebensbedingungen führen. Eine Abkopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen wird notwendig. Gerade die Finanzierung von Mischarbeitskonzepten spielt heute eine sehr wichtige Rolle in der wachstumskritischen Debatte, ohne dass sie ausreichend beantwortet wären. Hier sind auch Diskussionen bezogen auf das Grundeinkommen zentral, obwohl dieses Konzept stark umstritten ist. Insbesondere, weil es eine Vielzahl an Konzepten und diesen zugrunde liegenden Intentionen gibt. Daher halten wir eine Fortführung der differenzierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Modellen für nötig.

Fazit

Dass die Industrieländer nicht mehr weiter wachsen können wie es bisher möglich war, gilt mittlerweile als empirisch bestätigt. Auch die Verbindung zwischen Wachstum und intensiven Ressourcen- sowie Senkenverbrauch

selbst bei ökotechnologischen Investitionen lässt sich nur schwer abweisen. Dass zumindest die Industrieländer auch nicht mehr wachsen dürfen wie bisher, lässt sich als eine Anforderung der Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen und – wie manche entwicklungskritische DenkerInnen behaupten – auch gegenüber heute lebenden Menschen in den Ländern des globalen Südens ebenfalls begründen. Glücksforschung und Forschung über Lebensqualität stellen außerdem in Frage, ob der Wachstumspfad oberhalb einer gewissen Schwelle überhaupt noch wünschenswert und sinnvoll ist. Es sollte unserer Auffassung nach aber weniger um das Ziel einer Umkehrung der Wachstumstendenzen (Schrumpfung um jeden Preis), als um die Abkopplung von der Bewertung des Zustandes einer Volkswirtschaft vom ökonomischem Wachstum gehen: Wachstum soll nicht mehr zum Maßstab und zum Ziel einer Volkswirtschaft erhoben werden. ■



Foto: www.fotolia.com, © Dark Vectorangel

☞ Tanja von Egan-Krieger promoviert in Philosophie zur Normativität in den Wirtschaftswissenschaften bei Prof. Konrad Ott (Universität Greifswald) und Prof. Peter Ulrich (Universität St. Gallen).

☞ Barbara Muraca hat Philosophie in Turin, Hamburg, Greifswald und Claremont studiert. 2008 hat sie mit einer Dissertation zum philosophisch-theoretischen Rahmen des Nachhaltigkeitskonzepts an der Universität Greifswald promoviert, wo sie z. Zt. als Lehrkraft für besondere Aufgaben tätig ist.

Geht „guter Kapitalismus“?

von Sebastian Dullien, Hansjörg Herr und Christian Kellermann*

Die Debatte um eine Reform der Finanzmärkte und des Wirtschaftssystems nach der Krise verläuft bislang weitgehend erratisch. Eine klare Richtung lässt sich nicht ausmachen, nicht einmal eine gemeinsame Vorstellung, wie weit Regulierung gehen soll. Das ist zum einen auf die Vielstimmigkeit in der EU zurückzuführen, aber auch auf die unterschiedlichen innenpolitischen Motivationen wichtiger G20-Staaten wie USA, Kanada oder China. Gleichwohl gibt es eine gewisse Verständigung auf eine der Krisenursachen: die zu frei agierenden Finanzmarktspieler. Unter den wichtigsten RegierungsvertreterInnen gibt es aber keine gemeinsame Agenda, dieses Problem systematisch anzugehen. Die Wettbewerbslogik von Finanzstandorten wiegt im Zweifel schwerer als die Einsicht politischer EntscheidungsträgerInnen. Der politische Einfluss der Finanzmarktakteure ist nach wie vor sehr groß und vermag es bislang erfolgreich, Korrekturen am Finanzsystem eher den Charakter von Kosmetik denn einer echten Neuordnung zu geben.

Dabei hätten die Schwächen des Kapitalismus kaum schonungsloser aufgedeckt werden können, als in der aktuellen Krise. Ein ökonomisch relativ überschaubares Ereignis – das Platzen einer Immobilienblase in den USA – hat die globalisierte Wirtschaft an den Rand einer neuen Depression gebracht und Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise von 1929 wachgerufen.

Die deutsche Wirtschaft ist um spürbare mehr als 5 Prozent geschrumpft – so dramatisch wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Mag es demgegenüber auch erste Indizien geben, die auf eine Stabilisierung der Konjunktur und ein neues Wachstum in Deutschland

deuten, ist mit weiteren Rückschlägen zu rechnen. Denn es bleibt in der gegenwärtigen Lage höchst fragwürdig, wie nachhaltig die gegenwärtige Stabilisierung ist.

Der Weltwirtschaft ist das zum Verhängnis geworden, was in den vergangenen Jahren als ihr zentraler Wachstumstreiber gehandelt wurde: die immer stärkere Verknüpfung der internationalen Kapitalmärkte und des internationalen Handels, befördert durch immer komplexere und gewinnträchtigere Finanzierungsinstrumente. In der Krise hat sich nun herausgestellt, dass das globale Finanzsystem mitnichten die negativen Folgen des Platzens der Blase am US-Immobilienmarkt eingrenzen konnte, sondern vielmehr selbst als globaler Verstärker des wirtschaftlichen Einbruchs gewirkt hat.

Kapitale Irrungen korrigieren

Im folgenden wollen wir einen Vorschlag für einen „guten Kapitalismus“ entwickeln, dessen Grundausrichtung soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit auf einem hohen Wohlstandsniveau garantieren soll. Wir sehen beim derzeit existierenden Wirtschaftsmodell, das sich ab den 1970er Jahren auch in Deutschland herausgebildet hat, zwei große Problembereiche, die gelöst werden müssen – und auch gelöst werden können.

- **Erstens** basierten die Reformen der letzten vierzig Jahre auf einer kurzsichtigen Marktgläubigkeit. Märkte wurden als ein sich selbst regulierender Mechanismus verstanden, der von sich aus zu Stabilität einschließlich hoher Beschäftigung und einer einigermaßen akzeptablen Verteilung von Einkommen führt. Da die entfesselten Märkte das gewünschte Ergebnis in der Regel nicht lieferten, verabreichte

* Dieser Artikel basiert auf dem Buch „Der Gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste“, erschienen im transcript Verlag.

die Politik der Ökonomie stets eine weitere Dosis mehr Entfaltungsfreiheit.

- **Zweitens** hat sich ab den 1970er Jahren ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen dem globalen Markt auf der einen Seite und der nationalen Ebene von Regulierung auf der anderen Seite herausgebildet. Ohne eine Auflösung dieser Asymmetrie wird es schwerlich gelingen, eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung zu garantieren.

Eine zentrale Frage für ein neues Wirtschaftsmodell ist die nach der zukünftigen Rolle der Finanzmärkte. Dabei sollten der Finanzsektor und seine Dynamik im Bereich der Kreditschöpfung nicht verteufelt werden. Zwar wird übermäßige Kreditvergabe als ein zentraler Grund für die Blase am US-Immobilienmarkt und damit die aktuelle Krise gesehen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Kredit und Kreditwachstum an sich nichts Schlechtes sind. Vielmehr ist Kredit Treibstoff von nachhaltiger Innovation und Wachstum. Der Finanzsektor hat eine wichtige Rolle in einer sozial-ökologischen Wirtschaft. Anders als in den vergangenen Jahren, als die Geschäfte im Finanzsektor oft zum Selbstzweck verkommen sind, muss der Finanzsektor jedoch wieder zum Dienstleister für den Rest der Wirtschaft werden. Die Finanzmärkte müssen die Wirtschaft mit ausreichend Finanzmitteln versorgen, um einen optimalen Grad von Produktion und Vertrieb von Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten. Sie müssen Kapital bereit stellen, um Innovationen vor allem im Bereich der „grünen Wirtschaft“ zu ermöglichen. Sie müssen aber auch „geduldiges“ Kapital zur Verfügung stellen, das es Unternehmen ermöglicht, langfristige Strategien zu entwickeln und längerfristig zu planen. Die Rahmenbedingungen für Investmentbanken, Fondsgesellschaften, Geschäftsbanken und andere Akteure auf den Finanzmärkten müssen so gestaltet werden, dass der Finanzsektor als Ganzes diese Aufgaben erfüllt.

Diese Rolle kann der Finanzsektor natürlich nur so lange übernehmen, wie es nicht zu Überschuldung oder Schuldenkrisen einzelner Länder oder Sektoren kommt. Solche Krisen vernichten regelmäßig jenes Eigenkapital, das der Finanzsektor für Kreditvergabe an Unternehmen für deren produktive Investitionen braucht. Daraus folgt für ein neues, stabiles Wachstumsmodell, dass eine kontinuierlich steigende Verschuldung, sei es des Staates oder der Haushalte, als Wachstumstreiber dafür nicht in Frage kommt.

Der Krise gingen eklatante globale Ungleichgewichte voraus, die sich insbesondere in einem riesigen Leistungsbilanzdefizit der USA ausdrückten. Das zeigte an, dass die USA weit über ihre Verhältnisse lebten, wovon allerdings wiederum die großen Exportländer, allen voran China und Deutschland, profitierten. Solche Ungleichgewichte zwischen Ländern sind für eine gewisse Zeit tragfähig, aber wenn die Schuldenlast zu groß wird und das Vertrauen in diesen Markt verloren geht, kommt es aus diesem Markt heraus zu abrupten Kapitalbewegungen. Mit den entsprechenden Konsequenzen eines wirtschaftlichen Abschwungs.

Insofern müssen jenseits der besseren Finanzmarktregulierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Nachfrage ohne steigende Verschuldung geschaffen werden kann. Global gedacht bedeutet dies die Schaffung von Nachfrage über Löhne und Gehälter, die möglichst in allen Ländern in etwa mit dem Produktivitäts- und Bevölkerungswachstum steigen sollte. Das zentrale Instrument zum Management dieser Nachfrage ist eine aktive Lohnpolitik, die für gerechte Löhne aller sorgt. Jede Arbeitsmarktpolitik sollte deshalb gesamtwirtschaftliche Anforderungen an die Schaffung von Nachfrage mit einbeziehen. Oder anders ausgedrückt: Arbeitsmarktreformen dürfen nicht die globale wirtschaftliche Stabilität gefährden – so wie es bisher der Fall war.

Finanzpolitik wiederum hat die Aufgabe, wachsende Ungleichheit zu vermeiden und sie gegebenenfalls zu korrigieren. Der wirtschaftliche Grund hierfür ist ganz einfach: Hohe EinkommensbezieherInnen konsumieren relativ gesehen weniger als die BezieherInnen niedriger Einkommen. Insofern ist die Nachfragewirkung größer, wenn man niedrige Einkommen aufstockt, als wenn man einer Millionärin noch einmal einen Steuernachlass gibt (ganz abgesehen von Gerechtigkeitsfragen).

Ein neues Wachstumsmodell

Es geht bei der Frage nach einem „guten Kapitalismus“ um das richtige Gleichgewicht von Markt, Staat und Gesellschaft. Der Finanzkapitalismus braucht an vielen Stellen wieder mehr Staat. Das Ganze soll aber mitnichten die Rückkehr zum alten Mo-

dell Deutschland der 1970er Jahre bedeuten. „Mehr Staat“ bedeutet auch nicht ein Zurückdrehen von Liberalisierungen im gesellschaftlichen Bereich.

Im „Modell Deutschland“ der 1970er Jahre war zwar der Aspekt langfristigen Denkens durch eine enge Verflechtung von Industrie und Banken unter dem Schlagwort „Deutschland AG“ erreicht. Allerdings hat dieses Modell im Rahmen der europäischen Integration und der Globalisierung der Produktion seine Grundlage verloren. Zudem zementierte das Modell zweifelhafte Machtstrukturen, die es zu überwinden galt. Manche Gruppen waren vom Arbeitsmarkt oder zumindest von bestimmten Positionen ausgegrenzt. Für Frauen etwa war die Erwerbstätigkeit in den 1970er Jahren schwieriger als heute. Eine Rückkehr zum Modell der 1970er Jahre erscheint deshalb weder wünschenswert noch

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

283 Klimapolitik

L.LOHMANN: Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte
U.RÖHR: Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik
M.BOYER: Saatgut, Klimawandel und bäuerlicher Widerstand

Krisenantworten 1929/30

B.RÖTTGER: Krisen des Kapitalismus – historische Perspektiven
J.ROESLER: Great Depression, New Deal und Mixed Economy
K.PRIESTER: Italienischer Faschismus im Spannungsfeld zwischen Reaktion und Moderne
Wacquant-Debatte: Bestrafte Armut (3): E.RIEDMANN, M.VAIVERDE

284 Gewerkschaftsmacht. In der Krise

W.F.HAUG: Gewerkschaften im Hightech-Kapitalismus vor der Hegemoniefrage
M.CANDEIAS & B.RÖTTGER: Ausgebremste Erneuerung?
C.SCHMALSTIEG: Organisation Prekärer in den USA
R.BERGER & M.MEYER: Im Jahr eins nach Lehman: From bad to worse?

J.GAINES: Filmgeschichte als Kritik feministischer Filmtheorie
G.BAUER: Literarische Erkenntnishilfen. Wissenschaftsprosa des Autors Karl Marx
M.NAUMANN: Lehrjahre in Leipzig

Einzelheft 12 € ; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold
Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe
Tel: +49-(0)721-7501-438 · argument@inkrit.org

möglich, ebenso wenig ein Kopieren des gerade gescheiterten angelsächsischen Modells, das auf kurzfristige Wertsteigerungen des *Shareholder Value* abzielte und den Finanzmarkt eine übertriebenes Gewicht in der Wirtschaft einräumte.

Ein neues Wirtschaftsmodell ist ein überaus ehrgeiziges Projekt. Viele Elemente des Modells lassen sich nicht im nationalen Alleingang umsetzen, schon gar nicht von einem Land, das wie Deutschland EU-Mitglied und wirtschaftlich wie rechtlich eng mit seinen Nachbarn verflochten ist. Für viele Ideen ist zudem aus grundsätzlichen ökonomischen Überlegungen die supranationale Ebene die angemessene Regulierungsebene. Dies gilt insbesondere für Finanzmärkte und ihre Akteure. Kapital ist hochgradig mobil und sucht sich stets den (aus Kapitalinteressen gesehen) optimalen Standort, der nicht selten in einem unregulierten „Offshore-Zentrum“ liegt, wo Steuer- und Aufsichtsstrukturen kaum vorhanden sind. Abgesehen von den damit verbundenen Ungerechtigkeiten untergräbt eine solche „Regulierungsarbitrage“ eine effektive Regulierung. Notwendig ist somit eine global koordinierte Finanzmarktregulierung. Auch in anderen Punkten wie etwa der Frage nach den globalen Ungleichgewichten ist eine internationale Koordinierung unumgänglich.

Nichtsdestotrotz kann in vielen Bereichen der Umstieg auf ein neues Wirtschaftsmodell zu Hause beginnen. Der Abbau des enormen Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands etwa könnte mit einer Wende in der deutschen Lohnpolitik ebenso wie mit einer stärkeren steuerlichen Umverteilung im Inland begonnen werden. Beide Elemente brauchen weder eine Koordinierung mit dem Ausland noch schaffen sie Konflikte mit den EU-Partnern. Und weniger Ungleichgewichte in der dritt- oder viertgrößten Volkswirtschaft bedeuten spürbar weniger weltweite Ungleichgewichte.

Der „gute Kapitalismus“: Ein Modell auf vier Säulen

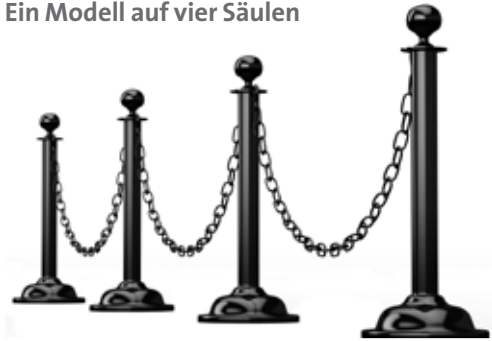


Foto: www.fotolia.com, © Anton Novikov

Die Vorstellung des Kapitalismus als eines sich selbst regelnden Systems, das zu Stabilität und Wohlfahrt für alle führt, war falsch und wird auch immer falsch bleiben. Märkte müssen immer in Institutionen und Regulierungen eingebunden werden, anderenfalls entfalten sie destruktive Kräfte. Es ist also keine Frage, ob der Staat in Märkte eingreifen soll, sondern wie. Damit der Kapitalismus seine produktive Dynamik möglichst frei von seinen zerstörerischen Tendenzen entfalten kann, muss er an die Leine genommen werden: durch den Staat und die Gesellschaft. Die Leine darf nicht zu lang, aber auch nicht zu kurz sein. In einer idealen Welt muss auch der globale Kapitalismus eine globale Regulierung oder Leine haben, um im Bild zu bleiben. Aber auch auf nationaler und regionaler Ebene ist schon einiges an sinnvollen Vorkehrungen zu treffen. Es gibt genügend Spielraum für ein Land wie Deutschland, binnenwirtschaftliche ökonomische Belange und den eigenen Grad der Globalisierung zu gestalten. Eine machbare Alternative, die nach unserer Vorstellung für Deutschland auf den folgenden vier Säulen ruht, sieht so aus:

Säule 1: Die Banken und das Finanzsystem

Finanzsysteme stellen das „Gehirn“ des ökonomischen Systems dar. Sie sind für eine dynamische Entwicklung von zentraler Bedeutung, können jedoch die Ökonomie auch ins Verderben treiben. Tatsächlich übernimmt ein gut funktionierendes Finanzsystem in einer mo-

deren Volkswirtschaft mindestens vier Aufgaben, die für einen nachhaltigen Wachstumsprozess unabdingbar sind. Erstens ermöglicht es durch frisch geschöpfte Kredite Unternehmen und insbesondere innovativen UnternehmerInnen Investitionen sowie die Durchführung von Produktionsprozessen. Zweitens hilft es durch die bessere Verteilung des Risikos insgesamt, dass mehr unternehmerische Risiken eingegangen werden können, was tendenziell zu einem höheren Innovationsgrad und höherem Wirtschaftswachstum führt. Drittens sollte ein ordentlich funktionierendes Finanzsystem Kredite an jene Sektoren und Unternehmen verteilen, die damit am ehesten nachhaltiges Wachstum erzeugen. Und viertens hilft es, von einer Vielzahl von Sparern kleinere Summen einzusammeln und diese für größere Investitionsprojekte zur Verfügung zu stellen. Das Finanzsystem sollte also für den Unternehmenssektor ausreichend Kredite zur Verfügung stellen und innovative Unternehmen auch mit höheren Risiken fördern. Dazu braucht es allerdings nicht der unzähligen und sich letztlich sehr ähnlichen Finanzprodukte und nicht den Umfang der gigantisch eskalierenden Derivatsmärkte. Auch unterstützen durch Spekulation und kurzfristiges Handeln getriebene Aktien- und Immobilienmärkte sowie auf den kurzfristigen Gewinn hin orientierte Unternehmensstrategien nicht die langfristige Entwicklung von Ökonomien. Relativ bodenständige Finanzsysteme sind ausreichend, um über eine Kreditexpansion Investitionen und Innovationen zu finanzieren.

Säule 2: Die Löhne und der Arbeitsmarkt

Die Kaufkraft, die in entwickelten Volkswirtschaften die zentrale Nachfragequelle ist, sollte auf einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung beruhen und nicht auf einer Expansion von Konsumkrediten. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung braucht mehrere Maßnahmen: Erstens die Umkehrung des langfristigen Trends einer fallenden Lohnquote, der vor allem auf den Machtzuwachs,

das Ausufern und die Risiko- und Renditegier des Finanzsystems zurückzuführen ist. Zweitens ist die Lohnstruktur in der Form zu ändern, dass die unteren Löhne angehoben werden. Drittens muss der Staat in die vom Markt gegebene Verteilung durch Steuern und Ausgaben einschließlich der Bereitstellung öffentlicher Güter eingreifen. Den gesetzlichen Sozialsystemen kommt dabei eine wichtige, jedoch nicht die alleinige Rolle zu.

Säule 3: Die öffentlichen Haushalte

Eine stärkere Rolle des Staates ist in einem grundlegend neu regulierten Kapitalismus nicht ohne eine gerechte und solide finanzierte Einnahmenbasis sicherzustellen, die einen Anstieg der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt verhindert. Die Steuerpolitik korrigiert zum einen die Einkommensverteilung und dient dazu, insbesondere im Bereich der Bildung, Forschung, Infrastruktur und sozialen Sicherheit zu investieren. Die solide Finanzierung des Staates ist die Voraussetzung für eine antizyklische Stabilisierung der Wirtschaft durch automatische Stabilisatoren und für eine Bereitstellung möglichst guter öffentlicher Dienstleistungen.

Säule 4: Die Welt

Wir plädieren für eine wirtschaftliche Konstellation, die Produktivitätserhöhungen und Innovationen fördert, durch ein stabiles und gleichzeitig dynamisches Finanzsystem gekennzeichnet ist und auf einem Wachstum der Länder der Welt aufbaut, das grundsätzlich auf inländischem oder regionalem, durch Einkommenszuwächsen finanzierten Nachfragewachstum beruht und damit große Leistungsbilanzungleichgewichte verhindert. Die Weltwirtschaft sollte durch ein System relativ stabiler Wechselkurse gekennzeichnet sein, die bei großen Ungleichgewichten angepasst werden können. Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sollten durch entsprechende Geld- und Fiskalpolitiken – innerhalb von Wäh-

rungsunionen wie der EWU auch entsprechende Lohnentwicklungen – bekämpft werden. Beim Aufbau zu großer Leistungsbilanzungleichgewichte sollten Wechselkursanpassungen vorgenommen werden. In Währungsunionen sind Wechselkursanpassungen nicht möglich, was die Notwendigkeit einer stärkeren Integration und Kooperation von Ländern impliziert, die einer Währungsunion angehören.

Der „gute Kapitalismus“ steht für relativ sichere wirtschaftliche Lebensverhältnisse. Es ist nicht akzeptabel, dass ArbeitnehmerInnen oder Unternehmen zum Spielball vollständig destablisierter Märkte werden – wie wir es nach der Subprime-Krise erlebt haben. Prekäre Arbeitsplätze und Massenarbeitslosigkeit schwächen Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen. Es müssen somit Politiken verfolgt werden, welche die Arbeitslosigkeit gering halten und die gesetzlichen Möglichkeiten für prekäre Arbeitsplätze beseitigen. Ausgebaute Mitbestimmungs- und ArbeitnehmerInnenrechte sind wichtig für die Kräftebalance zwischen Arbeit und Kapital.

Auch wenn unsere vorgeschlagenen Reformen durchgesetzt würden, wäre noch genügend Raum für Märkte, die in verschiedenen Dimensionen ein Element der Freiheit von Individuen sind. Es geht somit nicht darum, Märkte abzuschaffen oder zu ersetzen, sondern darum, Märkte, insbesondere Finanz- und Arbeitsmärkte in Institutionen und Regulierungen einzubinden.

Krisen bieten Chancen

Unerwartete Krisen zeigen oft, dass etwas an dem zuvor vorherrschenden Gedankenmodell falsch war. Sie bieten die Chance, all jene Lehrmeinungen und Interessen in Frage zu stellen, die lange kaum hinterfragt weitergegeben und alleine durch ihre schlichte Verbreitung als allgemeingültig hingenommen wurden. Für Viele, auch in Deutschland, brachte das neo-liberale Globalisierungsprojekt nicht nur eine

geringe oder gar keine Teilnahme an der gesellschaftlichen Wertschöpfung, sondern schuf prekäre Lebensverhältnisse mit der Gefahr des „Herausfallens“ aus der Gesellschaft. Soziale Sicherungssysteme wurden zumindest teilweise den Launen der Finanzmärkte unterworfen, berufliche und damit private Lebensplanungen wurden durch Krisen und neue Management-Methoden über den Haufen geworfen. Ein großer und wachsender Teil der Gesellschaft fühlt sich zunehmend als Spielball eines immer unkontrollierteren und gewalttätigeren Marktes. Der Zusammenhalt von Gesellschaften kann durch Resignation oder sogar soziale Unruhen in Gefahr geraten. Angesichts dieser Gefahren gibt es keinen Zweifel, dass eine bessere Regulierung der Globalisierung für ein anderes, „besseres“ Wachstum notwendig ist.

Entscheidend ist dabei, dass klar ist, wohin dieser Weg führen soll. Gerade in den vergangenen Jahrzehnten scheinen nicht immer alle Politiker genau gewusst zu haben, wie eigentlich die Gesellschaft und unsere Wirtschaftsordnung am Ende des eingeschlagenen Reformweges aussehen sollten. Viele Reformen wurden eher defensiv begründet: etwa, indem proklamiert wurde, dass diese Reformen notwendig seien, um die verbleibenden Reste des Sozialstaats zu retten. Am Ende haben die Veränderungen die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft nicht erhöht, sondern sogar noch zu den globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen – gerade auch, weil es bei der Umsetzung an einem Verständnis für die größeren Zusammenhänge mangelte. Aber das hier skizzierte Modell zeigt: Der „gute Kapitalismus“ und damit eine Alternative zur marktliberalen Ordnungslogik von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist denkbar und vor allem: möglich! ■

☞ Sebastian Dullien lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.

☞ Hansjörg Herr lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

☞ Christian Kellermann ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Nordischen Länder in Stockholm.

Wachstum für Arbeit und Umwelt – Krisenbewältigung und industrieller Umbau

von Wolfgang Rhode

Wie weiter nach der Krise?

Diese Frage ist in den letzten beiden Jahren nach dem Zusammenbruch des Kartenhauses auf den Finanzmärkten und dem darauf folgenden Wachstumseinbruch unzählige Male gestellt worden. Schluss mit der Shareholder-Value-Ökonomie; den Finanzsektor endlich an die Kette legen, Kritik der europäischen Nachbarn am deutschen Exportmodell und gar das Ende des Wachstumsfetisch die Liste möglicher Antworten in der öffentlichen Debatte ist lang, ohne allerdings sehr konkret zu werden.

Aus Sicht der IG Metall konzentrieren sich die ökonomischen Fehlentwicklungen auf die analytisch unter dem Begriff des Finanzmarkt-Kapitalismus zusammengefassten Tendenzen Vermarktlichung aller Lebensbereiche und die Dominanz radikaler, kurzfristiger Renditeziele als alles entscheidende Größe mit entsprechend negativen Folgen für Arbeitsbedingungen sowie für mittelfristige Investitions- und Innovationspfade. Um die Frage nach dem Danach beantworten zu können, muss zunächst einmal die Krise selbst überstanden werden. Der weiterhin anhaltende Auftragsmangel sowie zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten führen insbesondere bei vielen Industrieunternehmen zu einem hohen Beschäftigungsrisiko. Die IG Metall geht davon aus, dass mittelfristig allein in der Metallindustrie bis zu 700.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Eine entsprechend hohe Priorität kommt der Beschäftigungssicherung zu, die insbesondere über die gesetzliche und daran anknüpfend über die tarifliche Kurzarbeit erreicht wird. Über die akute Krisenbewältigung hinaus steht fest, dass es weder gesamtwirtschaftlich und vielfach auch ein-

zelbetrieblich nicht um eine bloße Fortsetzung der bisherigen Entwicklung gehen kann. Auch vor dem Hintergrund der ökologischen Herausforderung steht die Industrie vor einem weitreichenden Umbau, nicht zuletzt geht es um die Zivilisierung und Demokratisierung der gesamten Ökonomie.¹

Braucht es überhaupt noch Wachstum?

In 2009 ist die Wirtschaftsleistung um fünf Prozent zurückgegangen, einen solchen Wachstumseinbruch hat es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Dies wird längst nicht von allen als Problem gewertet. Wachstum sei zum Fetisch geworden, diagnostiziert Meinhard Miegel und auch die Diskussion um die ökologischen Grenzen des Wachstums erfährt eine Neuauflage. Vermehrt ist von Null-Wachstum und sogar vom nötigen Schrumpfen die Rede. Unterstützung findet die Wachstumskritik vermeintlich auch mit dem Bericht der Kommission rund um Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi, die sich mit der Weiterentwicklung statistischer Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) auseinandersetzt und Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit miteinander zu verknüpfen versucht.

Richtig ist, vom BIP allein hängen gesellschaftlicher Wohlstand und sozialer Fortschritt nicht ab. Richtig ist auch, den Wachstumsbegriff nicht so zu überdehnen und zu mystifizieren, daß Wortschöpfungen wie Negativ(!)-Wachstum entstehen. Die Unzulänglichkeiten des Indikators sind lange bekannt. Das BIP beschreibt nur den Wert aller im Inland erstellten Güter und Dienstleistungen und damit auch das Einkommen der Gesellschaft.

¹ Vgl. zum Aspekt der Demokratisierung den Artikel Demokratie wagen von Alex Demirovic, Lothar Wentzel und Martin Allespach in den Blättern für deutsche und internationale Politik 2/2010

- Der zurückliegende Aufschwung hat unter Beweis gestellt, dass Wachstum für viele Beschäftigte auch mit Reallohnverlusten einhergehen und nicht unbedingt ein Plus an guten, sicheren Arbeitsplätzen bringt. Ein größer gewordener Kuchen sagt wenig über dessen Verteilung aus.
- Das BIP kann nur monetäre Größen abbilden. Was nicht auf dem Markt gehandelt wird, kennt die Statistik nicht: Hausarbeit und die familiär erbrachte Betreuung von Kindern und Kranken bleiben unberücksichtigt.
- Umweltverschmutzung und auch die sozialen Auswirkungen des Wirtschaftens in Form von gestiegenem Arbeits- und Leistungsdruck, all diese Folgewirkungen werden durch das BIP nicht berücksichtigt.

Wachstum ist nicht gleich Wohlstand, diese Erkenntnis ist gerade für Gewerkschaften alles andere als neu. Wenn die Wirtschaftswissenschaft in der Lage ist, aussagefähigere Indikatoren und Methoden zu entwickeln, so wäre dies wünschenswert. Wahrscheinlich wird jedoch zur wirtschaftlichen Lagebeurteilung die Betrachtung von verschiedenen Wachstums- und Verteilungsmaßen sowie vermehrt auch entsprechender Sozial- und Umweltbilanzen erfolversprechender sein, als auf den einen alles erklärenden und wie auch immer gewichteten Super-Indikator zu setzen.

Wie verhält es sich jedoch mit dem Wachstum? Mit Blick auf die vielen, materiell sich erst noch entwickelnden Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika mutet der Hinweis auf Null-Wachstums-Überlegungen illusorisch an. Global betrachtet lautet die Alternative nicht Pro oder Contra Wachstum, sondern es geht um die Entscheidung zwischen einen klima- und sozialverträglichen oder aber um einen konventionellen Wachstumspfad. Auch die Hinweise auf längst befriedigte oder gar falsche Bedürfnisse der Bevölkerung laufen ins Leere.

Entsprechende Aussagen spiegeln häufig nur das Lebensgefühl bestimmter Milieus wider, haben aber mit der Lebenswirklichkeit vieler Menschen wenig gemein. Einer Verkäuferin, oder einem Ein-Euro-Jobber die Leitlinie vom Verzicht als Gewinn vermitteln zu wollen, läuft ins Leere; sie/er verzichtet schon an allen Ecken und Enden.

Ohne Wachstum droht auch in Deutschland ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Durch den Fortschritt bei der Produktivität wird die gleiche Warenmenge mit immer weniger Arbeitskraft erstellt. Steigt nicht im gleichen Maße die Wirtschaftsleistung, nimmt die Arbeitslosigkeit unweigerlich zu. Es sei denn, das schrumpfende Arbeitsvolumen wird durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf mehr Menschen verteilt. Gerade in der Krise hat sich gezeigt, wie mit verschiedenen Instrumenten der Arbeitszeitverkürzung vor allem, aber nicht nur über Kurzarbeit ein dramatischer Zuwachs der Arbeitslosigkeit verhindert werden konnte.

In Deutschland, Europa und der Welt wird Wachstum allerdings weiterhin nötig sein, um Arbeitsplätze zu sichern und um den gesellschaftlichen Reichtum zu erhöhen. Mit dem Plädoyer zu Gunsten von Wirtschaftswachstum und industrieller Produktion geht es nicht darum, die Auswahl an Waschmitteln und den Variantenreichtum von Fahrzeugen zu vervielfachen. Vielmehr geht es darum, die Produkte sowie die Produktionstechniken auf die Anforderungen einer ressourcensparenden und klimaverträglichen Ökonomie auszurichten und gesellschaftliche Bedarfsfelder zu erschließen. Dem Wachstum die gesellschaftlich gewünschte Richtung geben, dies ist die produktive Auflösung in der häufig schief geführten Kontroverse über Wirtschaftswachstum.

Exportnation Nr. 1, aber beim Wachstum nur Mittelfeld

In den letzten zehn Jahren ist Deutschland unter seinen Möglichkeiten geblieben! Zwar

gelang es, den Titel der führenden Exportnation zu erreichen. Wegen der schwachen binnenwirtschaftlichen Dynamik blieb das Wachstum im internationalen Vergleich aber unterdurchschnittlich. Dafür gibt es drei eindeutige Ursachen:

- Laut OECD haben seit 2000 Einkommensungleichheit und Armut stark zugenommen, das Institut für Arbeit und Qualifikation stellt einen massiven Ausbau des Niedriglohnssektors fest, der **private Konsum** trat auf der Stelle.
- Sparrunden der öffentlichen Haushalte im Bund, den Ländern und Kommunen und gemessen am europäischen Vergleich, zeitigen erschreckend geringe öffentliche Investitionen. Dieser Aspekt ist ebenfalls verantwortlich für die schwache binnenwirtschaftliche Dynamik.
- Verfügbares Kapital aus den Gewinnen der Unternehmen ist vor allem den internationalen Finanzmärkten zugeflossen; Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung bestehender Produktionskapazitäten entwickelten sich im Vergleich mit dem vorangegangenen Jahrzehnt schwach.

Zwar mag in der zu Ende gehenden Dekade von den politischen und ökonomischen Eliten das Wachstum immer wieder beschworen worden sein, aber die ungleiche Verteilung und die daraus folgende binnenwirtschaftliche Selbstblockade standen der Zielerreichung fundamental entgegen.

Die unbestreitbar schwache gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung wird herangezogen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Industrie zu erklären. Diese Argumentation trägt jedoch nur zu einem sehr geringen Teil. Sicherlich haben Leiharbeit, Outsourcing und Verlagerungsdrohungen auch in der Industrie den Druck auf die Löhne steigen lassen, die schwache Dynamik der Löhne ist

vor allem auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen. Vor allem die Privatisierungen und Auslagerungen ehemals öffentlicher Aufgaben sind für die Beschäftigten vielfach mit Einkommenseinbußen einhergegangen. Zudem hat der durch die EU forcierte Wettbewerb beispielsweise bei Post- und Verkehrsdienstleistungen eine große Billig-Konkurrenz geschaffen, wodurch die Lohnentwicklung der Gesamtwirtschaft negativ beeinflusst wurde.

Für die Metallindustrie speist sich die starke internationale Stellung nicht aus einem plumpen Lohndumping und purer Unterbietungskonkurrenz gegenüber Wettbewerbern. Bedeutender sind eine kontinuierlich steigende Arbeitsproduktivität sowie die ausgeprägte Spezialisierung. In vielen Teilbereichen des Maschinenbaus sind die hiesigen Unternehmen technologisch einsam an der Spitze und auch im Fahrzeugbau ist die Ausrichtung auf das Premiumsegment strukturprägend. Um keine Missverständnisse zu erzeugen: die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist für jede Industrie von Bedeutung, technologisches Knowhow und Spezialisierung sind für die Wettbewerbssituation aber mindestens ebenso wichtig.

Der Abbau globaler Ungleichgewichte ist eine wichtige Aufgabe für die Krisenbewältigung. Die starke Ausrichtung der deutschen Industrie auf den Investitionsgütermarkt geht mit Blick auf die Produkte jedoch mit einer starken Orientierung auf weltweite Absatzmärkte einher. Dies ist Ausdruck der internationalen Arbeitsteilung. Es kann daher nicht darum gehen, die Exportfähigkeit bewusst zurückzufahren. Vielmehr sollte neben einer Verstetigung der vorhandenen lohnpolitischen Koordinierung der europäischen Metallgewerkschaften und über die Stärkung europäischer Ausgleichsmechanismen (EU-Strukturfonds etc.) auf eine binnenwirtschaftliche Dynamik in Deutschland gesetzt werden. Schließlich sind nicht die Exporte das Problem, sondern der Exportüberschuss. Dieser kann durch wachsende Importe ausgeglichen werden. Statt einer Sparrunde für

die öffentlichen Haushalte braucht es entsprechende fiskalische Impulse, auch gesetzliche Mindestlöhne tragen zur Stabilisierung von Löhnen und damit zur Binnennachfrage bei.

Ausgebaute soziale Dienstleistungen

Industrie oder Dienstleistung, oftmals werden beide Sektoren in einem künstlichen Widerspruch zueinander gestellt, der der Realität nicht gerecht wird. So ist die industrielle Produktion in Zeiten des Just-In-Time auf eine funktionierende Logistikkette und viele andere industrielle Dienstleistungen angewiesen.

Auch andere Dienstleistungen sind nötig und müssen ausgebaut werden. Die Industriebeschäftigten haben ein hohes Interesse an funktionierenden und qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Verkehr, Kultur etc.), nicht zuletzt, um den Flexibilitätsanforderungen und den Ansprüchen an die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben gerecht werden zu können. Aus Perspektive der Nutzer ist die Präferenz praktisch vorgegeben, Besser-Strategien sind beispielsweise bei Kindergärten, Schulen und Universitäten möglichen Billig-Ansätzen vorzuziehen.

Nach Jahren der Mangelverwaltung in vielen Städten ist die Liste unterentwickelter kommunaler Dienstleistungsangebote lang, der demografische Wandel führt zu einem steigenden Bedarf an flächendeckenden und qualifizierten Pflege- und Betreuungsdienstleistungen. Im Dienstleistungssektor steckt ein großes Wachstumspotential. Gewerkschaftspolitisch ist dabei klar, dass der Aufbau qualitativ guter Dienstleistungen nur mit Arbeits- und Einkommensbedingungen erreicht werden kann, die den Kriterien Guter Arbeit entsprechen.

Industrie braucht Perspektive

Im vergangenen Jahrzehnt wurde die industrielle Produktion oft als allmählich aus-

laufender Sektor begriffen, wofür beispielhaft die sowohl für Deutschland als auch für viele EU-Länder prägende Lissabon-Strategie herangezogen werden kann. Beim erneuten Lesen des Dokuments fällt der Mangel an einer fundierten bzw. geerdeten Vorstellung über die ökonomische Zukunft auf. Es finden sich zwar zahlreiche Verweise auf die New Economy, die Chancen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sowie gegenüber den Segnungen liberalisierter Finanzmärkte. Die Marktkräfte sollten voll entfesselt werden, ohne damit aber weitere wirtschaftspolitische Ziele (etwa der Nachhaltigkeit angesichts von Klimawandel und schwindenden Ressourcen) zu verbinden. Von Industrie oder industrieller Wertschöpfung war in der Lissabon-Strategie nicht ein einziges Mal die Rede.

EU 2020, ein anderes Europa?

An diesem Punkt deutet sich eine vorsichtige Kehrtwende an. Die vielfach snobhafte Haltung der politischen Eliten gegenüber der Industrie scheint an ihr Ende gekommen zu sein. Zumindest deuten die Konjunkturprogramme in diese Richtung und auch in den Dokumenten der neuen Zehnjahresstrategie der Europäischen Union (EU 2020) finden sich einige wertvolle Aussagen, die anstelle einer Abwicklung industrieller Wertschöpfung deren zukunftsfähige Neuausrichtung betonen. Freilich bedarf es von der Europäischen Union mehr als wohlklingender Worte im Rahmen der 2020-Strategie, um aus den, ökonomisch wie sozial, ernüchternden Ergebnissen der damit gescheiterten Lissabonstrategie zu lernen. Die angebotsseitige Schieflage muss überwunden werden, die plumpe Wettbewerbsorientierung muss durch eine Ausrichtung auf **soziale, ökologische und ökonomische** Ziele (soziale Kohäsion, Umweltverträglichkeit und Gute Arbeit) abgelöst werden. Europa muss bis zum Jahr 2020, nachdem ein gemeinsamer Markt und der Euro schon lange Realität sind, eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik,

die als großen Schwerpunkt den ökologischen Umbau hat, sowie die Demokratisierung und soziale und solidarische Erneuerung als neue Leitprojekte in den Mittelpunkt stellen.

Dabei ist intensiver über eine Koordination im Sinne einer europäischen Wirtschaftsregierung nachzudenken. In diesem Zusammenhang muss sich auch eine aktive Industriepolitik der EU einbetten.

Ökologischer Umbau der Industrie

Ein wichtiges Handlungsfeld ist wie gesagt der ökologische Umbau der Industrie. Das ökonomische Potential grüner Märkte scheint mittlerweile überall erkannt worden zu sein. Insbesondere die südkoreanischen und US-amerikanischen Konjunkturprogramme beinhalten große Anteile grüner Investitionen. Dies zeigt, dass die aktuelle Krisenbewältigung und die ökologische Herausforderung zusammen angegangen werden sollten.

Eine doppelte Dividende zu Gunsten von Arbeit und Umwelt ist grundsätzlich möglich. Viele Studien weisen auf die positiven Netto-Beschäftigungseffekte einer emissionsarmen Wachstumsstrategie hin, von denen insbesondere die Umwelttechnologien sehr beschäftigungsintensiv sind. Die positive Netto-Betrachtung schließt ausdrücklich nicht aus, dass Arbeit und Ökologie sehr wohl im Konflikt und im Einzelfall sogar im Widerspruch zueinander stehen können. Diese Konflikte und Widersprüche sind keine Argumente gegen den ökologischen Umbau, diese müssen vielmehr in den einzelnen Unternehmen und Branchen ausgetragen werden. Die IG Metall wirbt für eine aktive Gestaltung des ökologischen Umbaus, statt später Getriebene von Folgeproblemen zu werden.

Der Begriff Grüne Märkte bezieht sich sowohl auf den Aufbau von neuen Branchen und neu zu entwickelnden Produkten als auch auf die klassischen Kernsektoren der Industrie,



Die SPD-Linke leistet mit dem Sammelband einen Beitrag zur friedens- und sicherheitspolitischen Debatte. Die Artikel reichen von der wachsenden Bedeutung des Klimawandels als Konfliktursache über die Bedrohung durch Kleinwaffen bis hin zu Gefahren der Privatisierung von Armeen und militärischen Maßnahmen. Ferner diskutiert das Buch den politischen Einfluss des „Sicherheits“-Gedankens. In der Afghanistan-Debatte ist die gesamte Bandbreite der SPD-Positionen vertreten. Alle AutorInnen halten einen sofortigen Abzug aller ausländischen Militärkräfte für eine verkürzte Forderung. Letztlich komme es darauf an, wie eine demokratische und friedliche Entwicklungsperspektive für die Menschen in Afghanistan erreicht werden könne.

Weitere Informationen und Bestellung:
www.forum-dl21.de

die sich gestiegenen Anforderungen an die Energie- und Ressourceneffizienz gegenübergestellt sehen. Die Umwelttechnologien decken mit der umweltfreundlichen Energieerzeugung (konventionell und regenerativ), den Energieeffizienztechniken, der nachhaltigen Wasserwirtschaft und der nachhaltigen Mobilität eine große Bandbreite ab, von denen insbesondere der Maschinenbau und die Elektrotechnik profitieren können, wenn die vorhandene Technologiekompetenz und Innovationsstärke darauf ausgerichtet werden. Viele Industrieunternehmen waren in der Vergangenheit sehr erfolgreich damit, die Arbeitsproduktivität immer weiter in ungeahnte Höhen zu treiben. Weit abgeschlagen ist jedoch die Material- und Ressourcenproduktivität geblieben. Die heutige Kostenstruktur und die mittelfristig steigenden Rohstoffpreise verlangen ein Umdenken. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird künftig entscheidend davon abhängen, wie schnell sie sich die Technologien zur Energie- und Ressourceneffizienz zu Eigen machen können. Mehr Ressourceneffizienz ist auch ein Beitrag für zukünftige Beschäftigung und Standortentwicklung.

Auch der Verkehrssektor und die Automobilindustrie stehen vor der Aufgabe, deutliche Einsparungen der CO₂-Emissionen zu realisieren. Hierzu braucht es ein integriertes Maßnahmenbündel aus verbindlichen Grenzwerten, motor- und fahrzeugtechnischen Innovationen und verbesserten Kraftstoffen. Was auf dem Papier leicht formuliert werden kann, geht mit qualitativ wie quantitativ bedeutsamen Auswirkungen für die Beschäftigten und ihren Qualifikationsanforderungen einher. In der vielfach euphorisch geführten und überbewerteten Diskussion um E-Mobilität nehmen diese Auswirkungen beispielsweise nur einen geringen Stellenwert ein. An diesem Punkt wird jedoch deutlich, dass technischer Wandel immer auch eine soziale Dimension beinhaltet, die auch über den Kreis der Gewerkschaften hinaus beachtet werden muss.

Ausblick

Die EU und auch die Bundesregierung sollten eine aktive Industriepolitik betreiben. Die historische Erfahrung zeigt, dass eine nachhaltige industrielle Entwicklung sich keineswegs im marktwirtschaftlichen Selbstlauf ergibt. Auch Selbstverpflichtungen der Unternehmen sind für sich genommen kaum erfolgversprechend. Marktwirtschaft und Wettbewerb führen nicht zu ökologisch nachhaltigem Wirtschaften. Der Verbrauch der Umwelt wird ohne staatliche Eingriffe nicht in Preisen wiedergegeben, denn externe Kosten werden nicht internalisiert. Um die Wirtschaft auf ökologischen Innovationskurs zu bringen, braucht es einen Maßnahmenmix aus ökologischer Regulierung, dem Ordnungsrecht sowie wettbewerbslicher, steuerlicher und wirtschaftspolitischer Instrumente. Die Stichworte reichen von unterstützender Markteinführung (Programme zur energetischen Gebäudesanierung, Einspeisevergütung) über ökologische Zukunfts-Investitionen (Ausbau einer leistungsfähigen und umweltverträglichen Infrastruktur, nachhaltige Verkehrskonzepte auf der Straße, der Schiene und dem Wasser) bis zu klaren Vorgaben und Grenzwerten, die Technologiesprünge befördern.

Gerade im Zeichen der Krise wird deutlich, dass Wirtschaftswachstum kein Selbstzweck ist. Vielmehr ist ein stetiges Wachstum in der Perspektive unserer gesellschaftspolitischen Leitvorstellung der Qualität des Lebens und der Gestaltung Guter Arbeit eingebettet. Im Mittelpunkt einer wachstumspolitischen Offensive stehen dabei die gesellschaftliche Wünschbarkeit sowie die Ausrichtung entlang sozial wie ökologisch nachhaltiger Kriterien. Es geht der IG Metall um ein Wachstum zu Gunsten von Arbeit und Umwelt. Von einem solchen Wachstumsweg wollen wir die Menschen überzeugen, und sie zu ermutigen, dazu aktiv zu werden. ■

☞ Wolfgang Rhode ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Neue Wirtschaft – neuer Wohlstand?

von Cordula Drautz

Die Wiederkehr der Bescheidenheit, eine neue unternehmerische Ethik oder das Ende des Profitstrebens sind nur einige Forderungen, die als Konsequenz aus der Wirtschaftskrise eingeklagt wurden. In der Tat kann mit Fug und Recht auch moralisch hinterfragt werden, ob die Motive, die Unternehmenslenker und Politiker ihren Entscheidungen und Taten zugrunde legten, auch ausreichend ethischen Überlegungen folgten. Viele konservative und neoliberale Politiker und Ökonomen und daran angeschlossene meinungsmachende Institutionen wie die Neue Soziale Marktwirtschaft, Meinhard Miegel, versuchen uns glaubhaft zu machen, es genüge, die „Gier“ der Manager zu geißeln und den Verfall der Werte zu beklagen, um zukünftigen Krisen vorzubeugen. Dazu bemerkt Burkhard Müller in der Süddeutschen Zeitung im Juli letzten Jahres zutreffend:

„Wenn es in der Begleitmusik dieser Wirtschaftskrise einen hartnäckig vorklingenden Ton gibt, dann ist es der moralische: als wäre die gegenwärtige Misere das bei besserem Willen und besserer Kontrolle vermeidbare Resultat eines Exzesses statt logisches Produkt des ökonomischen Systems, wie wir es nun einmal haben.“

Ein Schelm, wer glaubt, die rhetorischen Nebelkerzen, die die härtesten Verfechter und Verursacher der Wirtschaftskrise unter dem Druck der öffentlichen Kritik werfen, dienen nur dazu, unter dem beklagenden, reuigen Deckmantel teils öffentlicher Buße, nur weitmachen zu wollen, wie bisher.

Neben diesen Einzelbefunden aus der polit-kommunikativen Arena ist daher der in der Krise liegende systemische Befund über Triebkräfte und Katalysatoren unserer Wirtschaftsweise wichtig, um tatsächlich wirksame po-

litische Instrumente vorzuschlagen. Nötig ist zudem eine Verständigung über Ziel und Funktion von Wirtschaft(spolitik) in unserer Gesellschaft, die eine Debatte um Werte und eine Verständigung darüber, welche Eigenschaften unser Zusammenleben in Zukunft prägen sollen, mit einschließen muss. Der gesamten „politischen Ökonomie“ der Klassiker um Adam Smith, John Stuart Mill und Thomas Robert Malthus lag die Vorstellung zu Grunde, dass Wirtschaft in die normative Ordnung der Gesellschaft eingebettet sein muss. Erst mit der Ablösung der politischen Ökonomie durch die neoklassische Wirtschaftstheorie erfolgte der Schritt zu einer „reinen“ Ökonomik, in der moralische Gesichtspunkte bewusst ausgeklammert werden. Die so entstandene „Zwei-Welten-Konzeption“ aus wertfreier Wirtschaftstheorie und außerökonomischer Ethik wird heute in Theorie und Praxis aber zunehmend als Problem erkannt – außer von den Unbelehrbaren Westerwelles und Acker-männern.

In der aktuellen Debatte liegt also auch eine große Chance, ein neues Wirtschaftsmodell zu entwickeln. Die Herausforderung besteht darin, kurzfristig zu handeln, um die Situation zu stabilisieren und mittelfristig ein messbares ökonomisches Programm aufzulegen, das eine diversifizierte, regionale, nachhaltige Wirtschaft entwickelt, die Finanzen und ihren Märkten eine dienende Funktion zuweist und die soziale und ökologische Werte schafft.

Kurzfristig sind bereits viele wirksame Maßnahmen ergriffen worden, um die sozialen Auswirkungen der Krise zu kontrollieren. Das unter dem sozialdemokratisch geführten Bundesarbeitsministerium entwickelte Instrument der Kurzarbeit kann hier beispielhaft genannt werden. Über die mittelfristigen Maßnahmen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

besteht hingegen noch Diskussionsbedarf. Klarheit hierüber kann eine Debatte um unser Verständnis von Wohlstand und Wachstum bringen. Die Diskussion muss dabei ein Dilemma politisch auflösen, das mit unserer wachstumsorientierten Wirtschaftsweise und dem darauf basierenden Sozialsystem verbunden ist: Entweder beschleunigen wir mit mehr Wachstum den ökologischen Kollaps oder mit weniger Wachstum den sozialen. Integrierte wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Konzepte sind also gefragt. Der auch von linker Seite formulierte reine Katastrophen- und Verzichts-jargon macht jedoch die Mobilisierung vieler Menschen unmöglich, die für die Transformation unseres Wirtschaftsmodells nötig sind.

Hohe Wachstumsraten, die auf exzessivem Schuldenmachen und virtuellen Spekulationskreisläufen aufbauen, sind mitverantwortlich für Finanz- und Wirtschaftskrisen wie die derzeitige mit fatalen Folgen für die Realwirtschaft, so etwa in Form des Verlustes von tausenden Arbeitsplätzen und damit einhergehender sozialer Unsicherheit und Destabilisierung. Auf der anderen Seite jedoch steht eine ebenso wichtige Frage im Raum: Welche gesellschaftlichen Perspektiven hat ein Land wie Deutschland, hochverschuldet und mittendrin im demographischen Wandel, ohne oder mit geringerem Wachstum? Ist ein Wirtschaftssystem denkbar, das nicht oder anders wachsen muss und trotzdem gesellschaftlichen Wohlstand, wirtschaftliche Stabilität, beschäftigungspolitische Wirksamkeit und ökologische Verträglichkeit garantieren kann?

An dieser Stelle können nur einige Aspekte angerissen werden, die darauf erste Antworten liefern können. Sie sollen gleichzeitig als Anregung zur weiteren Debatte um die zentralen politischen Aufgaben dieser Zeit verstanden werden.

- Ökonomische Strukturen, die die Grundlage für gesellschaftliche Prosperität bildet, sind dysfunktional geworden. Die

Finanzmärkte haben ihre ursprüngliche Funktion als Kapitalvermittlungsinstanz erweitert und bilden nun eigendynamische Märkte, in der die Absicherung von Risiken wiederum selbst zum hochspekulativen Geschäft geworden ist. Die Durchsetzung des share-holder-value-Prinzips birgt massive Probleme, da es durch Innovationshemmnisse, institutionelle Unsicherheiten und durch die Instabilität der Finanzmärkte Blockaden für eine nachhaltige Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft bedeutet.

Eine Ökonomie aber, die sich im Kurzfristwettbewerb befindet, hat wenig Spielraum für Neuerung und ist auf mittlere Sicht rückständig. Wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb zurückfällt, dann nicht aus Kostengründen, sondern weil der bet-and-win-Kapitalismus auf Kosten der Substanz lebt. Die Summe der globalen Finanzanlagen (200 Billionen Dollar) ist fast viermal so hoch wie das globale Bruttoinlandsprodukt (55 Billionen Dollar). Diese Ungleichgewichte können dauerhaft nicht durch Tarifpolitik, Verlängerung von Kurzarbeit, neue Produkte o.ä. aufgefangen werden. Stabilität und Effizienz von Märkten sind nicht durch sich selbst gewährleistet.

Die Notwendigkeit eines globalen Ordnungsrahmens, der insbesondere die Finanzmärkte reguliert und ihnen wieder eine „dienende“ Funktion zuweist, ist angesichts ihrer Entkopplung von der realen Wirtschaftsleistung zwingend. Vorschläge hierzu sind bereits entwickelt. Sie umfassen eine globale Finanzmarkttransaktionssteuer, die wirtschaftskulturelle Einbettung und gesellschaftliche Gestaltung der Fondsökonomie, also von Investmentfonds (insbes. Pensionsfonds) und Kapitalbeteiligungen, die Überprüfung der Kriterien und Systematik der betriebs- und volkswirtschaftlichen Rech-

nungsführung und Bilanzierung, die keineswegs „objektiv“, sondern hochgradig wirtschaftskulturell bestimmt sind. Eine Politik für Menschen und nicht für Märkte muss die Richtschnur der kulturellen und inhaltlichen Auseinandersetzung sein. Dies muss im Diskurs und in den vorgeschlagenen Instrumenten konsistent und konsequent vertreten werden.

- Nach dem Urteil des britischen Schatzamtes hat sich die Krise aufgrund von Risikofehleinschätzungen auf dem US-Subprime-Markt entwickelt. Die sich daraus ergebenden Verluste der Banken führten dazu, dass die Banken wechselseitig ihre Kreditwürdigkeit anzweifelten, was dann in einer allgemeinen Kreditverknappung resultierte. Der Fall von Lehman Brothers machte die Systemkrise schließlich offenkundig. Dringend erforderlich ist eine positive Vision davon, welche übergreifende Aufgaben das Banken- und Finanzsystem überhaupt erfüllen soll. „Banken müssen Menschen verstehen und nicht die Menschen das Bankensystem“ lautet ein Werbespruch einer neuseeländischen Bank. Der Nobelpreisträger Robert Merton definiert die Kernfunktionen des Finanzsektors wie folgt: **„Die Bereitstellung und Verteilung von ökonomischen Ressourcen - räumlich und zeitlich für nachhaltige Aktivitäten gewährleisten, die langfristige finanzielle und soziale Erträge unter den Bedingungen von Unsicherheit maximieren.“**
- Die Exportausrichtung der deutschen Volkswirtschaft ist zum Verhängnis geworden. Mit der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat Deutschland offensiv den eigenen Handelsüberschuss vergrößert. Durch Lohnzurückhaltung, Versuche, die Lohnnebenkosten zu senken, sowie durch Abwälzung von Lasten

wie die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitnehmer sind deutsche Exporte im internationalen Vergleich billiger geworden. Die Konsumnachfrage im Inland wurde dadurch jedoch abgeschwächt. Ein (international) stabiles Wirtschaftsmodell muss künftig stärker auf den Binnenmarkt bauen. Ziel muss es sein, Deutschland weniger exportabhängig aufzustellen, ohne dass die erfolgreichen exportorientierten Branchen (Chemie, Automobil, Maschinenbau) in absoluten Zahlen schrumpfen. Höhere öffentliche Investitionen – beispielsweise in Bildung und Infrastruktur, neue Dienstleistungen – beispielsweise im Pflege- und Gesundheitssektor - und eine Wende in der Lohnpolitik – beispielsweise durch Mindestlöhne und Stärkung des Flächentarifs - sind Ansatzpunkte.

- Obwohl Deutschland Vorreiter bei ökologischen Reformen ist, wächst im europäischen und globalen Maßstab der Verbrauch natürlicher Ressourcen rasant mit verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen. Alle ökonomischen Erwägungen und Reformvorschläge sind durch die natürlichen Grenzen der Umwelt begrenzt. Der traditionelle Industriefordismus stieß an seine Wachstumsgrenzen. Märkte müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden und innerhalb wissenschaftlich erkannter (ökologischer) Grenzen operieren. Die dort entstehenden Preise müssen realen und nicht fiktive gesellschaftliche Werte und ökologische Kosten reflektieren. Sie müssen an die öffentliche Sphäre und die Lebenswelt angebunden sein. Der Staat ist der Ort an dem Güter, die am besten oder nur kollektiv erreicht werden können, organisiert werden. Er unterstützt Bürger und arbeitet mit ihnen zusammen, um Wohlstand beispielsweise im Gesundheits- und Bildungsbereich zu gemeinsam zu produzieren. Das Verhältnis

Dr. Stephan Alexander Glienke

Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959-1962)

Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen



Welchen Einfluss hatten die Deutungsmuster des Kalten Krieges auf den vergangenheitspolitischen Diskurs in der Bundesrepublik? An einer kritischen Protestaktion untersucht der Autor exemplarisch die Auseinandersetzung um die Hypothek des „Dritten Reiches“ und tradierte autoritäre Einstellungen Anfang der 1960er Jahre. Am Beispiel der Geschichte der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ wird die generelle Tendenz der späten Adenauer-Zeit verfolgt, politische Meinungsäußerungen den vorgeblich objektiven realpolitischen Handlungszwängen des deutsch-deutschen Sonderkonflikts zu unterwerfen. Die Ansprüche einer offenen demokratischen Gesellschaft und das überkommene, obrigkeitsstaatlich geprägte Demokratieverständnis treffen aufeinander. Den Studenten gelingt es jedoch, einen öffentlichen Diskurs zur Deutungshoheit über die NS-Vergangenheit auszulösen, der einen nicht unerheblichen Beitrag leistet zur Ausbildung einer konfliktfähigen Diskurskultur. Diese Diskussion wird auch für den Faschismuskurs der Studentenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre relevant. Die Studie verbindet Methoden der zeithistorischen Forschung, der Politik-, Medienwissenschaften und Jurisprudenz.

2008, 350 S., Broschiert, 59,- €

ISBN 978-3-8329-3803-1

Das Werk ist Teil der Reihe Nomos Universitätschriften – Geschichte, Band 20.

von Markt, Staat und Gesellschaft muss neu ausbalanciert werden.

- Um den Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Finanzkrise zu begrenzen, sind der Staat und die Sozialpartner weiterhin gefordert, durch Maßnahmen wie die flexible Kurzarbeitsregelung sozial regulierend einzugreifen. Diese solidarische Säule unseres Wirtschafts- und Sozialsystems hat sich gerade in Krisenzeiten als effektive Schutzkomponente und zumindest als kurzfristiger Wohlstandsbewahrer bewährt. Die stetig hohe Massenarbeitslosigkeit bleibt jedoch ein grundlegendes Problem bei der Finanzierung des Sozialstaates. Das Problem ist in beitragsfinanzierten Sozialsystemen gravierender als in steuerfinanzierten, da die Einnahmehasis grundsätzlich auf weniger Schultern verteilt ist. Eine Herausforderung für den bundesdeutschen Sozialstaat ist deshalb die Verbreiterung der Finanzierungsbasis. Diese wurde durch die politisch forcierte sinkende Zahl von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zusätzlich geschwächt, u.a. durch die Einführung beitragsreduzierter Mini- und Midijobs oder der Förderung von neuer Selbständigkeit („Ich-AG“). Die Hoffnung, durch die Senkung von Lohnnebenkosten, neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr wurden reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt. Der Strukturwandel der Erwerbsarbeit hat zu einer Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen geführt. Die Ausrichtung des Sozialstaats am Normalarbeitsverhältnis und Erwerbsarbeit überhaupt bietet diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern daher keinen ausreichenden Schutz. Für eine Gesellschaft, die zur Zeit nicht mehr genügend Arbeit für alle bereitstellen kann, impliziert dies ein enormes Exklusionspotenzial. Die Sicherheit der einen wird

mit der Unsicherheit der anderen erkaufte. **„Wer drin ist, bekommt alles, die Lohnfortzahlung, das Weihnachtsgeld, den Versicherungsschutz und was das deutsche Arbeitsrecht an Freundlichkeiten sonst noch kennt; wer draußen steht, bekommt nichts“**, stellte der Publizist Konrad Adam im „Merkur“ schon vor einigen Jahren fest. Gerecht wäre es, die vorhandene Arbeit so zu verteilen, dass alle an ihr teilhaben können - und im Falle des Arbeitsplatzverlustes die Sicherheit haben, wieder eine andere Arbeit finden zu können. Deutlicher demografischer Druck auf die Sozialversicherungssysteme wird erst zwischen 2010 und 2015 erwartet. Wenn die geschilderten aktuellen Probleme durch konsequente und gerechte Umstrukturierung der Einnahmeseite der Sozialsysteme, in der gesellschaftlicher Reichtum, Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum ihren Ausdruck findet, gelöst werden können, kann der Sozialstaat langfristig stabilisiert und der demografische Wandel besser bewältigt werden.

- **„Die Notwendigkeit des Wachstums ergibt sich unabhängig von allen lebenspraktischen Bedürfnissen der Leute. Das Fatale daran ist, dass auch die an sich konstanten und konservativen Bedürfnisse nur dann befriedigt werden können, wenn sie sich dieser Dynamik unterwerfen. Wer darauf beharrt, sein Staubsauger sei groß genug, einen größeren brauche er nicht, riskiert es, am Ende überhaupt keinen mehr zu haben, nicht einmal einen kleinen. Ohne Wachstum kann unser Wirtschaftssystem nicht funktionieren; und zwar deswegen nicht, weil jede Produktion in ihm an den Einsatz von Kapital gebunden ist.“** schreibt Müller in oben zitierten SZ-Artikel weiter. Nötig ist daher eine systematische Integration ökologischer und sozialer Kriterien auch in unsere Wirtschaftsindika-

toren beispielsweise durch die Einführung eines alternativen Wohlfahrtsindex neben dem Bruttoinlandsprodukt, das „alles misst- außer das, wofür sich das Leben lohnt“, wie Robert Kennedy, der Bruder des früheren US-Präsidenten, schon 1968 wusste. Der König der südasiatischen Monarchie Bhutan verkündete 1972, dass Glück das erstrebenswerteste Ziel von Entwicklung sein müsse und führte einen Glücksindex ein. Wenn wir unsere Maßstäbe und Messgrößen für vermeintlich wirtschaftlichen Erfolg nicht verändern, wird sich auch unsere Orientierung auf rein quantitatives, unter Umständen ressourcenverschwendendes und ausschließlich profitorientiertes Wachstum als Ziel ökonomischen Handelns nicht verändern.

Die angerissenen Debattenstränge zeigen: Es mangelt nicht an Vorstellungskraft, es mangelt an Tatkraft. Eine langfristige politische Strategie, die einem neuen Verständnis von Wohlstand und Wachstum Rechnung trägt, muss und kann sich vom schnellen Profit auf langfristiges ressourcenschonendes Wirtschaften umorientieren und damit eine an den veränderten Verbraucherinteressen und sozialen Bedürfnissen orientierte, wertschaffende Politik entwickeln und verfolgen. Die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst kann natürlich auch sie nicht aushebeln, wohl aber ihre Zerstörungskraft limitieren. ■

☞ Cordula Drautz, Politikwissenschaftlerin, lebt in Berlin und ist Mitglied der spw-Redaktion.

Kinderspiel Kapitalismus: Deutsche Harmoniesucht

von Tom Strohschneider

Braucht Deutschland mehr „Streit, Krach und Kontroverse“? Ich weiß es nicht. Wir konnten die Nachrichten zuerst kaum verstehen, weil sich die Nachbarn schreiend im Gebrauch von Wörtern übten, bei denen einem alles Mögliche einfällt, nur nicht „deutsche Harmoniesucht“. Aber der Thilo Sarrazin, von dessen Wunsch nach Krach im Radio gesprochen wurde, wohnt sicher in einer ruhigeren Gegend in der Oberstadt und hat den besseren Überblick. Man hatte sich ja schon hin und wieder gefragt, warum dieses oder jenes nicht so recht nach den eigenen bescheidenen Wünschen abläuft. Wir dachten zuerst an die Politik, später an den Klimawandel. Jetzt sind wir klüger: Es ist die „deutsche Harmoniesucht“.

Andere denken genauso. Helmut Kohl zum Beispiel, den viele noch als Bundeskanzler kennen. Der kann auch nicht nachvollziehen, dass sich alle „vor allem in einem Lamento und Klein-Klein“ verlieren. Als wir das in den Nachrichten hörten, hat der Professor, der schräg über den harmoniesüchtigen Nachbarn wohnt, den wir aber nur so nennen, weil er mal studiert hat, der Professor jedenfalls hat sich ein bisschen aufgeregt, als die Frau im Radio das sagte. Er arbeitet schon länger bei Siggis hinterm Tresen und erzählt oft von früher, als er noch in einer Gruppe war, „die nie lange lamentiert“ hat. Irgendwas mit Revolution und Kampf oder so. Von damals kennt er noch den einen Zeitungsritzen, der jetzt ein Chefredakteur ist und der den Kohl „das Wunder deutscher Normalität“ genannt hat.

Apropos Wunder. Die gibt es in letzter Zeit häufiger, da hat die Produktion wieder angezogen, wie man so schön sagt. Neulich war im Radio sogar von einem „Jobwunder“ die Rede. Wo genau es sich ereignet hat, konnten wir leider nicht verstehen. Man fragt sich aber, was in so einem Fall passiert, ob farbiges Was-

ser aus dem Emblem vom Arbeitsamt austritt? Jedenfalls spielt sich gegenwärtig irgendwo ein Jobwunder ab und das hängt sicher mit dieser Krise zusammen, die jetzt angeblich auch schon wieder vorbei ist. Der Professor meint, er selbst habe von der Krise gar nichts mitbekommen, ihm sei es vorher auch nicht besser gegangen. Da ist was dran. Auch die harmoniesüchtigen Nachbarn war schon früher ziemlich laut. „Siehste“, sagt der Professor.

„Quatsch“, meint Siggis, und fuchtelt mit dem Zeigefinger rum. „Die Krise ist bloß noch nicht in euren Köpfen angekommen!“ Ein Glück, denkt man sich, wer weiß, was die da anrichten würde. Das Leben ist auch ohne schwer genug. Und dann schweigen wir uns noch zwei Bier lang an und blicken stumm auf das vergilbte Plakat, das schräg hinter dem Tresen hängt: „Wir zahlen nicht für eure Krise.“ Der Professor sagt, der Aufruf stamme von irgendwelchen Demonstrationen aus dem letzten Jahr.

Also ich weiß ja nicht: Das klingt doch eher nach einem Werbespruch von den Banken, die erst einen teuren Schaden anrichten und dann nicht dafür aufkommen müssen. Siggis schaut mich komisch an, der Professor winkt ab und ich halte den Mund: „deutsche Harmoniesucht“.

☞ Tom Strohschneider ist Redakteur bei Der Freitag.

Griechenland-Krise und Europäischer Währungsfonds

von Arne Heise

Griechenlands Presse ist derzeit nicht besonders gut: Der FOCUS höhnt vom langen Abstieg Hellas, dem Lande der antiken Dichter und Denker, das heute angeblich keinen bedeutenden Wissenschaftler, keinen Sänger oder Schauspieler von internationalem Renommée mehr habe – ja selbst die griechische Küche und der griechische Wein verursachten nur Sodbrennen. Und für andere selbsternannte Experten der ZEIT ist Griechenland für die 2. Welle der internationalen Finanzkrise, was Lehman Brothers für die 1. Welle war: der Domino-Stein, dessen Fallen eine Kettenreaktion von Staatsbankrotten auslösen könnte. Und auch die hektische Tour des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou durch die Hauptstädte Europas lässt vermuten, dass es nicht gut steht um Griechenland.

Ein Blick auf die Wirtschaftsentwicklung legt zunächst keine Erklärung nahe, weshalb

fast schon hysterisch auf Griechenland reagiert wird: Das BIP-Wachstum in der Vor-Krisen-Zeit war – auch durch finanzielle Hilfe aus der EU vorangetrieben – überdurchschnittlich hoch, die internationale Finanzkrise hat das Land ebenfalls hart, aber weniger hart als viele EU-Partnerländer getroffen. Die Defizit- und Schuldenentwicklung zeigt zwar, dass Griechenland bereits vor der Krise Schwierigkeiten hatte, den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) mit seinem Defizit-Limit von 3 Prozent einzuhalten, doch belegen die Jahre 2006 und 2007 auch die von keynesianischen Ökonomen häufig benannte Schwäche der EU-Finanzarithmetik: die einheitliche Defizit-Grenze des SWP benachteiligt jene Länder, die – durchaus defizitfinanziert (!) – ein überdurchschnittliches Wachstum erzeugen und deshalb trotz höherer Defizitquote ihre Schuldenstandsquote zu senken in der Lage sind: Bei nominalen BIP-Wachstumsraten von 7–8 Prozent, wie sie eine aufho-

Tabelle: Ausgewählte Indikatoren

BIP-Wachstumsrate	2005	2006	2007	2008	2009*	2010*
GRE	2,2	4,5	4,5	2,0	-1,1	-0,3
GB	2,2	2,9	2,6	0,6	-4,6	0,9
F	1,9	2,2	2,3	0,4	-2,2	1,2
Defizitquote						
GRE	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2
GB	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	12,9
F	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2
Staatsschuldenquote						
GRE	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9
GB	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3
F	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5
B	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2
Staatsquote						
GRE	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4
GB	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1
F	53,3	52,7	52,3	52,7	56,2	55,1
(realer) Zinssatz auf Staatsschuldverschreibungen						
GRE	0,7	1,0	1,5	1,2	3,5	4,8
GB	2,4	1,5	2,1	1,5	2,2	2,3
F	1,3	1,4	1,8	1,7	1,7	2,0

Anmerkungen: * 2009 und 2010 sind Prognosen, Quelle: Europäische Wirtschaft, Stat. Anhang Herbst 2009; EZB und Europäische Kommission

lende Ökonomie durchaus erzielen kann (und Griechenland Mitte des Jahrzehnts einfuhr), sind Defizitquoten von 4,2 – 4,8 Prozent ‚nachhaltig‘ (also mit stabilem Schuldenstand vereinbar). Insgesamt zeigt deshalb weder die Defizit-, noch die Schuldenstandsentwicklung eine dramatische Situation an – schon gar nicht, wenn man sie mit anderen Ländern (z.B. Frankreich, Belgien oder Großbritannien) vergleicht.

Auch die Staatsquote – also die Summe der Staatsausgaben (inkl. der Sozialsysteme) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – belegt die Behauptung nicht, Griechenland würde ‚über die Verhältnisse leben‘. Wenn der griechische Staatshaushalt also eine strukturelle Schieflage haben sollte – was durchaus nicht bewiesen ist, schließlich ist die Schuldenstandsquote seit Anfang der 1990er Jahre bis zur Krise 2009 weitgehend konstant geblieben –, dann kann es sich allenfalls um ein Einnahmeproblem der öffentlichen Haushalte handeln: der Umfang der Schattenwirtschaft in Griechenland wird auf fast 1/3 der gesamten Wertschöpfung (gegenüber etwa 1/7 des BIP in Deutschland) geschätzt. Finanzpolitische Ratschläge sollten deshalb in erster Linie hier, nicht etwa reflexartig bei den Ausgaben ansetzen.

Obwohl also keine dramatische Entwicklung, die es berechtigen würde von ‚Griechenland-Krise‘ zu sprechen, dingfest gemacht werden konnte, haben jene Rating-Agenturen, die in der Finanzkrise so dramatisch versagten, mit der Herabstufung der Länderrisiko-Bewertung für Griechenland dazu beigetragen, die Finanzierungskosten der griechischen Regierung deutlich zu erhöhen: Lagen die realen Zinssätze auf griechische Staatsanleihen in der Vor-Krisen-Zeit mit 0,7 – 1,5 Prozent nicht nur sehr niedrig, sondern sogar niedriger als in anderen Eurozone-Ländern oder Großbritannien, so hat sich der Zinssatz mittlerweile fast vervierfacht und ist auch deutlich über das Niveau besser bewerteter Länder gestiegen. Dies wäre dann richtig und konsequent – und könnte als marktförmige Sanktion für jene Länder verstanden werden,

deren Haushaltspolitik ‚ausufert‘ –, wenn die griechische Finanzpolitik als nicht nachhaltig zu qualifizieren wäre. Ob man dieses Urteil allerdings den Rating-Agenturen überlassen sollte, ist mehr als fraglich.

Vor diesem Hintergrund wird die Betrachtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) interessant. Dieser EWF hätte nicht die Aufgabe, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) Fremdwährungskredite zur Überbrückung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu gewähren, sondern könnte in schwierigen Haushaltslagen die Aufnahme zinsgünstiger Kredite für ein EU-Land ermöglichen, deren Länderrisiko ungebührlich oder unverschuldet herabgesetzt wurde und folglich zu ungewünschter Erhöhung der Zinszahlungen (und damit Belastungen) führen würde. Genau hierin liegt aber natürlich auch die Schwäche des Vorschlags: die Einschätzung, ob die Länderbewertung gerechtfertigt und somit die höheren Zinsbelastungen als ‚Bestrafung für ungebührliche Finanzpolitik‘ (gleich den Sanktionen des SWP) anzusehen sind, wird sicher politisch vorgenommen und nicht ökonomisch, wie es sinnvoll wäre. Andererseits wird die Kreditvergabe eines EWF sicher an Auflagen gebunden werden – die Erfahrungen mit dem IWF zeigen, dass diese Konditionen die kreditnehmenden Länder häufig zur Durchführung einer Politik zwingen, die zumindest nicht im (Wachstums- und Entwicklungs-) Interesse dieser Länder waren. Wenngleich eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik in der EU durchaus sinnvoll wäre, sollte dies aber durch politische Gremien und nicht durch demokratische Kontrolle entzogene Institutionen erfolgen. Der Vorschlag eines EWF erscheint entweder – nach der Europäischen Währungsunion und dem SWP – als weitere ‚Germanisierung‘ der EU oder als wirtschaftspolitischer Aktionismus einer Bundesregierung, die nicht gerade gut in die Legislaturperiode gestartet ist. Beide Motivationen erscheinen nicht überzeugend für ein Politprojekt wie den EWF. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Neue Leitbilder für die Partei: Empowerment – Organizing

Innerparteiliche Demokratie und neue Formen von Beteiligung sind notwendig, damit die SPD wieder die Rolle einnimmt, die unser Land braucht.

von Michael Rüter

Die SPD hat bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte eingefahren. 23 Prozent der Zweitstimmen sind ein nie vorstellbares Wahlergebnis für die Sozialdemokratie. Hinter diesem prozentualen Wert verbirgt sich der Verlust von rund 6 Millionen Zweitstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl 2005. Mit dieser Niederlage geht auch ein dramatischer Verlust an politischer Gestaltungskraft, kommunikativen Möglichkeiten und auch erhebliche Verluste an Personal-, Finanz- und Organisationskraft für die Partei und Fraktion verloren.

Die Bundestagswahl liegt am Ende einer Kette von Wahlniederlagen, die in vielen Regionen und Landstrichen dazu geführt hat, dass es Bereiche gibt, in denen es keine sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mehr gibt, die als „Repräsentanten“ der Sozialdemokratie wahrgenommen werden und als solche agieren können.

Erschwerend kommt hinzu, dass Repräsentanten des rechtskonservativen, des grünbürgerlichen und des autoritärsozialistischen Lagers – mit Attitüden und Empathie, die an Kopien der erfolgreichen sozialdemokratischen Zeit erinnern sollen – die Spielräume der SPD für Bürgerdialoge, das Wahr- und Aufnehmen von gesellschaftlichen Interessen, die Rolle des „verlängerten Armes“ der Parlamente, das Erreichen und den Austausch mit den Zentren des gesellschaftlichen Lebens arg verengt haben.

Ohne substanzielle Veränderungen in der Art und Weise des Handelns und Denkens unserer sozialdemokratischen Bewegung (= Partei, Vor- und Umfeld), die konzentriert eingeleitet und umgesetzt werden müssen, wird die organi-

sierte sozialdemokratische Idee den Einflussverlust und die Gestaltungsspielräume nur schwer zurückgewinnen.

Der programmatische „Mainstream der Moderne“ – die Verabschiedung von grundsätzlicher Umverteilungspolitik zugunsten von Fragmenten eines neoliberalen Staatsverständnisses – wurde in wenigen Nuancen nach den jeweiligen Wahlniederlagen angepasst. Das „Diktat des Handelns“ wurde mit Regierungstreue übersetzt. Die Entscheidungskaskade: Erst Staat und Regierung, dann Fraktion, dann Partei und Mitgliedschaft, wurde immer effektiver weiterentwickelt und hat sicherlich auch seinen Teil zum Glaubwürdigkeits- und Vermittlungsproblem beigetragen. Selbstverständlich reicht die Umkehrung „glückliche Mitglieder = erfolgreiche Regierung“ nicht aus. Es schadet aber sicher nicht, erfolgreiches Regieren und Opponieren mit dem Ziel einer zufriedenen und engagierten Mitgliedschaft zu kombinieren.

Die gängige These: „Wenn die SPD in der Regierung die richtigen Entscheidungen für das Land trifft, dann profitiert auch die Partei davon“, ist sicherlich für die letzten Regierungsjahre nicht aufgegangen. Regierungserfolge, die es auch in der Phase der Großen Koalition gab, sind in der Regel unzutreffender Weise der Kanzlerin – und damit dem rechtskonservativen Lager zugeschrieben worden.

Die Wahlniederlage vom September 2009 stand am Ende einer langen Kette von Fehlentwicklungen, die alle vier Dimensionen – inhaltliche; strategische; sozio-demographische und innerparteiliche – (vgl. Rüter: Wir machen uns auf den Weg, in: Argumente „Quo vadis SPD“) im gleichen Maße beeinflusst hat. Es kann

daher davon ausgegangen werden, dass die Umkehrung, quasi die Erlangung des sozialdemokratischen Status quo, nicht mit einer „Dr. Oetker Backmischung“ wieder hergestellt bzw. zurückgewonnen werden wird.

Zur Zeit untersucht Polis die strukturellen Anforderungen und Arbeitsweisen der SPD OV'S und UB's. Die Ergebnisse werden im Mai dem Parteivorstand vorgestellt werden. Daher greife ich auf eine vorliegende Studie zur Eintrittsmotivation von SPD Neumitgliedern von 2004 zurück, die m.E. auch exakter die Stellschrauben für die erfolgreiche Zukunft benennt.

Die Auswertung der letzten Neumitgliederbefragung (Polis, 2004 für SPD Parteivorstand im Rahmen der Kommission „Moderne Mitgliederpartei“) zur Eintrittsmotivation zeigt deutlich: Die Mitglieder fühlen sich zur SPD hingezogen oder in ihr beheimatet, weil sie ihrem inneren Verständnis nach kein „Kanzlerwahlverein“ von kritiklosen Lemmingen und keine Vereinigung zur Absicherung politischer Macht ist, sondern eine politische Partei, die Werte und Grundsätze hat und sich weiterentwickelt; aber vor allem auch deshalb, weil mit einer Mitgliedschaft in der SPD sehr konkret die Teilhabe an Gestaltungskraft und -möglichkeiten im eigenen Umfeld (Arbeitsplatz; in der Kommune oder im Land) verbunden werden. Weitere wichtige Aspekte sind der erwartete Informationsvorsprung und die Möglichkeit sich politisch/historisch und persönlich weiterzubilden, sowie das Treffen mit Gleichgesinnten in der Freizeit. SPD-Mitglieder sind in der Regel mehrfach organisiert. Viele in Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen und nahezu 40 Prozent in Sportvereinen. Nun will ich an dieser Stelle keine Debatte eröffnen, die die Fusion von Sport- mit Ortsvereinen fordert, aber der Trend zur Mehrfachorganisation unserer Mitglieder scheint sich sowohl historisch (Arbeitersport, Arbeiterchöre, etc.), wie auch in der Neumitgliederuntersuchung von Polis – dem Interesse nach Gemeinschaft mit ähnlich Denkenden zu bestätigen.

Mehrheitlich wird die Eintritts-„Trimension“: „gestalten wollen“, „besser informiert sein“, „Gemeinschaft erleben“ – sicher noch bestand haben.

Wichtig ist: Nicht jedes Mitglied will Bundeskanzlerin werden, und nicht jeder Ortsvereinsvorstand ins Kabinett. Wir müssen lernen und akzeptieren, dass es berechnete Mitgliederinteressen gibt, die zwischen Fulltime- und Parttime-Engagement schwanken dürfen. Die Bedürfnisse der Menschen an die SPD verändern die Anforderungen, die wir bewältigen müssen. Von extrem wichtiger Bedeutung sind dabei der Dienstleistungscharakter und die Dienstleistungsfunktion, die dem Parteiapparat zukommt: Neueintritte direkt aufnehmen, verlässliche und verarbeitbare Informationen für die Mitglieder und Gliederungen schnell aufbereiten und anbieten, Teilhabe an Entscheidung vorbereiten und sicherstellen.

Die Konsequenz daraus ist, dass wir zuallererst den „Apparat“ stärker darauf ausrichten müssen, damit die Ansprüche der Mitglieder von den Parteistrukturen und den Mitarbeitern erfüllt werden können. Um erfolgreich zu sein, muss es eine deutliche Professionalisierung geben, sinnvollerweise auf dezentraler oder lokaler Ebene – diese ist eine der ersten Aufgaben, die am schnellsten umgesetzt und die gute Erfolge liefern wird.

Erfolgreiche Modelle anderer Großorganisationen (z.B. NGG) die mit dem Label „atmende Struktur“ bezeichnet werden, müssen für die Partei angepasst und übernommen werden. Nicht jede Dienstleistung muss in jedem und an allen Orten, zu jeder Zeit und mit gleicher Ausprägung und für jede Eventualität vorgehalten werden, es müssen klare und nachvollziehbare Dienstleistungseinheiten vorhanden sein, die für die Partei und für das Mitglied transparent und direkt erreichbar sind. Ein modernes und schlagkräftiges Mitgliedermanagement, dass Mitglieder nicht als Vorgang und Nummer begreift, sondern als Gewinn für neue

Handlungsfähigkeit und Potenzierung unserer Kreativität ist ein MUSS.

Organizing – Weiterentwicklung der Kampagnenstrategie?

- Konzentration auf wenige, dafür nachvollziehbare Punkte (Inhalte oder Maßnahmen)
- Planung des Ressourceneinsatzes
- Auswahl der Instrumente, abgestimmt mit allen politischen, organisatorischen und kommunikativen Handelnden einer Kampagne
- klare und transparente Steuerung / Leitung der Kampagne.

So lassen sich stichpunktartig die Kernelemente der Kampagnenphilosophie zusammenfassen.

Vor wenigen Monaten sind, vor allem die europäischen Strategen - euphorisiert vom Wahlerfolg Barack Obamas, mit „neuen Elementen“ der Kampagnenstrategie ausgezogen. Die Zaubерworte Grassroots und Web 2.0 sind in vielen Artikeln und Auswertungen aufgenommen und durchleuchtet worden.

Der Erfolg von Barack Obama hat sicherlich viele Faktoren, ein Element muss m.E. aber ganz besonders in den Blick genommen werden:

Organizing:

„Organizing oder Community Organizing bezeichnet ein Bündel an Maßnahmen für die Mitgliederengewinnung – meist von Gewerkschaften, aber auch in Kirchengemeinden zur Stärkung der eigenen Durchsetzungskraft. Eine Weise, die in dieser Form erstmals in den Armenvierteln von Chicago in den 1920er Jahren angewandt wurde. Unter Anleitung von Community Organizern werden die Bewohner befähigt und bestärkt, aktiv für ihre eigenen Interessen und oft gegen die Interessen großer Unternehmen,

einzelner Unternehmer oder mächtiger staatlicher Einrichtungen vorzugehen.“

Diese extrem kurze Definition beschreibt sehr gut, worin die Möglichkeiten einer weiterentwickelten Kampagnenstrategie – dem *Organizing* und Empowerment – liegen. Konzentration auf das Wesentliche und Empowerment (d.h. Mitglieder und Strukturen in Lage versetzen, ihren Einfluss wahrnehmen zu können) derjenigen, die den politischen Erfolg nachhaltig und dauerhaft erreichen müssen. Das heißt für die Partei Kerne und Regionen zu identifizieren, die mit besonderer Begleitung – inhaltlich wie organisatorisch – wieder in die Lage versetzt werden, Spiegelbild und Motor für gesellschaftliche Entwicklungen zu werden.

Der Kern von Organizing ist ein Leitbild von „beteiligungsorientierter Parteiarbeit“, d.h., potentielle Mitglieder werden als mobilisierungsfähige Aktivisten organisiert, die dann zukünftig selber den Kern der lokalen Parteiarbeit bilden. Dem traditionellen Stellvertretermodell wird damit ein basisnahes Selbstvertretungsmodell entgegengesetzt.

Bei den Gewerkschaften ist es ein konkretes Ziel – in der Regel ein Tarifvertrag oder die Einleitung von Betriebsratswahlen. In die Parteiarbeit übersetzt, werden es lokale und regionale Projekte sein müssen, die der sozialen oder und ökologischen Verbesserung der Lage dienen.

Bei ver.di und bei der IG Metall wird seit einigen Jahren mit der Organizing- Methode gearbeitet. Vor allem in den Branchen und Regionen, in welchen die Gewerkschaften traditionell wenig Mitglieder und damit wenig Einfluss hatten. Die Durchsetzung des Mindestlohns und die Steigerung der Mitgliederzahlen gerade in diesen Branchen (Sicherheitsgewerbe, Reinigungskräfte, Ingenieure) belegen den Erfolg dieser Methode. ■

☞ Michael Rüter ist Landesgeschäftsführer der SPD Niedersachsen. Er war Abteilungsleiter Organisation beim SPD-Parteivorstand, IUSY-Vizepräsident und Bundesgeschäftsführer der Jusos.

Weniger Kapitalismus wagen! – Die Auswüchse des modernen Finanzkapitalismus sind nicht gesellschaftsdienlich

von Timm Meike

Lohnt es sich angesichts des Standortwettbewerbs, in dem sich politische Gemeinwesen im Zeitalter der Globalisierung befinden, überhaupt über eine Gesellschaftsdienlichkeit des modernen Finanzkapitalismus ernsthaft zu diskutieren?

Die Rahmenbedingungen für verantwortungsbewusste wirtschaftspolitische Entscheidungen scheinen unter diesen Bedingungen eng gesteckt zu sein, so dass Gesellschaftsdienlichkeit sich mit der Herstellung und Gewährleistung von Wettbewerb über die Staatlichkeit weitgehend zu decken scheint.

Langfristig sollten alle Teile der Gesellschaft profitieren, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhöht wird. Durch die Verbilligung und Flexibilisierung der Produktionsfaktoren und massive steuerliche Entlastungen für vor allem große Unternehmen wurde dieser Anforderung nachgekommen.

Profitiert hat davon bisher nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Das marktliberale Versprechen, dass wenn der volkswirtschaftliche „Kuchen“ wächst, es Wohlstand für alle gäbe, hat sich nicht erfüllt. Denn ein größerer Kuchen bedeutet noch lange nicht, dass auch jeder ein größeres Stück bekommt.

Entscheidend ist, wie unterschiedlich groß die Stücke sein dürfen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt deutlich, dass die Liberalisierung mit einer zunehmend ungleichen Verteilung des arbeitsteilig erwirtschafteten Volkseinkommens einhergegangen ist.

Raus aus dem Paradigma vom Standortwettbewerb

Die Vorstellung vom Standortwettbewerb, bei dem Staaten und Regionen möglichst ideale Bedingungen herstellen müssen, um das „scheue Reh Kapital“ anzulocken oder zu halten, hat mit der komplexen Realität grenzüberschreitenden Wirtschaftshandelns wenig zu tun, was die argumentative Wirkungsmacht dieses Bildes in Talkshows leider nicht schmälert.

Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einer Region kann nicht einfach an wenigen Faktoren wie den nominalen Steuerquoten bestimmt werden.

Für Unternehmen, die real an einem anderen Standort investieren wollen, ist dies meist ein Spiel mit mehreren Unbekannten und endet oft in einer Enttäuschung, wie die Rückverlagerungen von Produktionsstätten aus China und Osteuropa zeigen.

Auch das Bild, dass Bezieher hoher Einkommen bei einer im Vergleich etwas höheren Einkommenssteuer massenhaft ins Ausland abwandern, wird der komplexen Realität nicht gerecht. Ob jemand bereit ist, seinen Wohn- und Arbeitsort zu wechseln, hängt von vielen Faktoren ab. Viele Spitzenverdiener fordern sogar, dass die Einkommensteuer endlich wieder erhöht wird.

Das plakative Paradigma vom Standortwettbewerb und den davon ausgehenden Zwängen auf die Wirtschaftspolitik kann mit guten Gründen in Frage gestellt werden. Das ist

auch dringend notwendig, damit der enge Diskussionsrahmen gesellschaftsdienlicher Wirtschaftspolitik aufgebrochen wird und Raum für umsetzungsrealistische Alternativen zum Deregulierungswettbewerb entstehen.

Messinstrumente für gesellschaftsdienliche Ökonomie

Welche Messkriterien zur Gesellschaftsdienlichkeit von finanzpolitischen Entscheidungen könnten weitgehend allgemeine Anerkennung finden und als zentral gelten?

Wichtig ist, dass möglichst viele Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz haben. Dabei ist die Qualität des Arbeitsplatzes, im Sinne von „Guter Arbeit“, wie es die Gewerkschaften fordern, entscheidend. Die rein quantitative Erhöhung durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder das Ersetzen guter durch schlechte Arbeitsplätze ist sicherlich nicht gesellschaftsdienlich.

Realwirtschaftliche Investitionen sind die Grundlage für eine gesellschaftsdienliche Wirtschaftsentwicklung. Durch sie entstehen neue Arbeitsplätze. So können Steuereinnahmen zur Finanzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates erzielt werden.

Aber gerade bei Investitionen gibt es große Unterschiede in den Auswirkungen, die sie für die Gesellschaft haben. Dienlich sind in der Regel Neugründungen, Investitionen in Modernisierung oder Erhöhung der Produktion.

Der Kauf von Unternehmen kann genau das Gegenteil von gesellschaftsdienlich bedeuten, wenn dies mit der Intention geschieht, einen Konkurrenten vom Markt zu nehmen oder ein unterbewertetes Unternehmen durch kurzfristige Erhöhung der Gewinne mittels Entlassungen von Teilen der Belegschaft als Renditeobjekt zu missbrauchen. In diesem Bereich muss ein komplexes Bewertungsinstrument entwickelt werden.

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben verdeutlicht, dass ein möglichst stetiges und kontinuierliches Wirtschaftswachstum ein hohes Gut ist. In Krisenzeiten werden zuvor vertuschte Marktrisiken vergesellschaftet, während die damit verbundenen Gewinne bereits privatisiert wurden. Marktstabilität bedeutet auch, dass Preisschwankungen von Gütern und Dienstleistungen möglichst gering sind, damit Unternehmen und Beschäftigte langfristig und sicher in die Zukunft planen können. Nur so ist ein nachhaltiges Wachstum in den Sektoren möglich.

Ein für die Gesellschaft wichtiges Ziel aus wirtschaftlicher Tätigkeit ist, dass ausreichend Mittel an öffentliche Haushalte fließen. Nur so kann ein demokratisch gewollter Ausgleich der Marktergebnisse erfolgen. Dieser ist wichtig, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, soziale Härten für den einzelnen zu vermeiden und so die Gefahr von sozialen Unruhen, Verbrechen und politischen Umstürzen zu unterbinden.

Moderner Finanzkapitalismus

Zentraler Bestandteil der Liberalisierung des deutschen Finanzmarktes war die Entflechtung des deutschen Aktienmarktes durch die Auflösung der gegenseitigen Besitzrechte zwischen den großen Aktienunternehmen. Bis Anfang der 1990er Jahre hielt z.B. die Deutsche Bank große Aktienanteile an der Münchner Rückversicherung, diese wiederum an der Allianz. Die Allianz war Großaktionär bei der Deutschen Bank. Die Folge war, dass eine Gruppe von etwa 100 Managern über die Stimmrechte der großen Deutschen Unternehmen verfügten und sich gegenseitig absichern konnten. Aktionärsversammlungen waren reine Präsentationsveranstaltungen der Unternehmensführung, da die Unternehmenspolitik im kleinen Kreis der Manager beschlossen werden konnte. Es bestand keine Gefahr von feindlichen Übernahmen oder der Abwahl des Vorstands durch ausländische Fonds, die von ihren

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €

Jahresabo: 45,00 €

Ermäßigt: 30,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

Wohin treibt Europa?

Europäisiert sich die Bourgeoisie? **Beate Landefeld** | Nur Anlass für Freude in Brüssel und in Berlin? – Zum Ausgang des Ringens um die EU-Vertragsreform **Andreas Wehr** | Weiter so? **Leo Mayer** | Linker Umgang mit dem Vertrag von Lissabon **Diether Dehm & Gregor Schirmer** | Zum Charakter der EU und wie führen wir den Kampf gegen sie **Renate Münder** | Reform, Revolution – die EU, die EL und die DKP **Patrik Köbele** | Die EU nach dem Lissabon-Vertrag – Zu einigen Diskussionsfragen **Georg Polikeit** | Wie friedensfähig ist der Kapitalismus? Referat beim 16. Kasseler Friedensratsschlag, 5. und 6.12.2009 **Conrad Schuhler** | EDS-Streik – Software-Ingenieure als Barrikadenbauer **Heinz-Jürgen Krug**

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

Besitzrechten Gebrauch machten, um auf die Unternehmensführung Einfluss zu nehmen.

Die Entflechtung war mit dem Interesse verbunden, den Finanzplatz Deutschland für grenzüberschreitend tätiges Finanzkapital zu öffnen, was in der Folge auch geschah. Da die Aktien deutscher Unternehmen Ende der 1990er Jahre als unterbewertet galten, gelangte „frisches Kapital“ ins Land. Die Deutschen Unternehmen konnten sich dank der Marktöffnung anderen, renditereicheren Investitionen zuwenden und wurden teilweise aktive Spieler auf den globalen Finanzmärkten. Nur durch diesen Umbau waren für große deutsche Unternehmen Eigenkapitalrenditen von über 20 Prozent möglich. Diese Entwicklung wurde durch die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen unterstützt, z.B. durch die Abschaffung der Steuer auf Gewinne aus Beteiligungsverkäufen durch Kapitalgesellschaften in 2002.

In Kauf genommen wurde der mit dieser Umstrukturierung verbundenem Übergang von der Unternehmensbewertung des Stakeholder Value zum Shareholder Value. Denn die Entscheidungsgewalt über die Unternehmensentwicklung erhielten im Zuge der Finanzmarktderegulierung mehr und mehr diejenigen, die über ihre Aktienanteile von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen konnten (die Shareholder). Die Eigeninteressen des Unternehmens, also der MitarbeiterInnen, der Region, usw., verloren an Bedeutung, weil die Geschäftsführung von Seiten der Aktionäre unter Druck gesetzt oder ausgetauscht werden konnte. Global agierende Finanzmarktakteure haben in der Regel keine emotionale Bindung zu der Region oder den MitarbeiterInnen des Unternehmens, mit dessen Aktien sie Rendite erzielen wollen. Während unter den Bedingungen des Stakeholder Value auch renditeschwache oder defizitäre Unternehmensteile im Interesse der Beschäftigten, der Region oder aufgrund langfristiger Planungen zeitweise „mitgetragen“ wurden, besteht beim Shareholder Value Druck auf das Management, diese Unternehmensteile im In-

teresse der Kapitalrendite abzustößen oder zu schließen. Denn die Aktienkurse und Gewinnmargen der über die Finanzmärkte finanzierten Unternehmen stehen unter ständiger Beobachtung von Finanzmarktakteuren, die auf der Suche nach solchen lukrativen „Ineffizienzen“ sind.

Besonders hohe Gewinnmargen konnten durch den Kauf großer und mittelgroßer deutscher Unternehmen erzielt werden, wenn diese danach im Interesse der neuen Shareholder umgebaut und weiterverkauft, bzw. an die Börse gebracht wurden.

Um den Kapitalfluss zu erhöhen, wurden die Refinanzierungsmöglichkeiten durch die Einführung neuer Finanzmarktprodukte auf dem deutschen Finanzmarkt politisch ermöglicht bzw. nicht unterbunden. Dazu zählen die seit 2004 in Deutschland zugelassenen Hedge-Fonds oder die im Zuge der Finanzkrise in die Kritik geratenen sog. Asset-Backed-Securities.

Insgesamt hat sich der Finanzmarkt in Deutschland zu einem aktiven, komplexen und auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einflussreichen Bestandteil der Wirtschaft der Gesellschaft entwickelt. Unternehmen des Produktionsmarktes sind im Zuge dieser Entwicklung mehr und mehr zum Produkt geworden, dass über die Finanzmärkte gehandelt und durch den Druck von Finanzmarktakteuren modifiziert und gestaltet wird.

Ist der moderne Finanzmarkt gesellschaftsdienlich?

Wie ist diese Entwicklung des Finanzmarktes anhand eines Messinstrumentariums zu bewerten? Eine Vielzahl von bekannten Folgen auf Arbeit, Stabilität, Wachstum und Staatseinnahmen wäre zu untersuchen. Für eine erste Einschätzung werden hier einige wichtige Aspekte berücksichtigt.

Die Tabelle stellt die Daten eines „normalen“ großen deutschen Dienstleistungsunternehmens

denen eines auf das Arbeiten mit modernen Finanzmarktprodukten spezialisierten Unternehmens gegenüber. Der fundamentale Unterschied dieser beiden Unternehmensarten wird dabei deutlich.

Unternehmen	Lufthansa AG	Blackstone AG
Umsatz	22,4 Mrd. €	3 Mrd. €
Gewinn	1,6 Mrd. €	1,6 Mrd. €
Beschäftigte	105.261	625
Ertragssteuer	256 Mio. €	25 Mio. €
Eink. Geschäftsführer	2,7 Mio. €	13,8 Mio. €

Quellen: Geschäftsberichte der Unternehmen 2008, Stand 31.12.2007

Bei gleichem Gewinn zahlt die Lufthansa zehn Mal so viel Steuern und beschäftigt 168 Mal so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Bereich der neuen Finanzmarktprodukte werden generell nur wenige MitarbeiterInnen beschäftigt. 2005 lag ihre Zahl in Deutschland bei ungefähr 12.500 (Bundesverband Investment und Asset Management 2005).

Der Effekt auf die Anzahl und die Qualität der Arbeitsplätze in Deutschland liegt also fast ausschließlich in den Unternehmen, auf welche die Fonds über Besitzrechte Einfluss nehmen. Fonds können ein Unternehmen vor der Insolvenz retten, indem sie es mit genügend Kapital ausstatten oder die dringend notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen zum Erhalt des Unternehmens erzwingen. Dies ist aufgrund der Struktur der Fonds nicht die Regel.

Bei vielen modernen Fondsarten, wie z.B. Hedge-Fonds, ist der Druck, schnelle und hohe Renditen erzielen zu müssen, aufgrund ihrer Finanzierungsstruktur (Hebelwirkung) groß. Totalverluste sind bei diesen Fonds eingeplant und viele von ihnen befinden sich nur wenige Monate auf dem Markt. Schnelle und hohe Renditen sind bei bereits über den Finanzmarkt bewerteten Unternehmen am ehesten durch die Zerschlagung des Unternehmens oder die Sen-

kung der Personalausgaben zu bewerkstelligen, weshalb diese modernen Finanzmarktprodukte in der Tendenz die Anzahl der Arbeitsplätze in den Unternehmen verringern oder das Einstellen billigerer Arbeitskräfte erzwingt.

Der Beitrag, den der moderne Finanzmarkt in Deutschland zum realen Wirtschaftswachstum leistet, ist umstritten. In Ländern mit funktionierendem Bankensektor, wie in Deutschland ist nach den vorliegenden Untersuchungen von einem geringen bis keinem Effekt auszugehen, da das notwendige Geld für Investitionen entweder vorhanden ist oder auch über den liberalisierten Finanzmarkt aufgrund des Risiko-Rendite-Verhältnis nicht zu bekommen ist (Bundesbank 2006). Da große Mengen Kapital in die globale Finanzspekulation geflossen sind, ist es wahrscheinlich, dass die Liberalisierung der Märkte zu einer realen Investitionsschwäche statt des erwarteten Zuflusses von Investitionskapital geführt hat (Hein/Truger 2009).

Die moderne Finanzmarktarchitektur befördert die massiven Preisschwankungen auf den Rohstoff- und Währungsmärkten, da die Finanzmarktinstrumente die Möglichkeiten der Refinanzierung und der Bewegung von viel Fremd- mit wenig Eigenkapital ermöglichen. Entwicklungstendenzen der Rohstoff-, Währungs- und Güterpreise werden durch Spekulation potenziert, da eine enorme Masse von Kapital global auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten ist und die meisten Fondsmanager nach ähnlichen Mustern „spielen“. Diese Schwankungen erschweren es Unternehmen, Investition und Produktion planen zu können. Die Preise sind nur noch bedingt geeignet, die tatsächliche Knappheit anzuzeigen, da ein beträchtlicher Teil der Preisfindung durch spekulative Käufe und Verkäufe erfolgt.

Reine Finanzmarktgeschäfte werden in Deutschland grundsätzlich genauso wie die Umsätze und Gewinne anderer Geschäfte besteuert. Allerdings haben die Fonds durch ihre internationale Aufstellung besonders gute

Möglichkeiten, Steuerzahlungen zu umgehen. Verluste werden dazu tendenziell in Ländern mit höheren Steuerraten verbucht, während Gewinne in Steueroasen verlagert werden. Ein wirksames Mittel gegen diese Praxis ist die seit 2008 in Deutschland geltende Zinsschranke, bei der eine Mindestbesteuerung auf Gewinne erhoben wird (Jarass/Obermair 2007). Um eine mit anderen Wirtschaftsbereichen vergleichbare reale Besteuerung zu erzielen, müssten jedoch weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden.

Fazit

Diese kurze Abhandlung über die Gesellschaftsdienlichkeit des modernen Finanzmarktes zeigt, dass viele Liberalisierungsmaßnahmen nicht den erhofften Nutzen in den Bereichen Wachstum, Arbeitsplätze, Stabilität und Steuereinnahmen gebracht haben. Mit den Veränderungen sind ganz im Gegenteil viele negative Entwicklungen für die Gesellschaft verbunden. Es ist Zeit, verstärkt wissenschaftliche und politische Ressourcen einzusetzen, um die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in diesem Bereich aus Sicht der Gesellschaftsdienlichkeit zu thematisieren. Wenn in allen Bereichen, wo es eine gesellschaftsschädliche Entwicklung gegeben hat, gehandelt werden würde, stände vermutlich ein umfassender Um- und Rückbau des in den letzten 15 Jahren liberalisierten deutschen Finanzmarktes bevor. ■

☞ Dr. pol. Timm Meike ist Mitarbeiter des AWO Landesverbandes Sachsen e.V. Derzeit organisiert und leitet er die Tagungsreihe „Perspektiven für eine gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Dresden.

Literatur:

- Bundesbank: Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2004. Monatsbericht Juni, Frankfurt 2006
- Bundesverband Investment und Asset Management: Investment 2005. Daten, Fakten Entwicklungen, Berlin 2005
- Hein, Eckhard/Truger, Achim: Finanzkrise und globale Rezession – Konjunkturpakete sind nicht genug. In: spw H.1 2009, S.14-20
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M.: Steuerliche Aspekte der Aktivitäten von Private Equity Fonds und Hedge Fonds, Wiesbaden 2007
- Meike, Timm: Starke Demokratie über die Staatlichkeit. Grundlagen zur kritischen Reflexion des Globalisierungsparadigmas, Norderstedt 2008

New Left Review

– Die intelligenteste linke Zeitschrift der Welt wird 50

von Christina Ujma



auch nur annähernd, die politische Breite und Intellektualität der NLR auf Dauer beizubehalten. In den achtziger Jahren gab man in Deutschland teilweise das Format des kleinen Buchs auf und wechselte mehrheitlich zum etwas populäreren Magazinformat, das weniger Wissenschaftlichkeit ausstrahlt und mehr Lesbarkeit verspricht.

Theorieorgan der globalen Marxisten

Die *New Left Review*, eine linke Theoriezeitschrift mit einer relativ bescheidenen Auflage, ist 50 Jahre alt geworden und damit auch die Tradition der Neuen Linken Englands. Man sieht es den broschiierten Büchlein, in denen die Zeitschrift zweimonatlich erscheint nicht an, dass mit ihnen Geschichte gemacht und die Entwicklung der Sozial- und Kulturwissenschaften in der englischsprachigen Welt entscheidend beeinflusst wurde. Ein wenig hat sie auch in die Teile der Welt ausgestrahlt, in denen nicht englisch gesprochen wird, denn in den Siebzigern wären eigentlich die meisten deutschsprachigen Journale gern wie die *New Left Review* (NLR) geworden, die damals noch *Probleme des Klassenkampfes* hieß, der Sozialismus, das Argument oder die SPW teilten Format und Anspruch des unabhängigen Marxismus mit dem berühmten englischen Schwesterjournal. Aber keiner gelang es

Was die NLR von den deutschen Linksjournalen unterscheidet, ist ihr theoretischer Pluralismus, der zwar meist umstritten war und immer wieder erkämpft werden musste, aber auf 50 Jahre gesehen doch durchgehalten wurde. Wie überall bei der intellektuellen Linken Englands zofften sich in den achtziger Jahren auch hier Althusserianer und Gramscianer, es gab sektiererische Phasen und Zeiten der theoretischen Beliebigkeit. Perry Anderson, der langjährige Chefredakteur, kompensierte den Pessimismus seiner luziden politischen Analysen gern mit ein bisschen Arbeiterbewegungsromantik und beschwor das kämpferische männliche Subjekt, was besonders bei Frauen, Homosexuellen und Schöngesteirern auf wenig Begeisterung stieß.

Heute gilt das mehr als ein harmloser Anachronismus bei einem der wenigen übrig gebliebenen DenkerInnen des westlichen Marxismus, als dessen Zentralorgan die NLR

im historischen Rückblick zu recht gilt. Auch wenn man dies zeitnah nicht immer so wahrgenommen hatte. Deshalb verwundert es kaum, dass *New Left Review* zu den deutschen Linksdebatten in den letzten 20 Jahren eher wenig Kontakt hatte, denn die Strömung des westlichen Marxismus ist in der Bundesrepublik fast ausgestorben. Gegenüber den DenkerInnen des realexistierenden Sozialismus oder orthodoxem Marxismus hat NLR immer Distanz gehalten, aber immerhin war Habermas in großer Regelmäßigkeit mit Aufsätzen vertreten. Als außerenglische Bezugspunkte galten vor allem die linksintellektuelle Szene in Frankreich und Italien, euromarxistische Denker wie Lucio Magri oder Luciana Castellina waren regelmäßig mit Artikeln in NLR vertreten, ebenso wie außereuropäische Marxisten. Internationalismus wird nicht nur aus Prinzip praktiziert, sondern weil heute potentielle LeserInnen auch in den USA, Südamerika oder an englischsprachigen Universitäten Asiens zu finden sind.

Das Interesse am Marxismus ist außerhalb Europas streckenweise größer als in vielen Ländern des alten Kontinents. So hat man sich ganz bewusst global positioniert. Angesichts dieses Hintergrundes hat *New Left Review* mit der Internationalisierung der Zeitschrift vermutlich den einzig möglichen Weg gefunden, die linkstheoretische Krise, die dem Jahr 1989 folgte, zu überleben.

Eine eigene wissenschaftliche Agenda.

Ein Kennzeichen der NLR ist intellektuelle Rigorosität und daraus folgend auch Seriosität. Hier wird oft wissenschaftlicher Marxismus betrieben, der es darauf anlegt, sprachlich, stilistisch und akademisch weit über dem zu stehen, was die bürgerliche Wissenschaft produziert. Fast triumphierend verkündet die Chefredakteurin Susan Watkins in der Jubiläumsnummer der *New Left Review*, dass man es ablehne, sich auf die meist aus den USA kommenden intellektuellen Moden

einzulassen, die oft vor allem darauf aus sind, herrschaftstechnisches Wissen zu generieren (z.B. Governance), sondern seine eigene Agenda setze.

Charakteristisch für die hochintellektuelle Unabhängigkeit ist die Jubiläumsnummer der *New Left Review* allemal, hier fehlen Selbstbeweihräucherung oder Lobhudelei. Während die *New Left Review* Lesegruppe auf Facebook noch damit angibt, dass die NLR die intelligenteste politische Zeitschrift der Welt sei, feiert die Jubiläumsnummer den 50. Geburtstag, indem sie die wichtigsten lebenden MarxistInnen zu Wort kommen lässt und sich großer Themen annimmt. Das Motto der Jubiläumsnummer scheint zwar zu sein: Trau keinem unter 60, aber wenn man Eric Hobsbawm, Stuart Hall oder Perry Anderson unter den Beiträgern hat, dann ist das eine lässliche Sünde, zumal diese einmal mehr beweisen, dass intellektuelle Offenheit und kreatives Theoretisieren altersunabhängig ist.

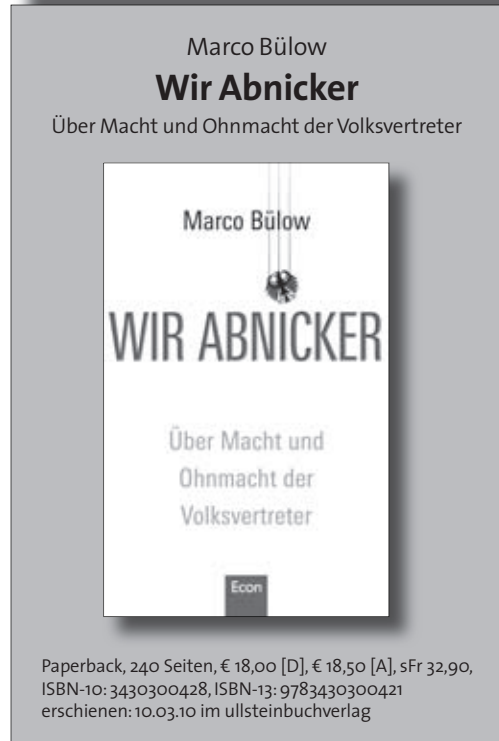
In einem Interview über die Situation der Linken weltweit zeigt der 1917 geborene Historiker Hobsbawm, dass die globale Perspektive eigentlich schon immer zu den besten Tugenden der unabhängigen marxistischen Linken gehört hat. Perry Anderson vergleicht im hochdifferenzierten Aufsatz die russische mit der chinesischen Revolution und verfolgt die Geschichte der Staaten, die aus diesen hervorgingen bis in die Gegenwart. Tariq Ali analysiert die Lage im arabischen Raum im Zusammenhang mit dem Palästina-Konflikt und der US Außenpolitik. Susan Watkins zeigt in ihrem Editorial, dass luzide Analysen kein Privileg in Ehren ergrauter männlicher Meisterdenker sind. Ausgehend von der gegenwärtigen Hegemoniekrise des Neoliberalismus verbindet sie einen wirtschaftspolitischen Rückblick und Ausblick mit einer Diskussion von Geschichte und Zukunft der NLR. Sie konstatiert, dass die Parallele zwischen 1960, dem Gründungsjahr von NLR, und dem Jahr 2010 darin besteht, dass es Tauwetter gibt, d.h. die Hegemonie der

herrschenden Ideologien anfängt zu bröckeln, womit auch der Spielraum für das Überleben des unabhängigen linken Denkens und der NLR wieder besser geworden sei. In den horriblen neunziger Jahren sah es damit nicht gut aus, es schien vielmehr so, als sei der Triumphzug des Neoliberalismus unaufhaltbar, sagt Watkins, vor allem nach dem die europäischen Sozialdemokratien sich mit diesem verbündeten und aktiv daran arbeiteten, die Errungenschaften des Sozialstaats und der linken Kultur, für die Generationen ihrer eigenen Leute gekämpft hatten, zu zerstören.

Die neue Linke und das neue Denken

Gegründet wurde die Zeitschrift allerdings in einem Klima des Aufbruchs, das um einiges optimistischer gestimmt war, als die heutigen Zeiten. Stuart Halls dichter und komplexer Beitrag zur Jubiläumsnummer analysiert den sozial- und ideengeschichtlichen Hintergrund der Entstehungsgeschichte der NLR. Er verortet den Ursprung der Zeitschrift im Jahr 1956, als die Suezkrise und der sowjetische Einmarsch in Budapest vielen Linken endgültig die Illusionen über das kapitalistisch-wohlfahrtsstaatliche England und den realexistierenden Sozialismus austrieb. Viele Mitglieder der CPGB, der kommunistischen Partei Großbritanniens, traten damals aus und suchten neue Zusammenhänge und Publikationsmöglichkeiten.

Auf der anderen Seite regte sich viel Unzufriedenheit mit der Staatsgläubigkeit und der autoritären Weltsicht der Labour Party. In der NLR wurde ein Stück weit das linke Denken neu erfunden und alles was später unter den linken Theoretikern und Wissenschaftlern Rang und Namen hatte, war in den frühen sechziger Jahren mit Aufsätzen vertreten, z.B. E.P. Thompson, Eric Hobsbawm oder Raymond Williams, daneben aber auch SchriftstellerInnen wie Doris Lessing. Die Mehrheit der AutorInnen bestand aus MarxistInnen aber auch KeynesianerInnen waren vertreten, wie die berühmte Ökonomin Joan Robinson. Die über-



wiegend jungen Leute, die die Zeitschrift damals machten, kamen von renommierten Hochschulen, waren aber gleichzeitig Außenseiter, weil sie, wie Hall, aus den Kolonien kamen oder jüdischer Herkunft waren. Das bewahrte sie damals davor, die Arbeiterklasse zu sehr zu idealisieren, bekamen sie doch die fremdenfeindlichen und rassistischen Züge der working class culture relativ häufig zu spüren.

Hall weist auch auf den ideologischen Einfluss der kleinen kommunistischen Partei hin, die sich bereits früh von der Gängelung durch Moskau löste und einen britischen Weg zum Sozialismus propagierte. Einig war man sich in der Frühphase der *New Left Review* darüber, was man nicht wollte: Realexistierenden Sozialismus und realexistierenden Fordismus. Die Debatte über den Status Quo wurde vom ersten Chefredakteur Stuart Hall forciert; bald gründeten sich mit dem Journal verbundene New Left Clubs, in denen auch zahlreiche Be-

wegungen der siebziger und achtziger Jahre, z.B. die Frauenbewegung ihren Ausgang nahmen.

Die intellektuelle Stärke der NLR und der neuen Linken war die enge Verzahnung von Bewegung, Kultur und Politik. Anders als in Westdeutschland der Sechziger und Siebziger, wo die Marxisten vor allem politische Ökonomie betrieben und die Kultur der Frankfurter Schule überließen, die wiederum wenig mit konkreter linker Politik anfangen konnte. Das Interesse auch an Alltagskultur ermöglichte ganz andere Anschlüsse an die Sozialwissenschaften, als das in der jungen Bundesrepublik der Fall war, was sich nicht zuletzt im legendären *Centre for Contemporary Cultural Studies* ausprägte, das Stuart Hall ab 1968 leitete.

Zukunftsperspektiven

Parteipolitisch führte und führt in Großbritannien kein Weg an der Labour Party vorbei, das spricht Hall in seinem Artikel auch an. Die Protagonisten von *New Left Review* haben es aber in der Vergangenheit oft geschafft, in die Labour Debatten hineinzuwirken, ob sie in der Partei waren oder nicht. Wenn im Mai 2010 Labour die Regierungsmehrheit verliert, dann beginnt auch der Wettlauf darum, wer es schafft, der intellektuell vollkommen ausgelagten Partei neues Leben und neue Theorien einzuflößen. Im Unterschied zu den sozialdemokratischen Formationen in Deutschland, Italien oder Frankreich ist die Labour Linke theoretisch vollkommen auf den Hund gekommen. Hier hat die NLR gute Chancen wieder zu direkter politischer Relevanz zurückzufinden, denn abgesehen von den Blättchen der linksradikalen Sekten gibt es keine Zeitschriften mehr, die sich um linke Theorieproduktion kümmern. In den nächsten Jahre wird also das alte Spiel des Ringens um Einfluss in der Labour Party, das Stuart Hall mit *one foot in – one foot out* charakterisiert hat und das durch Doris Lessing bereits Eingang in die Literatur gefunden hat, wieder losgehen. Wenn dies gut

läuft, dann wird *New Left Review* in 10 Jahren vielleicht noch mehr Grund haben zu feiern, wenn nicht, dann gibt es auch so genug Themen, die dringend der Analyse bedürfen.

Denn die offenen Zukunftsfragen, die Susan Watkins in ihrem Editorial formuliert hat, sind gewichtig: Wie entwickeln sich Wirtschaft und Krise weiter? – Gibt es eine Abkehr vom Neoliberalismus oder die reichlich paradoxe Konstruktion eines regulierten Neoliberalismus? Ist mit dessen Hegemoniekrise auch die weltweite US Hegemonie beendet? – Wird es zukünftig eine zwischen den USA, der EU und/oder China geteilte Hegemonie geben? Bleibt der Shareholder Value und damit die immer weiter vorangetriebene Enteignung der arbeitenden Klassen weiter die Maxime des wirtschaftlichen Handelns oder wird es gelingen, dass diese nicht alleine die Kosten der Krise tragen? Wie entwickelt sich die Emanzipation der Frauen weiter? Wenn es der NLR gelingt, all diese Fragen mit der ihr eigenen intellektuellen Rigorosität zu beantworten, kann man gespannt auf die Zukunft der Zeitschrift sein. ■

☞ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

Rezension: Der neue Generationenvertrag

von Jörg Deml

Hans-Jürgen Urban / Christoph Ehlscheid / Axel Gerntke (Hrsg.)

Der Neue Generationenvertrag
Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise



264 Seiten (2010), EUR 16,80, sFr 29,50,
ISBN 978-3-89965-369, erschienen im VSA-Verlag

Mit *Der Neue Generationenvertrag* setzen die Herausgeber die in den 90er Jahren im gleichen Verlag erschienenen Veröffentlichungen aus dem Bereich Sozialpolitik der IG METALL fort. Dabei konzentriert sich dieser Band ausschließlich auf den Bereich der Alterssicherung, die im Mittelpunkt der von der IGM durchgeführten Initiative Für einen Neuen Generationenvertrag in den Jahren 2008 und 2009 stand. Hintergrund für diese Initiative waren natürlich die Eingriffe in das Leistungsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in den letzten Jahren sowie die beschlossene Anhebung der Regelaltersgrenze, die es aus Sicht der IGM erforderlich machten, jenseits der Kritik eigene Vorschläge zu entwickeln. Eine reine Defensiv-Strategie nach dem Motto „Verteidigung der gesetzlichen Rentenversicherung“ würde die Folgen der bisherigen rentenpolitischen Weichenstellungen

unterschätzen, mit einer „Weiter-so-Botschaft“ auf Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft stoßen und hinter den Erwartungen der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft zurückbleiben. Daher gilt: Ein umfassender Neuaufbau einer solidarischen, verlässlichen Alterssicherung gehört auf die Agenda. (Urban / Ehlscheid / Gerntke, S. 40)¹.

Die Kernelemente der Vorschläge der IGM werden in diesem Band von ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Sozialverbänden aufgegriffen und vertieft.

Dazu gehören:

- die Erweiterung der GRV zu einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen;
- die Wiederherstellung eines lebensstandardsichernden Rentenniveaus bei gleichzeitigem Ausbau von Elementen der Mindestsicherung;
- die Schaffung eines „Arbeitgeber-Obli-gatoriums“ in der betrieblichen Alterssicherung, die zukünftig zu mindestens 50 Prozent durch die Arbeitgeber finanziert werden sollte;
- anstatt der Anhebung der Regelaltersgrenze die Förderung von flexiblen Übergängen aus dem Erwerbsleben in die Rente incl. eines „Sofortpakets Beschäftigungsbrücke“;
- die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes als Grundlage der beitragsfundierte Renten-anwartschaften.

Dabei machen bereits die genannten Stichpunkte klar, dass Alterssicherungspolitik hier nicht technokratisch als vermeintlich wertfreie Diskussion um „fachlich angemessene“ Höhen von Sozialversicherungsbeiträgen und Sicherungsniveaus verstanden wird: Alterssicherung ist sowohl qualitativ als auch quantitativ (allein die Ausgaben der GRV machten 2009 einen Anteil von 10,4 Prozent des bundesrepublikanischen BIP aus) eine der zentralen Säulen des

¹ Alle Verweise beziehen sich auf das besprochene Buch.

Sozialstaates. Der in den Worten von Peter von Oertzen als asymmetrischer Klassenkompromiss zu sehen ist. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen der Alterssicherung vor dem Hintergrund des Wandels vom fordistischen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus bewertet *Hans-Jürgen Urban*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IGM, entsprechend als Einleitung zu diesem Band. Zuzustimmen ist seinem pessimistischen Fazit: Trotz der offenkundigen intellektuellen Bankrott-Erklärung des wissenschaftlichen Mainstreams ist von dessen VertreterInnen nicht zu erwarten, dass diese die notwendigen Konsequenzen aus ihren Politik-Empfehlungen der letzten Jahrzehnte ziehen. Um so notwendiger sei daher die konzeptionelle Verständigung derjenigen, die sich angesichts der unabwiesbaren paradigmatischen Veränderungen in der Sozialpolitik zu einer progressiven Koalition und einem ebensolchen Reformbündnis zusammenschließen wollen. (S. 26).

Der „Sozialverband Deutschland“ (SoVD), die „Volkssolidarität“ und die „Katholische Arbeitnehmer-Bewegung“ sind somit bereits gemeinsam mit dem DGB (in diesem Band durch einen Beitrag von *Annelie Buntenbach* vertreten) Teil des „Netzwerks für eine gerechte Rente“. Deren VertreterInnen (*Adolf Bauer, Gunnar Winkler / Alfred Spieler und Lucia Schneider-Adams / Birgit Zenker*) formulieren hier die Vorstellungen ihrer Verbände, wobei insbesondere das Modell einer Sockelrente der katholischen Verbände zur Diskussion einlädt.

Zu den einzelnen Elementen des IGM-Konzeptes: Das Konzept der Erwerbstätigenversicherung wird vor dem Wandel der Erwerbsformen hier von *Diether Döring* als notwendiger Beitrag zur Modernisierung des Versicherungsbegriffes begründet. Die Zunahme sozial unsicherer Beschäftigung, die Ausbreitung eines Niedriglohnssektors und die Verfestigung von Arbeitslosigkeit wird zukünftig zu größerer Altersarmut als heute führen; die beiden WSI-AutorInnen *Simone Leiber* und *Thorsten Schul-*

ten diskutieren daher sowohl die präventiv ansetzende Bedeutung eines Mindestlohnes, um so ausreichende Anwartschaften zu erwerben (*Schulten*), als auch die korrigierenden Möglichkeiten innerhalb des Rentenrechts (*Leiber*). *Werner Lohre* und *Johannes Schaller* (beide IGM) benennen in ihren Beiträgen zur notwendigen Reform der Betriebsrenten und des Rentenzugangs (gerade von gesundheitlich belasteten ArbeitnehmerInnen) aktuell zu beantwortende Fragen.

Festzustellen, dass Alterssicherung mit der Aufbringung enormer finanzieller Ressourcen verbunden ist, heißt, Eulen nach Athen zu tragen: Die Reduzierung des Ausgabenanstiegs der GRV oder präziser: der Beitragsbelastung der Arbeitgeber war schließlich das erklärte Ziel der Rentenreformen der letzten Jahrzehnte. Dass nun die (Teil-) Privatisierung der Alterssicherung mit massiven gesellschaftlichen Kosten verbunden ist, zeigt *Richard Detje* in seinem Beitrag über die Folgen der Finanzkrise auf. Entsprechend plädiert *Johannes Steffen* für das Ziel der Lebensstandardsicherung in der GRV, da dieses für die abhängig Beschäftigten mit geringeren Belastungen zu erreichen sei, als der eingeschlagene Pfad des „Drei-Säulen-Modells“.

Abschließend ordnet noch einmal *Urban* die Frage der Alterssicherung in grundsätzlicher Perspektive in die notwendige Reform des Sozialstaates ein, wobei auch die Rolle der EU und die veränderte Aufgabenstellung der Gewerkschaften beleuchtet werden. Wer also den auf dem Dresdener SPD-Bundesparteitag beschlossenen Leitantrag des Parteivorstands ernst nehmen möchte („Wir werden unsere Alterssicherungspolitik am Ziel der Lebensstandardsicherung orientieren und uns für eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung stark machen. Dies schließt selbstverständlich die Prüfung der rentenpolitischen Maßnahmen seit 2001 ein“), kommt an diesem Buch nicht vorbei. ■

☞ Jörg Deml ist Wissenschaftlicher Referent in der SPD-Bundestagsfraktion.

In eigener Sache

Vor kurzem wurde in einem Artikel des SPIEGEL („Zur Sonne zur Einheit“, 15. März 2010) über ein Treffen SPD-Parteiströmungen berichtet. Dort diskutierten die StrömungssprecherInnen u.a. den Vorschlag, die Zeitschriften der Sozialdemokratie, einschließlich der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, zu fusionieren.

Wir registrieren erfreut das ausgeprägte strömungsübergreifende Interesse an spw und ihren Diskursen sowie den Wunsch nach publizistischer Kooperation. Gleichwohl ist eine Fusion von spw mit anderen Publikationen nicht Gegenstand unserer Überlegungen. Parteiströmungen beziehen ihre Legitimation sowohl aus ihrer Verankerung in den sozialen Milieus und politischen Lagern als auch aus ihrer diskursiven Fähigkeit zur programmatischen Arbeit. Trägt die SPD-Linke die Kontroversen mit den konservativen Parteiströmungen über spw aus, so gewinnt sie Profil und stärkt die innerparteiliche Erneuerung von links. Die SPD wiederum braucht die Rückgewinnung einer ausstrahlungsfähigen Konflikt- und Diskussionskultur. spw gestaltet diese Prozesse mit – als Forum moderner Kapitalismuskritik.

Die Geschäftsführung der spw-Verlags GmbH

Diskussionspapier:

Wirtschaftspolitik neu denken – Perspektiven für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Der Sozialdemokratie nahe stehende ÖkonomenInnen, u.a. Achim Truger, Camile Logeay, Dieter Vesper und Till van Treeck, haben in dem o.g. Papier eine wirtschaftspolitische Neuorientierung in Deutschland eingefordert: „Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik muss den

Menschen Hoffnung machen und sich ihrer Bedürfnisse, Nöte und Ängste annehmen. Sie muss das Auseinanderklaffen der Gesellschaft verhindern und Solidarität so organisieren, dass sich Menschen in Freiheit entfalten können. Dazu ist es notwendig, die Sozialdemokratie wieder zu einem glaubwürdigen Anwalt der Interessen der Mehrheit zu machen. Zu viel haben auch wir Sozialdemokraten uns darauf verlassen, dass Märkte und Privatwirtschaft schon alles zum Besseren richten werden. Die Finanzkrise und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich haben gezeigt, dass diese Politik viel Unheil angerichtet hat. Deswegen verlangt die Zeit wieder nach wirklichen sozialdemokratischen Antworten“, so die AutorInnen.

► **Download:** www.spw.de

DL21-Jahrestagung

„Deutungshoheit zurückgewinnen – Sozialdemokratie auf der Suche nach neuen Mehrheiten“ am 29. Mai 2010, Berlin

Die Tagung soll mit Vorträgen, Diskussionen und Workshops den Erneuerungsprozess der SPD und das Wiedererstarken der Sozialdemokratie inhaltlich und strategisch vorantreiben.. Auf dem Programm stehen u.a. die Frage nach sozialdemokratischen Wirtschaftskonzepten, sozialdemokratische Integrationspolitik sowie Verteilungskonflikte und -politik in der Globalisierung. Als Referenten werden u.a. Andrea Nahles, Sebastian Dullien, Doris Ahnen und Klaus Dörre erwartet. Die Tagung beginnt um 9.30 Uhr. Abends feiert das Forum DL21 sein 10-jähriges Jubiläum.

► **Ort:** Radialsystem V, Holzmarktstr. 33, 10243 Berlin.

► **Tagungsprogramm:** www.forum-dl21.de

Fünf Fragen an...

Tanja Machalet



→ Tanja Machalet

Foto:privat

Dr. Tanja Machalet wurde am 1. Mai 1974 in Dernbach/ Westerwald geboren. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Von 1999 bis 2003 war sie stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende. Nach einer Ausbildung zur Bankkauffrau studierte sie Volkswirtschaftslehre und promovierte mit dem Thema „Bildungsabschlüsse am internationalen Arbeitsmarkt“. Heute ist sie Ortsvereins- und stellvertretende Kreisvorsitzende und strebt für 2011 eine Kandidatur für den Landtag von Rheinland-Pfalz an.

Seit 2003 arbeitet sie als Referentin in der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz.

spw: Du bewirbst Dich für die Kandidatur zum Landtag bei den Wahlen 2011. Worin liegt für Dich das Spannende der Politik in Rheinland-Pfalz, welches werden nach Deiner Meinung die Knackpunkte im Wahlkampf?

» **T.M.:** Spannend ist für mich vor allem zu sehen, wie durch einen stark auf Vernetzung und Kooperation ausgerichteten Regierungsstil die SPD-geführte Landesregierung Rheinland-Pfalz in den vergangenen fast 20 Jahren voran gebracht hat. Dies gilt insbesondere im Bildungsbereich. Gerade im Bildungssystem kommt es darauf an, dass alle Interessengruppen mitgenommen werden.

Die Affäre rund um das Projekt Nürburgring 2009 hat die Ausgangsposition sicherlich

erschwert. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass bis Ende dieses Jahres von dort gute Nachrichten kommen und das Thema sich dann erledigt hat. Mit Kurt Beck haben wir einen Ministerpräsidenten, der immer noch sehr beliebt ist im Land und für Bürgernähe steht. Derzeit wünscht sich die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz gar keinen anderen.

spw: Du hast zwei Kinder und stehst im Berufsleben. Was sind für Dich heute entscheidende Voraussetzungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Gleichstellung?

» **T.M.:** Ich denke, dass sich in den vergangenen Jahren schon einiges zum Besseren gewendet hat, insbesondere durch den Ausbau der Kinderbetreuung im Bereich der Unter-3jährigen.

Aus meinem beruflichen Umfeld höre ich von vielen Frauen und erlebe es auch selbst so, dass Vereinbarkeit dann problematisch wird, wenn die Arbeitsbelastung nicht steuerbar ist – z. B. wenn kurzfristig Dinge passieren, die ein pünktliches Nachhausegehen unmöglich machen. Es ginge hier also eher darum, die Arbeitszeit an die Lohnhöhe anzupassen bzw. auch Gleitzeitkonten auf ihre Wirkung zu überprüfen.

Generell müssten die Möglichkeiten verbessert werden, gleichberechtigte Teilzeitmodelle umzusetzen, bei denen beispielsweise beide Partner zu 70 bis 80 Prozent arbeiten. Die Akzeptanz hierfür – gerade von Seiten der „Mann-Arbeitgeber“ – ist allerdings noch sehr gering.

spw: In die Anfangszeit Deines stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzes fällt die Gründung des Forums DL 21 aus dem ehemaligen Frankfurter Kreis. Was ist Deine Bewertung der Arbeit des Forums und wo siehst Du Nachholbedarf und Perspektiven?

» **T.M.:** Die Veränderung in der Struktur der Linken in der SPD hat nach meiner Einschätzung den Handlungsspielraum und die

Akzeptanz erweitert. Es bleibt jetzt – nach dem Wahldebakel von 2009 – abzuwarten, wie sich das Forum weiterhin in der SPD positionieren kann bzw. wie sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse entwickeln.

Wir müssen allerdings beim Aufbau von regionalen Gliederungen meiner Meinung nach Vorgehensweisen wählen, die auf eine Öffnung und nicht auf Abschottung setzen und damit wenig Ausstrahlungskraft erzeugen. Wenn die DL 21 ernst genommen werden will, dann muss vor allem deutlich werden, dass hier die richtigen Themen diskutiert werden und man sich an dieser Diskussion beteiligen kann. Nur darüber werden SPD-Mitglieder und Interessierte an die DL 21 gebunden, nicht über ein Vorab-Bekanntnis zu Thesenpapieren.

spw: Seit Beginn Deiner Zeit als stellvertretende Vorsitzende 1999 ist die Reformierung und Professionalisierung der Jusos als Verband und die Suche nach einer Antwort auf die veränderten Lebensbedingungen junger Menschen ein Dauerthema. Wo hat es Deiner Ansicht nach Fortschritte gegeben, wohin sollte es gehen?

» **T.M.:** Fortschritte lassen sich insbesondere daran messen, ob es gelingt, die Zukunftsthemen in die Partei zu tragen und damit ernsthafte Debatten anzustoßen. Ich denke, dass die derzeitige Lage der Partei für die Jusos eine enorme Chance bietet, ihre Konzepte und Inhalte in den innerparteilichen Diskurs einzuspeisen und die politische Agenda zu bestimmen.

Was die Antwort(en) auf die veränderten Lebensbedingungen junger Menschen betrifft, so ist es uns damals nicht gelungen und gelingt nach meinem Eindruck auch heute nicht, das Mantra „Wir müssen sie da abholen, wo sie stehen“ im politischen Alltag umzusetzen. Jusos bewegen sich (immer noch) zu sehr in engen Zirkeln und diskutieren über die Probleme und Lebenswelten der Jugendlichen anstatt mit ihnen. Sprich: in Juso-Gremien und nicht vor Ort in Jugendräumen, in Schulen, in den Betrieben,

an Bushaltestellen oder wo auch immer sie sich treffen.

spw: Dein beruflicher und wissenschaftlicher Werdegang ist eng mit den Themen Bildung und Arbeit verknüpft. Beide Themen finden sich im Konzept der Arbeitsversicherung wieder. Wo siehst Du aus Deiner Praxis Ansatzpunkte zur konkreten Ausgestaltung eines solchen Konzepts einer Arbeitsversicherung?

» **T.M.:** Grundsätzlich halte ich die Arbeitsversicherung für das zentrale sozialdemokratische Projekt unserer Zeit. Das ist im letzten Bundestagswahlkampf viel zu kurz gekommen.

Konkret sehe ich Ansatzpunkte, wenn es darum geht Anreize für Weiterbildung sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite zu setzen. Wichtig wäre es aber auch, daraus Teilzeitmodelle wie die von mir genannten zu unterstützen. Wenn jeder einen gesicherten Anspruch darauf hat und sowohl Arbeitgeber als auch ArbeitnehmerInnen in die Finanzierung eingebunden sind, würde dies die Akzeptanz sicherlich deutlich erhöhen und damit auch einen echten Beitrag für mehr Gleichberechtigung leisten. ■

☞ Das Interview führte Thomas Gutsche.

■ Arbeitsversicherung

Alternativkonzept zur gegenwärtigen Arbeitslosenversicherung. Wurde konzeptionell seit Beginn des Jahrzehnts besonders von Jusos und Forum DL 21 bearbeitet und fand Eingang in das Hamburger Programm der SPD. Die Arbeitsversicherung soll zum einen durch Einbeziehung des Abbaus von Überstunden, durch Arbeitszeitkonten, flexible Arbeitszeitverkürzung etc. individuelle Lebensphasen wie für Kindererziehung, Betreuung von Angehörigen u. a. absichern. Sie soll zum Anderen einen Beitrag zu lebenslangem Lernen und Weiterbildung leisten, indem sie auch dies finanziell und durch Freistellungsansprüche absichert.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Abriss, Umbau, Renovierung?
Steffen Lehndorff (Hrsg.)
244 Seiten; € 19,80

Klassen im Postfordismus
Hans-Günter Thien (Hrsg.)
381 Seiten; € 29,90



Prämienpaket 2

Zwischenwelten und Übergangszeiten
Eric Hobsbawm
240 Seiten; € 18,00

Es geht nur anders!
Jochen Becker / Wolfgang Ebert /
Jochen Marquardt (Hrsg.)
275 Seiten; € 15,00



Prämienpaket 3

Zukunft der Tarifautonomie
Reinhard Bispinck / Thorsten Schulten (Hrsg.)
216 Seiten; € 16,80

ArbeitsUnrecht
Werner Rügemeier (Hrsg.)
251 Seiten; € 24,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 384 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.